



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

Internationaler Museumstag:

Sammeln verbindet

In Deutschland ist der Internationale Museumstag mit über 1.700 teilnehmenden Häusern zur Leitveranstaltung der Museen geworden. Einen wichtigen Schwerpunkt bilden dabei die bayerischen Museen. So luden unter dem Motto „Sammeln verbindet - Museum collections make connections“ im Freistaat 300 Museen in allen Landesteilen mit speziellen Veranstaltungen zum Besuch ein. Die zentrale Auftaktveranstaltung für Bayern fand in der Kunsthalle Schweinfurt statt, wo sowohl die neue Dauerausstellung „Wegmarken“ mit deutscher Kunst der Nachkriegszeit wiedereröffnet wurde als auch die neu geschaffene „Galerie2“ mit einer Schenkung des Künstlers Herman de Vries sich präsentierte.

Auch in diesem Jahr waren die Angebote großer wie kleiner Museen im ganzen Land ausgesprochen vielfältig. So erlaubten die Kunstsammlungen der Veste Coburg (Oberfranken) in Sonderführungen Einblicke in die Zielsetzungen und Probleme des musealen Sammelns. Ein sehr aktuelles Thema war dabei die Überprüfung der Bestände auf in der NS-Zeit unrechtmäßig entzogenes Kulturgut.

Dichterwettbewerb

In Abenberg (Mittelfranken) luden Haus Fränkischer Geschichte und Klöppelmuseum zu einem „Museumsdreierlei“ ein: Neben Burg- und Museumsrundgängen für die ganze Familie wurden besonders kostbare Klöppelspitzen vorgestellt, zudem stand das Sammeln und die damit verbundene Leidenschaft im Mittelpunkt eines Dichterwettstreits.

Ob Gedicht, Kurzgeschichte, Rap oder freie Rede – erlaubt war alles, was in sieben Minuten Vortragbar war. In Segnitz (Unterfranken) standen im Museum Seburg vielfältige Angebote für Kinder und Vorführungen zum Leben in Steinzeit und Mittelalter auf dem Programm, aber auch die Ausstellung der Sammlung eines archäologisch interessierten Landwirts.

Eine Führung durch ihr sonst geschlossenes Depot unter dem Motto „Sammeln, bewahren, ausstellen“ bot die KZ-Gedenkstätte Flossenbürg (Opf). In Schloss Linderhof (Obb.) erfuhren Kinder unter der Überschrift „Sammelurium Linderhof“ Wissenswertes zum Steckenpferd des Aufhebens, während ihre Eltern bei „Aufgesammelt-Aufgeschrieben“ Geschichten über den „Märchenkönig“ Ludwig II. lauschen konnten.

Auch auf

Stadt sammelt...“ hieß eine der Führungen durch die Museen, während der Museumstag selbst mit Spielen und Spaß für die ganze Familie aufwartete.

Rätselralley

In Oberschönenfeld im Landkreis Augsburg konnten Familien zum Beispiel zu einer Museumsralley zwischen dem Volkskundemuseum und dem Bauernmuseum Staudenhaus antreten. Dabei mussten verschiedene Rätsel gelöst werden. Außerdem öffnete zum ersten Mal das Museumsdepot seine Tore und zeigte, was das Schwäbische Volkskundemuseum alles sammelt. Im Bauernhofmuseum Illerbeuren konnten sich Besucher entweder mit dem Fernglas auf Vogelbeobachtungs-Tour begeben oder von den Museums-pferden Max und Moritz mit einer Kutsche über das Gelände ziehen lassen. In Neu-Ulm wiederum lockte das Edwin-Scharff Museum mit einer neuen Foto-Ausstellung. Künstler aus den 14 Ländern des Donaunraumes hatten dafür ihre Heimat auf ganz besondere Weise abgelichtet.

Führungen durch Depots und Museen

Besucher konnten in München neben Deutschem Museum und Jüdischem Museum u. a. Schloss Nymphenburg und das Marstallmuseum entdecken. Auf dem Programm standen unter anderem Führungen zum Jubiläum „350 Jahre Schloss Nymphenburg“ und zu den Kutschen im

(Fortsetzung auf Seite 4)

Bayerischer Hospiz- und Palliativtag in Regensburg:

Sterbende in Würde begleiten

„Kein Sterbenswörtchen“ lautete das Motto des 5. Bayerischen Hospiz- und Palliativtages in Regensburg. Neben der Weiterbildung diente der Tag auch in besonderem Maß der Begegnung aller, deren Fürsorge sich auf schwerstkranke und sterbende Menschen sowie ihre Familien und Freunde richtet. Als Veranstalter fungierten der Bayerische Hospiz- und Palliativverband (BHPV) und die Landesvertretung Bayern der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin (DGP), der Hospiz-Verein Regensburg und die Palliativ- und Hospizakademie Regensburg.

In zahlreichen Vorträgen und Workshops wurden Themen aus den Bereichen Kommunikation und Tabu vertieft. Sie befassten sich von der Sprachlosigkeit einer infausten Prognose über die Sinnfrage nach dem Warum bis hin zu den Unterschieden im individuellen Verhalten am Lebensende – aufgrund der eigenen Biografie, der Herkunft, des Geschlechts und des Alters.

Leben in Würde und ohne Schmerzen bis zuletzt

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml forderte in einer Gesprächsrunde eine breite gesellschaftliche Debatte über den Umgang mit Sterbenden. „Wir brauchen eine intensive Auseinandersetzung mit diesem wichtigen Thema. Klar



Gut 200 politische und kommunale Entscheidungsträger trafen sich auf Einladung der GZ in Ingolstadt zum Wasserkraft-Dialog. Foto: Jan Kiver

Zweites Bayerisches Wasserkraftforum in Ingolstadt:

Unverzichtbarer Dialog

„Wasser. Kraft. Bayern.“ hieß es auch beim Zweiten Bayerischen Wasserkraftforum in der Kolping Akademie in Ingolstadt. Die Bayerische Gemeindezeitung als Veranstalter konnte hierzu gut 200 politische und kommunale Entscheidungsträger, Behördenvertreter sowie Multiplikatoren und Wirtschaftsvertreter aus den Regionen entlang der bayerischen Flüsse willkommen heißen.

Hochkarätige Referenten – allen voran Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie – erläuterten die Potenziale der Wasserkraft, deren Einsatz für das Gelingen der angestrebten Energiewende unverzichtbar ist. Angesprochen wurden unter anderem die Auswirkungen der deutschen Energiewende auf die E-Wirtschaft in den Nachbarländern, die

Wertach-Renaturierung als Musterbeispiel für die Vereinbarkeit von Fischschutz und Wasserkraftnutzung, RMD-Neubauprojekte an Main und Regnitz, die Durchgängigkeit und Gewässerstruktur in Fließgewässern als Herausforderung für den Wasserbau sowie aktuelle Probleme der Wasserkraft durch die EEG-Reform und die europäische Wasserrahmenrichtlinie. Eine Podiumsdiskussion unter der Leitung von Uwe Brückner, Programmleiter TV

BAYERN LIVE und Anne-Marie von Hassel, Verlegerin Bayerische Gemeindezeitung, rundete das umfangreiche Programm ab.

Einhellig wurde die Meinung vertreten, dass zum Gelingen der Energiewende alle gesellschaftlichen Gruppierungen ihren Beitrag leisten müssen. Die Bereitschaft zu Kompromiss und Dialog ist unverzichtbar. Im Einklang von Ökonomie und Ökologie sind sämtliche vernünftigen Potenziale zu nutzen.

Kompromisslösungen

Damit die Energiewende erfolgreich umgesetzt werden kann, sind zudem klare politische Rahmenbedingungen erforderlich. Dabei gilt es, den weiteren Anstieg der Strompreise zu bremsen und eine verlässliche Stromversorgung in Bayern zu sichern.

Die Wasserkraft ist die wichtigste und am stärksten ausgebaut regenerative Energiequelle im Freistaat. Sie spielt für den Industriestandort Bayern eine zentrale Rolle. Inwieweit diese grundlastfähige, rund um die Uhr verfügbare, CO₂-freie und im Höchstmaß nachhaltige Energiequelle weitere Potenziale bietet, gilt es sorgsam auszuloten.

Die hohe Akzeptanz in der Bevölkerung spricht ebenfalls für die Wasserkraft. Sie wird in Meinungsumfragen als der wertvollste erneuerbare Energieträger angesehen.

Eine ausführliche Dokumentation über das Bayerische Wasserkraftforum in Ingolstadt erscheint in Ausgabe 12/2014 der Bayerischen Gemeindezeitung. DK



Der Bürgermeister und seine Ratskollegen mögen's gerne bunt. Deshalb werden die Bürger animiert Pflanz- und Gießpatenschaften auf öffentlichen Flächen zu übernehmen. Schulklassen dürfen Bauzäune und Schutzwände bemalen. Auch über Fassadenverschönerung freut man sich im Städtchen. Seite 19

Power für Bayerns Kommunen:
GZ lädt zum Energie-Forum
Mehr Wissen setzt Energie frei. Am 26. Juni 2014 ist es wieder soweit: Die Bayerische Gemeindezeitung lädt wie jedes Jahr zum großen Energie-Info-Tag für alle kommunalen Entscheider in Bayern. Im Garching Bürgerhaus treffen die Profis der Kommunalpolitik auf die Profis der Energie-Branche. Das komplette Programm finden Sie auf Seite 2.

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe	
Nachtragsetat: Acht Milliarden Euro für Kommunen	Seite 2
Neue Förderrunde für regionale Lebensmittel	2
GZ-Kolumne Josef Mederer: Fruchtbare Meinungsaustausch	3
12. Sparkassen-Unternehmerkonferenz: Trends im Wandel	3
KOMBA-Gewerkschaftstag: Wettbewerbsfähige Verwaltung	3
Konferenz der Bundes-SGK: Kommunen in der Energiewende	4
GZ-Fachthemen: Kommunale Energiepolitik	5 - 12
Kommunalfinanzen	13 - 15
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Nachtragsetat verabschiedet:

Acht Milliarden Euro für bayerische Kommunen

Landtag beschließt rekordverdächtige Ausgabensteigerung

Mit den Stimmen der CSU-Regierungsfraktion hat der Landtag in der vergangenen Woche den Nachtragshaushalt 2014 verabschiedet. Demzufolge steigen die Ausgaben des Freistaats im Doppelhaushalt 2013/14 um 12,2% auf mehr als 50 Milliarden Euro, was ein Vielfaches des Wirtschaftswachstums bedeutet.

Vor allem zur Unterstützung der Kommunen gibt die Staatsregierung mehr Geld aus, die Finanzzuweisungen belaufen sich auf acht Milliarden Euro. Zudem wurden die Mittel für die Flutopferhilfe sowie die Asylbewerber- und Flüchtlingshilfe aufgestockt. Darüber hinaus zahlt Bayern zusätzlich 200 Millionen Euro in den Länderfinanzausgleich. Für Investitionen des Freistaats bleiben ca. sechs Milliarden Euro reserviert. Die Opposition übte erneut Kritik an der Finanzpolitik der Staatsregierung mit ihrem extremen Ausgabenwachstum (s. GZ Nr.7 vom 3. 4. 14).

Solider und zukunftsfer Etat

Finanzminister Markus Söder (CSU) sprach in der Landtagsdebatte von einem soliden und zukunftsferen Etat, der die Balance zwischen Sicherheit und Vorsorge wahre. Bayern könne nicht nur höhere Ausgaben aus eigener Kraft decken sondern auch Schulden tilgen und die Rücklagen stärken. Für den Doppelhaushalt 2015/16 kündigte der Finanzminister eine maßvolle Ausgabensteigerung von maximal drei Prozent an. Dies hatten Ministerpräsident Horst Seehofer (CSU), Söder und die CSU-Fraktionsspitze im Vorfeld vereinbart.

Ganztagesgarantie

Ungeachtet dessen werde man auch in die Ganztagesgarantie an den Schulen sowie die Barrierefreiheit im öffentlichen Raum einsteigen. Der CSU-Finanzexperte Martin Bachhuber verteidigte die Haushaltspolitik der Staatsregierung und verwies auf die günstigen Verhältnisse in Bayern. In anderen Bundesländern sehe die Finanzwelt ganz anders aus.

Kritik der Opposition

Die Opposition sieht die Finanzsituation im Freistaat weniger „paradiesisch“, was auch

in ihrer Kritik klar zum Ausdruck kam. Der stellvertretende Haushaltsausschussvorsitzende Volkmär Halbleib (SPD) sprach von einer unsoliden Haushaltspolitik, die ein Dokument der gebrochenen Versprechen ist. Die für 2014 veranschlagten Ausgaben übersteigen die Einnahmen um fast 800 Millionen Euro.

Barrierefreiheit

Der Fehlbetrag müsse trotz Rekorderlösen aus den Rücklagen genommen werden. Halbleib forderte von Söder eine Überprüfung des bisherigen Haushaltskurses. Es müssten Finanzmittel für die wichtigen Herausforderungen wie Infrastruktur, Bildung und Entlastung der Kommunen bereit gehalten werden. Des Weiteren warf der SPD-Politiker dem Ministerpräsidenten den Bruch seiner Versprechen vor. So stehe z.B. für die Barrierefreiheit öffentlicher Gebäude in Bayern nicht ein Cent im Haushalt bereit. Bernhard Pohl (FW) forderte vom Freistaat eine stärkere Unterstützung der Kommunen bei ihren Investitionen und dem Schuldenabbau.

Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur

Außerdem monierte er, dass sämtliche Änderungsvorschläge der Opposition von der CSU abgelehnt wurden. Die Grünen-Haushaltsexpertin Claudia Stamm warf der CSU Irreführung der Bürger vor. Sie habe vor der Landtagswahl Rekordausgaben beschlossen und trete inzwischen auf die Ausgabenbremse. Finanzminister Söder bezichtigte Stamm der „Trickserei“. Sie sehe sich in ihrer Bewertung durch die Aussagen des Obersten Rechnungshofes bestätigt. Zusammen mit ihrem Fraktionskollegen Thomas Mütze forderte sie eine „echte“ Finanzpolitik, die sich auf die Schwerpunkte Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur konzentriert. **rm**

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG Bürgermeister Alfons Obermaier 84555 Jettenbach am 18.6.	Bürgermeisterin Edeltraud Baumgartl 97440 Werneck am 23.6.
ZUM 60. GEBURTSTAG Bürgermeister Karl Janson 89269 Vöhringen am 1.6.	ZUM 55. GEBURTSTAG Bürgermeister Robert Melber 97239 Aub am 4.6.
Bürgermeister Eduard Meier 92358 Seubersdorf i. d. Opf. am 8.6.	Bürgermeister Bernhard Kamhuber 82386 Huglfing am 4.6.
Bürgermeister Elmar Henke 97334 Sommerach am 8.6.	Bürgermeister Josef Schreier 86576 Schiltberg am 14.6.
Bürgermeister Manfred Porsch 95469 Speichersdorf am 10.6.	Bürgermeister Udo Ockel 85614 Kirchseeon am 15.6.
Bürgermeister Richard Knaier 97618 Niederlauer am 16.6.	Bürgermeister Hans Holzmeier 83135 Schechen am 18.6.
Bürgermeister Josef Beimler 92727 Waldthurn am 19.6.	ZUM 50. GEBURTSTAG Bürgermeister Josef Loferer 83259 Schleching am 30.5.
Bürgermeisterin Christine Borst 82152 Krailling am 22.6.	

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

7. Bayerisches Energieforum am 26. Juni 2014 in Garching:

Power für Bayerns Kommunen!

Programm – Ausstellung – Partner

Die Zukunft unserer Dörfer, Städte und Landkreise hängt auch davon ab, wie wir die Energieerzeugung und Energiebeschaffung gestalten. Die Entscheidungen, die in den bayerischen Kommunen gefällt werden, sind richtungweisend für kommende Generationen. Das Team der Bayerischen Gemeindezeitung hat erneut energierelevante Themen zusammengetragen, die genau abgestimmt sind auf die Bedürfnisse der kommunalen Entscheider. Die Teilnahme ist kostenfrei.

Vortragsprogramm

10.00 Uhr Eröffnung des Kongresses

Landrat Stefan Rößle, Herausgeber der Bayerischen Gemeindezeitung
Anne-Marie von Hassel, Verlegerin der Bayerischen Gemeindezeitung

Ab 10.30 Uhr Vorträge parallel in vier Räumen:

- Förderung kommunaler Investitionen in die Energiewende
Birgit Jakob, LfA Förderbank Bayern
- Die richtige Planung energieeffizienter Gebäudesanierung
Dipl.-Ing. (FH) Alexander Lyssoudis, Bayerische Ingenieurkammer-Bau
- KEMS (Kommunales Energiedatenmonitoring)
Dr. Urs Wemhöner, Thüga, Energie Südbayern GmbH
- So geht die Energiewende in der Mobilität! Der Kraftstoff CNG! aus Biomethan, Erdgas und Methan aus Ökostrom
Thomas Wöber, gibgas consulting i. A. der erdgas schwaben GmbH
- Gebäudeenergieberatung – Kommunale Gebäude aus Sicht des Energieeraters – Was ändert sich mit der EnEV 2014 und welche Auswirkungen hat das für Kommunen?
Andreas Markstorfer, Bayernwerk AG
- Gemeinsam für die kommunale Energiewende
Gerhard Löblein, SWM Infrastruktur GmbH
- Für die Kommune oder Betreiber: Genial einfache Lichtregelung für die LED-Straßenbeleuchtung
Matthias Schmidt, Philips GmbH
- Solarpotenzialkataster für die Landeshauptstadt München – das Verfahren, die Ergebnisse, der Nutzen
Dorothea Ludwig, IP SYSCON GmbH
- Gasmotoren-KWK und Contracting als Beitrag zur Energiewende
Guido Droste, STEAG New Energies GmbH
- Die Kommune als Windparkbetreiber – Beispiel am Waldstandort Munderfing
Joachim Payr, Geschäftsführer, Energiewerkstatt Consulting GmbH
- Kommune und Contracting – Hand in Hand zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung
Christian Stettner, SÜDWÄRME AG
- Energiewende – erfolgreich in kommunaler Hand
Peter Keller, Green-City Energie AG
- Internet of Things: Herausforderung und Chance für Kommunalversorger
Felix Hasse, PwCAG WPG

- Förderung der energetischen Gebäudesanierung
Thomas Leicht, BayernLabo – Förderinstitut der BayernLB
 - Die deutsche Strommarktkrise
Dipl.-Kfm. Max Falthäuser, Falthäuser Energie GmbH
 - Kommunale Nahwärmeversorgungen
Thomas Knecht, Knecht Ingenieure GmbH
 - Zukünftige Potenziale und derzeitige Varianten der Fernwärmeerzeugung
Guido Droste, STEAG New Energies GmbH
 - Chancen für Kommunen im Wärmemarkt
Dr. Thomas Reif, [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.]
 - Gaskraft leicht gemacht – Wohin mit dem „Peak Strom“
Dr. Holger Klos, denvo GmbH
 - Die Rolle des Erdgasnetzes bei der Energiewende in Bayern
Alexander Land, Open Grid Europe GmbH
 - Energie aus Abwasser – In-House Lösungen für Kliniken, Industrie und Wohnungsbau
Johannes Döbler, HUBER SE
 - Das ZuhauseKraftwerk – Die Heizung die Energiekosten senkt
Kai Singelmann, LichtBlick ZuhauseKraftwerk GmbH
 - Projektkommunikation in Bayern: Wie Kommunen und Unternehmen Energieprojekte kommunizieren und die Zustimmung der Politik dauerhaft sichern
Markus Eicher, wbrp_kommunikation GmbH
 - KESS – Kommunale Energiesparinitiative mit Spaß und System. In kommunalen Gebäuden schlummern große Einsparpotenziale
Wolfgang Moises, Team für Technik GmbH und Volker Schlad, Machernetzwerk
 - Vom Energiekonzept zur Projektumsetzung
Andreas Huber, M.Sc., Coplan AG
- 17.00 Uhr Verabschiedung

Unsere Partner

Bayerischer Gemeindetag • Bayerischer Städtetag • Bayerischer Landkreistag • Bayerische Ingenieurkammer-Bau • Bayerisches Landesamt für Umwelt – LfU • BayernLabo • Bayernwerk AG • BayWa r.e. renewable energy GmbH • BPR – Dr. Schäpfer & Partner • COPLAN AG • dena – Deutsche Energie-Agentur • Deutsche Umwelstiftung • Denvo GmbH • erdgas schwaben GmbH • ESB – Energie Südbayern GmbH • EWS – Energiewerkstatt Consulting GmbH • Falthäuser Energie GmbH • gibgas consulting • [Gaßner, Groth, Siederer & Coll.] • Green-City Energy AG • HUBER SE • IP SYSCON GmbH • Kapellmann und Partner mbB • Knecht Ingenieure GmbH • LEW – Lechwerke AG • LichtBlick ZuhauseKraftwerk GmbH • LfA Förderbank Bayern • Open Grid Europe GmbH • Philips GmbH UB Lighting • PwCAG WPG • renerco plan consult GmbH • STEAG New Energies GmbH • Südwärme AG • SVB – Sparkassenverband Bayern • SWM Infrastruktur GmbH • team für technik GmbH • VERBUND Trading & Sales Deutschland GmbH • Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm • wbrp_kommunikation GmbH • Wire Umwelttechnik GmbH • TV BAYERN LIVE

Infos und Anmeldung

www.gemeindezeitung.de und www.bayerisches-energieforum.de

Neue Richtlinie zur Offenen Behindertenarbeit:

„Wichtiger Baustein für die Inklusion“

„Die Offene Behindertenarbeit (OBA) ist das Herzstück der ambulanten Eingliederungshilfe. Deshalb begrüße ich mit Nachdruck die jetzt überarbeitete Richtlinie für die regionale Offene Behindertenarbeit in Bayern, die am 1. Januar 2015 in Kraft treten wird“, erklärte Bezirkspräsident Josef Mederer beim Hauptausschuss des Bayerischen Bezirktags in Bad Windsheim.

„Die früher für die OBA zuständigen Städte und Landkreise gaben 4 Millionen Euro pro Jahr aus, während die Bezirke rund 15 Millionen Euro jährlich investieren“, sagte Mederer. Damit konnte in den letzten Jahren ein flächendeckendes Netz von Diensten in Bayern aufgebaut werden.

Zentrale Anlaufstelle

„Weiße Flecken in der Versorgungsstruktur oder personell unterbesetzte Dienste gibt es nicht mehr“. Mit der neuen Richtlinie wird die Offene Behindertenarbeit vollständig auf die Anforderungen der Inklusion umgebaut. „Sie wird somit der Motor der Inklusion, denn die OBA dient im ambulanten Bereich nunmehr als zentrale Anlaufstelle für Menschen mit Behinderung“, so Mederer.

Professionelle Beratung

Bei den OBA-Diensten werden die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen bei Anliegen rund um Wohnen, Arbeiten und die Freizeitgestaltung

fragen. Darüber hinaus bieten die OBA-Dienste auch in Zukunft Veranstaltungen für Menschen mit und Menschen ohne Behinderung an.

Inklusion im Konsens mit der Wohlfahrtspflege

„Dies entspricht dem Charakter einer gelebten Inklusion. Deshalb begrüßt der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirktags die neue Richtlinie, die im Konsens mit den Wohlfahrtspflege erarbeitet wurde“, machte Bezirkspräsident Mederer deutlich. □

Positionspapier zur Reform des PsychKHG

Der Hauptausschuss des Bayerischen Bezirktags befasste sich in seiner heutigen Sitzung mit der Reform des Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetzes (PsychKHG) in Bayern.

Dazu lag dem Gremium ein Positionspapier (Anhang) vor, in dem der Bayerische Bezirktags seine Positionen für eine Reformierung des Bayerischen Unterbringungsgesetzes darstellt. Bezirkspräsident Josef Mederer nannte es „dringend geboten“, dass eine Reform dieses Gesetzes so rasch wie möglich kommen müsse.

Es müssten, so Mederer, klare Regelungen festgeschrieben werden, die neben der Unterbringung psychisch kranker Menschen auch Hilfen, Prävention, Schutz, Entstigmatisierung sowie eine Qualitätssicherung beinhalten. Dies befürworten auch die Direktoren der psychiatrischen Kliniken, die sich in be-

zirklischer Trägerschaft befinden. „Ein modernes PsychKHG wird die psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung nachhaltig weiter entwickeln.“

Einigkeit bestand im Hauptausschuss darüber, dass Regelungen zum Maßregelvollzug (Forensik) nicht Teil eines PsychKHG sein soll. „Diese müssen vielmehr in einem eigenen Maßregelvollzugsgesetz Niederschlag finden, für das die Bezirke ebenfalls mit Nachdruck kämpfen. Ich appelliere daher erneut an die Bayerische Staatsregierung, auch ein neues Maßregelvollzugsgesetz so rasch wie möglich vorzulegen. Denn es besteht auch hier dringender Handlungsbedarf“, so Mederer. □

Neue Förderrunde für mehr regionale Lebensmittel

Wer in die Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte investieren möchte, kann ab sofort wieder staatliche Fördermittel beantragen. Wie Landwirtschaftsminister Helmut Brunner in München mitteilte, stehen für entsprechende Projekte heuer 1,35 Millionen Euro zur Verfügung. Mit dem von Brunner 2012 initiierten Programm „VuVregio“ können Investitionen wie etwa Verkaufs- und Kühlräume, Verarbeitungsgeräte sowie begleitende Maßnahmen wie Werbeaktionen oder Tage der offenen Tür mit bis zu 20 Prozent der Kosten, maximal 50.000 Euro, gefördert werden. Bei Investitionen im Öko-Bereich sind bis zu einer Obergrenze von 75.000 Euro sogar 30 Prozent Zuschuss möglich. Das soll der wachsenden Nachfrage nach heimischen Bio-Lebensmitteln Rechnung tragen. „Um am Markt bestehen zu können, brauchen gerade kleinere Projekte zur Verarbeitung und Vermarktung regionaler Produkte oftmals eine Anschubfinanzierung“, sagte der Minister.

Förderanträge und Zusatzinfos gibt es unter www.stm-elf.bayern.de/foerderwegweiser (Rubrik Vermarktung). Die Förderanträge können bis 4. Juli bei der Bayerischen Landesanstalt für Landwirtschaft gestellt werden. □

12. UnternehmerKonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg:

Trends, Wandel und neue Märkte

Ganz im Zeichen der Digitalisierung stand heuer die 12. UnternehmerKonferenz der bayerischen Sparkassen in Nürnberg. Für den Mittelstand, KMUs, Selbstständige und Freie Berufe hält der Einzugs digitaler Prozesse und Vernetzungen ein großes Feld an Möglichkeiten bereit, um Effizienz und Zukunftsfähigkeit zu gewährleisten und Erfolg zu steigern. Aber auch die Kommunen sind mit Verwaltung, Service-Angeboten und Hoheitsaufgaben mitten auf der digitalen Überholspur.

Das Programm umfasste über 30 Vorträge, eine Podiumsdiskussion, individuelle Expertengespräche und Info-Stände. Eingebettet in die Unternehmerkonferenz war die Verleihung des Bayerischen Gründerpreises. Diese höchste Auszeichnung für Unternehmer in Bayern wird für besondere und herausragende Erfolge beim Aufbau und Erhalt von Unternehmen verliehen.

Energiespeicherung

Als bestes Unternehmen in der Kategorie „Konzept“ wurde die Hydrogenius Technologies GmbH aus Nürnberg ausgezeichnet, die künftig ein Verfahren zur sicheren und effizienten Speicherung elektrischer Energie in Form von Wasserstoff anbieten will. In der Kategorie „StartUp“ ging der Preis an das junge Münchener Unternehmen FlixBus GmbH, das sich vom Drei-Mann-Betrieb zum bundesweit agierenden Verkehrsunternehmen entwickelt hat. Seit dem Fall des Bahn-Monopols auf Fernreiselinien schickt es im Netzwerk mit mittelständischen Busunternehmen so genannte FlixBusse auf die Reise durch ganz Deutschland.

Als „Aufsteiger“ konnte sich die MBFZ toolcraft GmbH aus Georgensmünd durchsetzen, bei der sich alles um die Fertigung von Präzisionsbauteilen, Baugruppen, Werkzeuge und Spritzgussteilen dreht. In der Kategorie „Nachfolge“ ging der Preis an zwei Unternehmen, die genau punktgleich abschnitten: Zum einen an die Lorenz Personal GmbH & Co. KG aus Nürnberg, die die Unternehmensnachfolge mustergültig von innen geregelt hat, zum anderen an die Grob Aircraft AG aus Tussenhausen, die aus einer Krisensituation heraus von externen Nachfolgern übernommen und saniert wurde.

Soziale Verantwortung

Auch der Sonderpreis für besonders verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln wurde in diesem Jahr zweimal vergeben: Im Bereich „Soziale Verantwortung“ erhielt den Preis die Zisterziensnerinnen-Abtei Waldsassen. Als die Äbtissin M. Laetitia Fech OCist. 1995 gewählt wurde, kämpfte die Abtei mit dem drohenden Niedergang, dem sie eine innere und äußere Generalanierung entgegengesetzte und 2013 abschließen konnte. Das gesamte Kloster ist heute von Grund auf baulich saniert und präsentiert sich wieder als ein Anziehungspunkt sakralen Lebens.

Der zweite Sonderpreis „Unternehmen für die Region“ ging an die Waldi Schuhfabrik GmbH aus Haßfurt. In einer Zeit, in der die Textil- und Schuhproduktion fast vollständig aus Deutschland abgewandert ist, gehört sie mit einer kompletten Fertigung „Made in Germany“ zu den bedeutendsten Arbeitgebern ihrer Region.

Die Auszeichnung für das „Lebenswerk“ erhielt Friedrich-W. Dauphin, Gründer und geschäftsführender Gesellschafter der international agierenden Holding Dauphin Office Interiors GmbH & Co. KG und der

dazugehörigen Unternehmen.

Aus der 1969 übernommenen Vorgängerfirma hat er einen der bedeutendsten europäischen Bürositz- und Büromöbelanbieter mit einem Jahresumsatz von mehr als 132 Millionen Euro, rund 750 Mitarbeitern und 22 Vertriebs- und Produktionsgesellschaften im In- und Ausland gemacht. Dabei hat er mit seinen Produkten, Techniken und Theorien zum gesunden Sitzen entscheidende Akzente in der Branche gesetzt. Die Dauphin-Holding ist weltweit aktiv, doch sie verbindet ihre wirtschaftlichen Freiräume in vorbildlicher Weise mit sozialer Verantwortung für die Wirtschaft und die Gesellschaft in der Region, in der sie ihre Wurzeln hat. Friedrich-W. Dauphin und das Unternehmen geben ihren Erfolg durch die vielfältige Unterstützung regionaler Einrichtungen auch wieder an ihre Heimat zurück.

Förderkredite

Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, wies darauf hin, dass die bayerischen Sparkassen 2013 wieder über 200 Millionen Euro Kredite für mehr als 1.500 Existenzgründungsvorhaben ausreichten. Rund die Hälfte davon wurden als öffentliche Förderkredite vergeben. Da mit einer Errichtung eines Unternehmens jeweils mehrere Arbeitsplätze geschaffen werden, trugen die

Initiativen der Gründer sowie die Kredite der Sparkassen zur Schaffung von ca. 5.000 neuen Jobs bei. Laut Netzer zeigen die Zahlen für das Jahr 2013 eindrucksvoll, dass die 71 bayerischen Sparkassen die Unternehmer über die Gründungssituation hinaus in allen Phasen bei der Finanzierung und damit der Arbeitsplatzsicherung in der Region aktiv und verlässlich begleiten.

Nachhaltigkeit

Der Bayerische Gründerpreis entstand aus dem 1997 ins Leben gerufenen StartUp-Wettbewerb für Existenzgründer. „Nachhaltiger ökonomischer Erfolg setzt allerdings voraus, dass auch Wachstum, Aufstieg und Nachfolge gut organisiert sind“, so der Präsident. Deshalb sei aus dem „StartUp“-Gedanken der ersten Stunde ein umfassender, praxisorientierter Unternehmerpreis entwickelt worden.

Als Gastgeber der UnternehmerKonferenz zogen Präsident Ulrich Netzer und Vizepräsident Roland Schmautz folgendes Resümee: „Diese Kombination aus Wettbewerb und Tagung hat sich bewährt. Wir konnten auch heuer wieder mehr als 1.300 Teilnehmer begrüßen. Auch in den kommenden Jahren werden wir uns deshalb hier den Fragen nach innovativen und marktgerechten Finanzierungslösungen für den Mittelstand widmen. Praxisorientierte Strategien und Zukunftsszenarien stehen dabei im Mittelpunkt.“

Eine ausführliche Dokumentation der UnternehmerKonferenz wird die Bayerische Gemeindezeitung in Ausgabe 13 veröffentlichen. **DK**

Bundestreffen der Regionalbewegung in Sonthofen:

Vielfalt der Regionen

In Sonthofen im Allgäu fand das 7. Bundestreffen der Regionalbewegung statt. Die Veranstaltung mit rund 200 Teilnehmern spiegelte die Vielfalt der Regionen und zeigte das enorme Potenzial regionaler Aktivitäten. Dabei standen folgende Fragen im Mittelpunkt: Wohin geht die Reise? Was ist „regional“? Wie können regional vermarktete Produkte der hohen Erwartungshaltung der Verbraucher gerecht werden und eine glaubwürdige Alternative zu globaler Einheitsware darstellen?

Gemeinsam mit der Regionalbewegung diskutierten die Regionalinitiativen, das Lebensmittelhandwerk, die Agrarmarketing der Länder sowie Politik und Wirtschaft, Vertreter des Bauernverbandes und der Bio-Anbauverbände, der qualitätsorientierte Lebensmitteleinzelhandel, Natur- und Umweltschutzverbände sowie weitere gesellschaftliche Gruppierungen und nutzen das Bundestreffen, ihren aktiven Beitrag zu leisten, die Debatte zur glaubwürdigen Regionalität weiter zu intensivieren.

Dorfäden

Vorgestellt wurden die Chancen fair gehandelter Produkte, zudem erörterte die „Allgäuer Runde“ die Regionalentwicklung im gastgebenden Allgäu. Auch wurden ein Blick über den Tellerrand nach Österreich, in die Schweiz und in die Niederlande geworfen und darüber hinaus Dorfäden in den Fokus gerückt, genossenschaftliche Perspektiven gesucht und mit Politikern diskutiert.

In einem „Wissensmarkt“ präsentierten Praktiker außerdem die Erfolgsrezepte origineller Projekte. Dazu zählten die Initiativen LandZunge und VitalZunge, die Initiativen-Auszeichnung

Regional PLUS – fair für Mensch und Natur, die Fairtrade-Town Sonthofen, die Regional App Mittelfranken, die Regionalwert AG Isar Inn, „Unser Land“ und das Regionalportal „Regionales Bayern“.

Ferner stellte die Regionalbewegung ihr Konzept für glaubwürdige Regionalität mit der Auslobung „Geprüfte Regionalität“ der Öffentlichkeit vor. Wichtig dabei ist, die Interessen der Regionalinitiativen sowie der kleinen und mittleren Unternehmen zu berücksichtigen. Folgende Kriterien bilden die Basis des Regionalisiegels „Geprüfte Regionalität“: Rohstoffe aus der Region, Verarbeitung in der Region, Vermarktung in der Region, Einsatz heimischer Futtermittel und keine Gentechnik.

Regionalität bedeutet also mehr als nur die Herkunft der Rohstoffe. Die Produkte müssen zusätzliche Anforderungen, wie zum Beispiel Gentechnikfreiheit und eine artgerechte Tierhaltung erfüllen.

Gestaltungsräume

„Der Regionalgedanke ist eine gesellschaftliche und ökologische Herausforderung“, hatte Heiner Sindel, 1. Vorsitzender des Bun-

GZ Kolumne

Josef Mederer

Liebe Leserinnen und Leser,

vor wenigen Tagen hatten wir im Bezirk Oberbayern wieder parteiübergreifend alle oberbayerischen Bundestags- und Landtagsabgeordnete zum Meinungsaustausch zu Gast. Diese jährliche Einladung in die Bezirksverwaltung hat sich aus meiner Sicht sehr bewährt. Für den Großteil der Problemstellungen, die uns als bayerische Bezirke im Alltag beschäftigen, werden die Weichen ja im Reichstag und im Maximilianeum gestellt.

Da ist es dringend notwendig, mit den Abgeordneten die Auswirkungen dieser Gesetze in der Praxis zu diskutieren und sie dafür zu sensibi-



geraten zu sein. Nur wenn die Bezirke dauerhaft von den Sozialleistungen entlastet werden, ist eine von der Entwicklung des Steueraufkommens unabhängige Senkung der Bezirksumlagen möglich und damit eine Entlastung der Landkreise, Städte und Gemeinden!

Auch im Bereich der Pflege ist der kontinuierliche Anstieg der Sozialhilfekosten vorhersehbar. Es ist keine Überraschung, wenn die Höhe der Leistungen der Pflegeversicherung nicht mit der Entwicklung der Heimkosten Schritt hält und dazu der Anteil derjenigen Pflegebedürftigen, die bei sinkenden Renten auf die Sozialhilfe zurückgreifen müssen, steigt! Von Seiten des Gesetzgebers erhoffen wir uns deshalb eine Anhebung des Pflegeversicherungsbeitrags, aber auch die längst ausstehende Neudefinition des Pflegebedürftigkeitsbegriffs. Es ist überfällig, dass auch in Folge ihres hohen Alters an Demenz erkrankte Menschen in den Genuss der Leistungen der Pflegeversicherung kommen! Alleine für den Bezirk Oberbayern haben wir einen Netto-Kostenanstieg bis 2028 in der Höhe zur Pflege von minimal 180 Mio. Euro bei zurückhaltender Schätzung und bis zu 380 Mio. Euro im Extremfall berechnet.

Auch für den zweiten großen Aufgabenbereich der Bezirke – die psychiatrische Versorgung – stehen Gesetzesvorhaben vor der Tür, die massiv in die Arbeit eingreifen werden. Das längst ausstehende Maßregelvollzugsgesetz und das Psychisch-Kranken-Gesetz sollen uns unterstützen, den Umgang mit Patienten in unseren psychiatrischen Kliniken transparent und mit der nötigen Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu handhaben. Hier sind wir – so die übereinstimmende Meinung aller – mittlerweile gemeinsam auf dem richtigen Weg. Viel Überzeugungsarbeit brauchen wir dagegen noch bei den sogenannten PEPPs, einem neuen Entgeltssystem für psychiatrische und psychosomatische Leistungen. Bisher waren vom Bundesgesundheitsministerium Regelungen geplant, die weitreichende Verwerfungen in der Krankenhauslandschaft zur Folge hätten. Deshalb müssen wir weiter miteinander im Diskurs bleiben.

Ihr Josef Mederer

Bezirksstadtspräsident von Oberbayern
Präsident des Bayerischen Bezirkstags

Fruchtbarer Meinungsaustausch

bilisieren, was uns auf den Nägeln brennt. Ich habe diese Gespräche als für beide Seiten sehr befruchtend erlebt. Deshalb möchte ich mich bei allen bedanken, die dabei sein konnten. Uns gibt es Gelegenheit, die Bezirksanliegen parteiübergreifend direkt zu platzieren. Die Abgeordneten wiederum erhalten einen vertieften Einblick in die Bewältigung der konkreten Probleme im Gesetzesvollzug.

Im Mittelpunkt steht für die Bezirkspolitiker momentan natürlich die Frage nach einem Bundesleistungsgesetz für Menschen mit Behinderungen und dessen finanzielle Ausgestaltung. Dass die Aufwendungen in der Eingliederungshilfe steigen werden, wird niemand bestreiten. Nicht zuletzt die von uns allen gewünschte und gesetzlich untermauerte Inklusion führt zu Mehrkosten. Nun geht es darum, auf welche Schulter diese Kosten verteilt werden. Im Koalitionsvertrag ist das Bundesleistungsgesetz als festes Vorhaben verankert, doch nun ist es stiller um die Umsetzung geworden. Wie viel Geld will der Bund wamm in welchen Stufen dafür zur Verfügung stellen und wie werden diese Mittel innerhalb Bayerns weitergegeben? Die vom bayerischen Finanzminister Markus Söder im Winter noch angesprochene „Durchleitungsgarantie“ an die Bezirke scheint in Vergessenheit

desverbandes Regionalbewegung e.V., in seiner Begrüßung feststellt. Er diene dem Verbraucherschutz durch kurze Wege und könne ländliche Gebiete weltweit zu Nahversorgerzentren urbaner Räume entwickeln. Die Lebensqualität urbaner Räume sei gekoppelt an ein artenreiches Land und umgekehrt stellten Ballungsräume die Absatzmärkte bäuerlicher Landwirtschaft dar.

Nahtstelle dieser Stadt-Land-Beziehung seien Lebensmittelhandwerk, Regionalinitiativen, bäuerliche Direktvermarkter und selbstständige Kaufleute im qualitätsorientierten Lebensmitteleinzelhandel. Regionale Finanzdienstleister gehörten dazu, wohnortnahe Schulsysteme und ein starkes bürgerschaftliches Engagement verbänden Artenschutzverbände und kirchliche Gruppen in der Regionalbewegung zu „Regionalen Allianzen“.

Der Regionalgedanke schaffe der Politik Gestaltungsräume, öffne den Markt für all die vielen in peripheren ländlichen Räumen und in den Innenstädten arbeitenden unternehmergeführten Betriebe. Es sei eine ungute Entwicklung, wenn global arbeitende Unternehmen den Regionalgedanken nach ihrem System zu rechtstutzen und damit das Arbeitsfeld der KMUs noch weiter eingrenzen, erklärte Sindel.

Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt, der zum Thema „Glaubwürdige Regionalentwicklung“ zum Nutzen der Erzeuger und Verarbeiter von Regionalinitiativen“ referierte, wies darauf hin, dass im Januar 2014 das Regionalfenster mit der Vermarktung der ersten Produkte gestartet wurde. Es solle für mehr Transparenz beim Einkauf.

Der Verbraucher erkenne auf

einen Blick, woher die Hauptzutaten des Produktes stammt, wie die Region definiert ist, wo es verarbeitet wurde und wie hoch der Gesamtanteil aller regionalen Zutaten ist. Mit über 50 Prozent nähmen Obst und Gemüse die Spitzenposition bei den bisher registrierten Produkten ein, gefolgt von Fleisch- und Wurstwaren, Milch und Molkerei-Produkten. Auch Eier, Fisch und verarbeitete Produkte seien bereits registriert.

KOMBA-Gewerkschaftstag in Hof:

Wettbewerbsfähige und attraktive Verwaltung

Offen, modern und ansprechend soll sich die öffentliche Verwaltung präsentieren. Dies war Thema des KOMBA-Gewerkschaftstages 2014 in Hof – „Die kommunale Verwaltung - fit für die Zukunft“? Bayerns Innenminister Joachim Herrmann mahnte, die Interessen der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nicht zu vernachlässigen - Es gelte, die Attraktivität des öffentlichen Dienstes noch zu erhöhen und ihn konkurrenzfähig zur Privatwirtschaft zu halten.

Maßgebend dafür seien nicht nur ein sicherer Arbeitsplatz, ein angenehmes Arbeitsklima und moderne Arbeitsplätze. „Die Entscheidung für den Öffentlichen Dienst fällt auch danach, ob die Bezahlung leistungsgerecht ist und die Arbeitszeitmodelle flexibel genug sind, um den Herausforderungen der modernen Arbeits- und Lebenswelt zu begegnen“, so der Innenminister.

Zeitliche Flexibilität

Die Bayerische Staatsregierung sei mit den jüngsten Leistungen auf einem guten Weg: Anhebung der Eingangsbesoldung für junge Beamte im Mai 2013 – stufenweise Rückkehr zur 40-Stunden-

Woche im August 2012 und 2013 – Erhöhung des Tarifentgelts um drei Prozent für kommunale Beschäftigte im März 2014, nochmals Anhebung um mehr als zwei Prozent zum März 2015 – über zwei Prozent mehr Lohn für Staatsbeamte seit Januar 2013, nochmals knapp drei Prozent mehr seit Januar 2014. Bayern stehe auch im Vergleich mit anderen Bundesländern gut da. So beträgt etwa das Grundgehalt eines Dienststanfängers in Berlin in der Lohngruppe A11 2.563 Euro, in Bayern aber fast 300 Euro mehr, nämlich 2.856 Euro. Herrmann: „Ich wage zu behaupten, dass nirgendwo sonst so zeitlich flexibel gearbeitet werden kann, wie im öffentlichen Dienst.“ **□**



V. l.: Prof. Dr. Klaus Meisel, Barbara Stamm, Josef Deimer und Wilhelm F. Lang. Bild: Karin Günther

Barbara Stamm folgt auf Josef Deimer

Wechsel an der Spitze des Bayerischen Volkshochschulverbandes

Die bayerischen Volkshochschulen haben Barbara Stamm, Präsidentin des Bayerischen Landtags, am Samstag 17. Mai zu ihrer Präsidentin gewählt. Barbara Stamm tritt die Nachfolge von Josef Deimer, Altoberbürgermeister der Stadt Landshut, an und ist damit oberste Repräsentantin der 216 bayerischen Volkshochschulen. Josef Deimer nahm am Freitag 16. Mai auf der Landestagung der bayerischen Volkshochschulen in Erlangen Abschied. An seine großen Leistungen im Dienste der Erwachsenenbildung erinnerten zahlreiche Wegbegleiter.

Barbara Stamm stellte sich am Samstag im Rahmen der Mitgliederversammlung der bayerischen Volkshochschulen in Erlangen für das Amt der Präsidentin des Bayerischen Volkshochschulverbandes zur Wahl.

Die Delegierten wählten Barbara Stamm mit überwältigender Mehrheit zu ihrer Präsidentin. Barbara Stamm unterstrich gegenüber den Delegierten die wachsende Bedeutung der Volkshochschulen. „Bildungsgerechtigkeit ist der Schlüssel für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft. Jede und jeder muss die Chance erhalten, an geeigneten Bildungsangeboten teilzunehmen.

Dabei ist die Begegnung mit anderen Menschen mit unterschiedlicher Herkunft und aus verschiedenen Milieus ebenso gewinnbringend wie die verlässliche Qualität im Kursgeschehen. In einem Land mit dauerhafter Zuwanderung muss gelingende Integration mehr Bedeutung bekommen. Wir brauchen für Menschen mit Migrationshintergrund eine Willkommenskultur, die vorhandene Barrieren abbaut und die Chancen und Talente der Zuwanderer nutzt“, so Barbara Stamm.

Auf der Tagung am 16. Mai war aus dem Staatsministerium für Bildung und Kultus Staatssekretär Georg Eisenreich zu Gast.

Sterbende in ...

(Fortsetzung von Seite 1)

der Pflege- und Krankenversicherung berücksichtigt sei. Beispielsweise nannte er die Pflegesätze in Alten- und Pflegeheimen, die Fallpauschalen für Krankenhäuser sowie die Gebührenordnung in der ambulanten Pflege. Zur Not müsse dies gesetzlich geregelt werden.

Laut Pfarrer Dr. Christoph Seidl, Vorsitzender der Palliativ- und Hospizakademie Regensburg, versucht die Einrichtung, mit Fort- und Weiterbildungen und ihren Basis- und Aufbaukursen Pflegekräften wie Medizinern aus der Sprachlosigkeit rund um den Tod herauszuhelfen. Zum einen soll die Fähigkeit vermittelt werden, adäquate medizinische und pflegerische Antworten auf die klaren Anfragen am Ende des menschlichen Lebens zu geben. Zum anderen geht es aber auch und nicht minder darum, die sprachliche Kommunikation mit palliativen Patienten und deren Angehörigen zu verbessern. Nicht zuletzt ist auch eine Sprache zu finden, die biografische und spirituelle Aspekte aus dem Leben des Patienten mit einbezieht.

Wege aus der Sprachlosigkeit

Wie Prof. Dr. Wolfgang Baier, Präsident der Ostbayerischen Technischen Hochschule Regensburg, erläuterte, hat der Regensburger Hospizverein vor zwei Jahren gemeinsam mit der OTH eine mehrteilige Vortragsreihe mit prominenten Referenten veranstaltet. Die Vorträge sollten die Themen Tod und Trauer verstärkt in das Bewusstsein rücken. Das gewählte Motto „Besser leben“ sollte dabei aber deutlich machen, dass es in der Hospizarbeit und in der Palliativ-

medizin nicht allein um das Sterben geht, sondern insbesondere auch darum, den letzten Tagen mehr Leben zu schenken.

Die OTH Regensburg habe sich gerne an dieser Vortragsreihe beteiligt. Zum einen deshalb, weil es inhaltliche Schnittstellen zur Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften gibt, die sich in Lehre und Forschung mit Themen der Pflege und der Sterbebegleitung auseinandersetzt. Zum anderen werde der Arbeit, die für Schwerstkranke, Sterbende und deren Familienangehörige geleistet wird, größter Respekt gezollt. „Ich bin der festen Überzeugung, dass diese Aufgaben künftig zunehmend wichtiger werden“, so Baier.

Im Rahmen des Bayerischen Hospiz- und Palliativtages fand zudem die feierliche Unterzeichnung der „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“ durch das Bayerische Hospiz- und Palliativbündnis statt. Bayern ist dieser Charta als erstes Bundesland bereits im Herbst 2012 beigetreten und hat damit eine Vorreiterrolle übernommen. Die Unterzeichner der Charta setzen sich dafür ein, die Versorgung schwerst- und sterbenskranker Menschen zu verbessern sowie den Hospiz- und Palliativgedanken in die Öffentlichkeit zu tragen.

Für den Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung im Freistaat macht sich auch das 2010 gegründete Bayerische Hospiz- und Palliativbündnis stark. Ihm gehören mehrere Verbände der Freien Wohlfahrtspflege Bayern, die Bayerische Krankenhausgesellschaft und der Bayerische Hospiz- und Palliativverband an. Das Bayerische Gesundheits- und Pflegeministerium fördert die Geschäftsstelle monatlich mit 10.000 Euro. **DK**

Eisenreich strich in seinem Grußwort neben dem breiten Angebotspektrum der Volkshochschulen insbesondere die Bedeutung der Volkshochschule als Garant des lebenslangen Lernens vor Ort heraus.

Deimers Erfolgsgeschichte

Rund 200 geladene Gäste nahmen am Abend an der Verabschiedung von Josef Deimer, Altoberbürgermeister und Ehrenvorsitzender des Bayerischen Städtetags teil. Josef Deimer hatte das Amt des Präsidenten des Bayerischen Volkshochschulverbandes 35 Jahre ehrenamtlich inne. In dieser Zeit hat sich Deimer für das kommunale Profil der mehr als 200 Volkshochschulen mit den rund 1.000 Außenstellen stark gemacht. 35 Jahre später ist der Kommunalpolitiker überzeugt denn je: „Erwachsenenbildung rechnet sich zwar nicht – aber sie zahlt sich aus.“ Mit seiner Wahl zum Ehrenpräsidenten des bvv bleibt Josef Deimer auch in Zukunft den Volkshochschulen verbunden.

Standortfaktor

„Heute stehen die Volkshochschulen als Standortfaktor unangefochten im kommunalen Gefüge da“, betont Klaus Meisel, 1. Vorsitzender des bvv in seiner Rede. Nach 35 Jahren könne Josef Deimer auf eine Erfolgsgeschichte zurückblicken. So habe sich von 1979 bis heute die Anzahl der Unterrichtsstunden an den Volkshochschulen mehr als verdoppelt, die der Veranstaltungen sogar verdreifacht. Die drohenden Mittelstreichungen des Freistaats Bayern könnten weitgehend abgewehrt werden.

Dieter Rossmeißl, Vorsitzender des Kulturausschusses im Bayerischen Städtetag, verdeutlichte in seinem Vortrag „Volkshochschule – kommunal gestalten durch Vielfalt und Teilhabe“ die kommunale Rolle der Volkshochschulen. Die zukünftige Aufgabe bestehe darin, Bildungslandschaften mit der Volkshochschule in der Kommune zu gestalten.

In seinem Grußwort für die Stadt Erlangen hieß der neue Oberbürgermeister, Dr. Florian Janik, insbesondere die Leiterinnen und Leiter der bayerischen Volkshochschulen willkommen und lud zum Empfang ein. **□**

Sammeln ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Marstallmuseum. In der Residenz München gab es beispielsweise Führungen durch das Cuvillies-Theater sowie durch das Antiquarium und die Ahnengalerie. „Vom Dachstuhl auf den Turm“ erklärte die Baugeschichte der Residenz von oben. Außerdem luden das Neue Stadtmuseum in Landsberg und die Städtische Galerie in Rosenheim zu Führungen durch ihre Depots ein.

Im oberfränkischen Bad Steben eröffnete die Ausstellung „Grafik aus der DDR“. Auf einem Symposium wurde zudem über die „Kunst der DDR als Sammelobjekt“ diskutiert. Im Museum Tegenseer Tal wurde eine Sonderausstellung über den Kiem Pauli und andere Volksmusikanten eröffnet.

Das diesjährige Motto „Sammeln verbindet“ hat in Bamberg die Dombergkoordination dazu motiviert, den roten Faden durch die Sammlungen der Dombergmuseen aufzuzeigen. Dieser Faden sollte als sichtbares rotes Band die Häuser vom Diözesanmuseum über den Dom und das Historische Museum zur Neuen Residenz mit Prunkräumen und Staatsgalerie bis zur Staatsbibliothek miteinander verbinden - und ganz Bamberg half mit: Die Bürger der Stadt wurden aufgerufen, mindestens 500 Meter „roten Fa-

Fachkonferenz der Bundes-SGK in Bonn:

Kommunen in der Energiewende

Die Bundes-SGK veranstaltete in Bonn eine Fachkonferenz zum Thema „Kommunen in der Energiewende“. Dabei boten die sozialdemokratischen Kommunalpolitiker eine Diskussionsplattform über wesentliche aktuelle Fragen der Energiepolitik, die im Plenum und in Foren diskutiert wurden. Hierzu zählten die Gestaltung der Energiemärkte, Mobilität, Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung in der Energiewende, Finanzierung der Energiewende, die Zukunft der Verteilnetze, das Stadtwerk der Zukunft, Energiewende als Chance für den ländlichen Raum sowie die Steigerung der Energieeffizienz im Quartier.

Die Kommunen in Deutschland sind in sehr unterschiedlicher Weise Gestalter und Betroffene der Energiewende. Sie sind mit ihren Stadtwerken selber in der Energiewirtschaft aktiv. Sie setzen Rahmenbedingungen durch die räumliche Planung, übernehmen eine Vorbildfunktion und fungieren als Moderatoren im Prozess der Energiewende.

Wie sich die Umsetzung der Energiewende aus Sicht der Bundesregierung gestalten soll, stellte Uwe Beckmeyer, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie, dar. „Wir wollen so schnell wie möglich die Spielregeln für den Strommarkt ändern, um Planungssicherheit zu schaffen. Die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes ist der erste Schritt, weitere werden unmittelbar folgen“, betonte Beckmeyer.

80% erneuerbare Energien

Die Stromerzeugung hierzulande soll von heute rund 80 % konventionell auf mindestens 80 % erneuerbare Energien im Jahr 2050 umgestellt werden. Fünf Gründe sind nach Auffassung der Bundesregierung zentral für diese Zielsetzung: 1. der Ausstieg aus der Atomenergie, 2. die derzeitige Abhängigkeit von internationalen Öl- und Gasimporten, 3. die Entwicklung neuer Technologien und neuer Wachstumspfade zugunsten neuer Arbeitsplätze, 4. die deutschen Klimaschutzziele und 5. eine Vorbildfunktion für andere Länder, wenn es darum geht, eine nachhaltige Energiepolitik auch ökonomisch erfolgreich umzusetzen.

Dabei müssen laut Beckmeyer vor allem folgende Aufgaben bewältigt werden: Zum einen die Dämpfung der Kostendynamik, insbesondere beim Ausbau der erneuerbaren Energien, zum anderen die Sicherstellung der Be-

zahlbarkeit von Energie für Industrie und Verbraucher sowie schließlich die langfristige Gewährleistung der Versorgungssicherheit.

Um die Energieversorgung auch in Zukunft nachhaltig sicherzustellen, seien folgende Punkte entscheidend:

- Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss im Rahmen verbindlicher Ausbaukorridore erfolgen (2025: 40 - 45 % des deutschen Stromverbrauchs, 2035: 55 - 60%). Die Förderung muss effizienter und marktgerechter organisiert werden.

- Auch künftig benötigt Deutschland fossile (steuerbare) Kraftwerke für eine zuverlässige Energieversorgung. Deren Betrieb ist langfristig zu gewährleisten.

- Für eine erfolgreiche Energiewende ist eine leistungsfähige Infrastruktur unverzichtbar. Das gilt vor allem für Übertragungs- und Verteilnetze.

Energieeffizienz

„Im Blick haben wir natürlich auch die Frage der Energieeffizienz“, fuhr der Staatssekretär fort. Zwar herrsche in der Öffentlichkeit die Diskussion um Stromerzeugung und Transport vor. Umso wichtiger sei es aber, bei der Energiewende die Verbrauchsseite nicht zu vernachlässigen. Beckmeyer: „Wir planen, noch in diesem Jahr einen Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz vorzulegen. Er soll die Effizienzziele, die Effizienzinstrumente und Finanzierung sowie die Verantwortung der einzelnen Akteure zusammenfassen. Wir werden anspruchsvolle Energieeffizienzmaßnahmen im Handwerk und im Mittelstand sowie in Kommunen und Haushalten fördern.“

Höchste Einsparpotenziale konzentrierten sich dabei im Gebäudebereich, ist dieser doch für knapp 40 % des Endenergieverbrauchs und ein Drittel der CO₂-Emissionen verantwortlich. Bis 2050 soll ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand erreicht werden. Hierzu wird das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm (derzeit 1,8 Mrd. Euro p.a. bis 2014) verstetigt und aufgestockt und auch das Marktanreizprogramm zur Nutzung erneuerbarer Energien fortgeführt. Einen weiteren Schwerpunkt bildet die Umsetzung der Energieeffizienzrichtlinie, die ganz unterschiedliche Bereiche umfasst. Wichtige Potenziale sieht Beckmeyer auch gerade beim Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung. Daher sollen noch 2014 die Rahmenbedingungen für den KWK-Ausbau überprüft werden.

Dr. Günther Horzetzky, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen wies seinerseits auf die veränderten und erweiterten Geschäftsfelder der Stadtwerke hin. Es gehe nicht mehr nur um reinen Stromvertrieb. Die Stadtwerke als örtlich verbundene, respektierter und kompetenter Ansprechpartner seien zukünftig entscheidende Akteure insbesondere bei der Beratung, der Erzeugung von Strom und Wärme und beim intelligenten Energiemanagement von Gewerbe und Haushalten.

„Die Energiewende stellt viele ganz unterschiedliche Akteure vor große Herausforderungen

und dabei haben diese meist auch noch zum Teil gegenläufige Interessen“, konstatierte Horzetzky und ergänzte: „Dies sehen wir zurzeit in der Diskussion mit den anderen Bundesländern zur EEG-Novelle. Es überrascht nicht, dass Bayern mehr an Biomasse als an Offshore-Wind-Energie denkt und jedes Land die Förderbedingungen so setzen will, dass es zum eigenen Vorteil ist. Aber am Ende muss - wie immer - ein Kompromiss her.“

EEG-System stößt an seine Grenzen

Ein „weiter so“ sei schlicht nicht möglich, da das EEG-System immer häufiger an seine Grenzen stößt. Zum einen führe es zu höheren Strompreisen für alle Verbraucher. Zum anderen führten Wind und Sonne dazu, dass Strom aus konventionellen Kraftwerken an der Strombörse kaum noch Gewinne erzielen kann. „Das hat eine gravierende Konsequenz“, bemerkte Horzetzky: „Wenn der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, brauchen wir weiterhin Gas- und Steinkohlekraftwerke, um die Versorgung zu jeder Minute des Jahres bedarfsgerecht sicherzustellen. Gleichzeitig sind viele Kraftwerke mittelfristig nicht mehr rentabel. Stillstände sind nicht nur ein betriebswirtschaftlicher Schaden, sondern sie sind auch ein erheblicher Schaden für die gesamte Volkswirtschaft. Eine solche Kapitalvernichtung können wir uns auf keinen Fall auf Dauer leisten. Deshalb brauchen wir dringend notwendige Korrekturen. Aus diesem Grund muss sich an die EEG-Reform die Debatte um Kapazitätsmechanismen und Strommarktdesign anschließen.“

„Stadtwerke in der Energiewende - Veränderung der Geschäftsfelder“ lautete der Titel des Vortrags von Michael Wübbels, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU). Für das Geschäftsmodell des Energieversorgers der Zukunft stellte er folgende Thesen auf:

- Statt der Ware wird die Dienstleistung im Vordergrund stehen; die Ware muss aber vorgehalten werden. Kraftwerke werden weiterhin benötigt.

- In Kooperation mit geeigneten Anbietern (z. B. Handwerk) werden kombinierte Beratungsleistungen zur Eigenversorgung in Verbindung mit Reststromlieferverträgen bedeutend. Elektrische Verbraucher (Kühlschrank, Elektromobil etc.) werden mit einem Stromkontingent für ihren Betrieb angeboten werden.

- Für hauptsächlich fixkostenbasierte Anlagen (Netze, EE-Kraftwerke) werden pauschale Vergütungsmodelle (Flatrate) entwickelt.

- Dezentrale Eigenerzeuger werden Bestandteil des Gesamtsystems und beteiligen sich an Systemdienstleistungen. Stadtwerke bündeln sie zu marktfähigen virtuellen Kraftwerken.

Kooperationen gewinnen an Bedeutung

Als Fazit seines Vortrags hielt Wübbels fest, dass Stadtwerke Versorgungs- und Dienstleistungsfunktionen besitzen und die Umstrukturierung Energiesystem eine Prüfung und Anpassung der Unternehmens- und Geschäftsmodellstrategien erfordert. Weitere Kooperationen mit anderen Stadtwerken sowie Plattformen kommunaler Regionalversorger werden an Bedeutung gewinnen. Darüber hinaus werden die Gemeinden ihre Stadtwerke auf den Weg hin zu modernen Energiedienstleistern begleiten. **DK**

Ein Konzept, das nur Gewinner kennt

Wer kleine Erzeugungsanlagen besitzt, kann den darin gewonnenen Strom vermarkten lassen und zusätzliche Erlöse erzielen. Möglich wird das durch eine Teilnahme am virtuellen Kraftwerk, wie es die Stadtwerke München mit M-Partnerkraft anbieten.

Erfahrung im Energiemanagement und in der Direktvermarktung von Erneuerbarer Energie: Seit 2012 bündeln die SWM diese langjährigen Erfahrungen in einem neuen Kundenangebot, M-Partnerkraft, das virtuelle Kraftwerk der SWM. Beim virtuellen Kraftwerk werden an verschiedenen Standorten angesiedelte, dezentrale Erzeugungseinheiten, wie beispielsweise Photovoltaik-Anlagen oder Blockheizkraftwerke, miteinander vernetzt und informationstechnisch gebündelt. Diese Verbundlösung realisiert Erzeugungskapazitäten vergleichbar mit denen von herkömmlichen Kraftwerken. Das virtuelle Kraftwerk ist an größere Leittechnik angebunden und erzielt am Regelleistungsmarkt Erlöse. Das Ergebnis ist eine klassische Win-win-Situation: Die Eigner der dezentralen Erzeugungseinheiten können durch einen neuen Vermarktungsweg für ihren Strom die Wirtschaftlichkeit ihrer Anlagen erhöhen. Das virtuelle Kraftwerk selbst trägt wiederum zu einer höheren Stabilität des Stromnetzes bei, da die Partner regelbare Leistung innerhalb kürzester Zeit bereitstellen können.

Beitrag zur Netzstabilität

Die Bedeutung virtueller Kraftwerke wird mit dem Fortschreiten der Energiewende weiter zunehmen, da sie wichtige Bestand-

teile eines intelligenten Stromversorgungsnetzes sind.

Denn durch den Ausbau der Erneuerbaren Energien wird es in Zukunft mehr Bedarf geben, kurzfristige Über- bzw. Unterversorgungen im Stromnetz auszugleichen. Ist zu wenig Strom im Netz, muss die Stromerzeugung erhöht und/oder der Verbrauch reduziert werden. Ist zu viel Strom im Netz, muss die Erzeugung reduziert und/oder der Verbrauch erhöht werden. Dafür stehen den Übertragungsnetzbetreibern verschiedene Instrumente zur Verfügung: die Primärregelung (Aktivierung innerhalb von 30 Sekunden), die Sekundärregelung (Aktivierung innerhalb von 5 Minuten) und die Minutenreserve (Aktivierung innerhalb von 15 Minuten).

Zusätzliche Gewinne erzielen

Diese Ausgleichsmaßnahmen werden von den Übertragungsnetzbetreibern vergütet. Durch die Teilnahme an diesem Regelleistungsmarkt verdienen die Betreiber von kleinen Erzeugungsanlagen also doppelt: Sie erhalten nicht nur die Vergütung für ihren Strom, sondern auch für die Bereithaltung der Leistung. Nur durch ein intelligentes Energiemanagement können alle Vorteile des Regelleistungsmarkts voll ausgeschöpft werden. Die SWM als der größte deutsche kommunale Energieversorger verfügen

über langjährige Erfahrung auf diesem Gebiet. Mit M-Partnerkraft machen sie auch für die Besitzer von kleineren Erzeugungsanlagen den Weg frei für die Vermarktungsmöglichkeiten großer Kraftwerke: Um etwa auf dem Markt für die Minutenreserve anbieten zu können, müssen Energieerzeuger mindestens 5 Megawatt Kraftwerksleistung bereitstellen. Blockheizkraftwerke (BHKWs) und Notstromaggregate sind aber selten größer als 1 Megawatt. Alleine haben Betreiber dieser Anlagen zu diesem Markt also keinen Zugang.

Durch die Verbundlösung im virtuellen Kraftwerk sind je nach Art der Anlage folgende Vermarktungswege möglich:

1. Bereitstellung von Regelleistung

Die Anlage des virtuellen Kraftwerks partizipiert am Regelleistungsmarkt (Minutenreserve und/oder Sekundärregelung) und erwirtschaftet so Erlöse.

Diese Anlagen eignen sich für die Bereitstellung von Regelleistung:

- Notstromaggregate – positive Regelleistung
- Laufende BHKWs – negative Regelleistung
- Abschaltbare Lasten (z. B. Kühlaggregate) – positive Regelleistung
- Zuschaltbare Lasten (z. B. Kühlaggregate) negative Regelleistung

So setzen sich die Einnahmen zusammen:

- Vergütung für Leistungsvorhaltung
 - Vergütung bei Abruf der Anlage
- Bei dieser Variante investiert man einmalig in die Kosten für die Installation der notwendigen Technik.

2. Direktvermarktung von Erneuerbare-Energien-Anlagen

Dieser Vermarktungsweg richtet sich an Betreiber von regenerativen Erzeugungsanlagen. Diesen bieten die SWM mit der Einbindung ihrer regenerativen Erzeugungsanlage in das virtuelle Kraftwerk die Chance, über die Direktvermarktung mehr als die gesetzliche EEG-Vergütung zu verdienen.

So funktioniert die Direktvermarktung:

Die SWM nehmen den Betreibern der regenerativen Anlage den dort produzierten Strom ab. Die SWM verkaufen den Strom in der Stundenauktion (Spotmarkt) der Strombörse EPEX, dem größten europäischen Stromhandelsplatz mit dem Ziel, den höchstmöglichen Ertrag zu erwirtschaften. Die Direktvermarktung des Ökostroms schafft darüber hinaus die Voraussetzung, bei Biogas- und Biomethan-BHKWs die so genannte Flexibilitätsprämie zu beziehen. Für manche EEG-Anlagen kann die zusätzliche Vermarktung von negativer Regelleistung interessant sein.

So setzen sich Ihre Einnahmen zusammen:

- EEG-Vergütung
 - Vertraglich festgelegte Prämie
- Die SWM garantieren, dass die Einnahmen aus der Teilnahme am virtuellen Kraftwerk mindes-



tens der EEG-Vergütung entsprechen.

3. Vermarktung am Spotmarkt

Diese Vermarktungsmöglichkeit ist vor allem für Inhaber schaltbarer Lasten, wie zum Beispiel von Kühlaggregaten, geeignet. Durch die Einbindung in das virtuelle Kraftwerk kann ihre Leistung auf dem kurzfristigen Spotmarkt der Strombörse EEX in Leipzig gehandelt werden. Dazu wird am Vortag der Lieferung der Strom in Auktionen gehandelt. Während hoher Spotmarktpreise werden Lasten abgeschaltet. Während niedriger Spotmarktpreise werden die Lasten zugeschaltet.

Partner im virtuellen Kraftwerk der SWM profitieren von diesem Know-how der SWM:

- Erfahrung in Betrieb und Vermarktung eines komplexen Erzeugungssystems
- Gesicherter Marktzugang
- Erprobte Prozessleittechnik

• Durchführung von vorgeschriebenen Präqualifikationsverfahren (Überprüfung, ob die Anlage die für die Regelleistungsvermarktung notwendige Leistung und Reaktionsgeschwindigkeit erbringt)

Die Vorteile einer Teilnahme am virtuellen Kraftwerk:

- Der Kunde erhält eine transparente, marktgerechte und sichere Vergütung.
 - Die SWM tragen das Vermarktungsrisiko.
 - Der Kunde bestimmt flexibel Ihre Teilnahme am virtuellen Kraftwerk.
 - Mit den SWM hat man einen starken Partner an seiner Seite: etabliert, finanzstark, regional, Motor der Energiewende.
- Bei Fragen zum virtuellen Kraftwerk beraten die SWM Experten für M-Partnerkraft Horst-Peter Hartl (hartl.horst-peter@swm.de, Telefon 089 2361-4633) und Stefan Weber (weber.stefan@swm.de, Telefon 089 2361-3125) gerne. Weitere Informationen unter www.swm.de.

Stadtwerke München **SW/M**

Vermarkten Sie den Strom Ihrer Erzeugungsanlage mit M-Partnerkraft der SWM

Besuchen Sie uns
auf dem 7. Bayerischen Energieforum in Garching
oder unter www.swm.de

E.ON nimmt 180 neue regelbare RONTs bis Ende 2014 in Betrieb

Smart Grid-Technologie der Maschinenfabrik Reinhausen bundesweit im Einsatz

Bei den E.ON-Netzgesellschaften in Deutschland gehen bis zum Jahresende bundesweit 180 neue regelbare Ortsnetztransformatoren (RONTs) ans Netz. Rund 60 dieser Transformatoren wurden bereits erfolgreich in Betrieb genommen. Die Umspanner sind mit Technik der Maschinenfabrik Reinhausen (MR) aus Regensburg ausgestattet. Mit der bundesweiten Installation in allen Verteilnetzen von E.ON ist der RONT die erste Smart-Grid-Technologie, die Serienreife erlangt hat. Sie wurde in enger Partnerschaft zwischen E.ON und MR entwickelt.

E.ON als Deutschlands größter Verteilnetzbetreiber und MR als Technikpionier setzen mit dem RONT gemeinsam Maßstäbe bei der wirtschaftlichen Netzintegration von regenerativen Energien. Nach Berechnungen der dena können mit Hilfe von RONTs bis 2030 allein im Niederspannungsnetz Kosten für den Netzausbau in Höhe von rund 1,4 Milliarden Euro eingespart werden.

Zuverlässige Technologie

Der Einsatz von RONTs erhöht die Aufnahmefähigkeit der Verteilnetze für erneuerbare Energien spürbar und ermöglicht auch bei massiver Einspeisung einen wirtschaftlichen, stabilen Betrieb und reduziert damit den Bedarf für den Netzausbau. Als zuverlässige, kostengünstige Technologie füllen RONTs das Zieldreieck der Energiewirtschaft mit ihrer Forderung nach Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Umweltverträglichkeit voll aus.

Bei der Präsentation der RONTs in Regensburg betonten neben der Bayerischen Staatsministerin für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie, Ilse Aigner, auch Dr. Thomas König, Mitglied

der Geschäftsführung von E.ON Deutschland, Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG und Dr. Nicolas Maier-Scheubeck, Geschäftsführer MR, die Bedeutung der intelligenten Technik aus Bayern für die bundesweite Energiewende.

Entlastung für die Bürger

„Diese Entwicklung zeigt, welche Innovationskräfte durch die Energiewende freigesetzt werden. Der High-Tech-Transformator beweist: Intelligente Stromnetze sind nicht nur Träume für die Zukunft, sondern bereits Realität. Der RONT entlastet die Bürger in den Kommunen, denn er macht die Verlegung von neuen Stromleitungen zum Teil überflüssig“, so Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie.

Deutlich niedrigere Kosten

„Mit den regelbaren Ortsnetztransformatoren mit MR-Technologie kommt bei E.ON als erstem Verteilnetzbetreiber in Deutschland flächendeckend Smart-Grid-Technologie zum Einsatz“, betonte Dr. Thomas König. „Auf diese Weise

lassen sich erneuerbare Energien mit deutlich niedrigeren Kosten in die Verteilnetze integrieren“, so König weiter. Damit leiste E.ON einen wesentlichen Beitrag zum Ausbau der dezentralen Erzeugung und für stabile Netzentgelte.

Allein in Bayern bringt der regionale Netzbetreiber Bayernwerk in diesem Jahr 60 RONTs in seine Netze. „Diese Technologie ist eine wichtige Stütze, um die Herausforderungen der Energiezukunft zu meistern“, erklärte Reimund Gotzel. „Die Zukunft hat in unserem Netz schon begonnen. Wir transportieren bereits heute über 50 Prozent regenerativen Strom“, so der Vorstandsvorsitzende. „240.000 PV-Anlagen haben wir in unser Netz integriert. Das stellt hohe Ansprüche an die Netztechnik und an den Netzbetrieb.“

Pilotprojekte

Während sie im Süden stabile Netze bei weiter steigender Einspeisung von Energie aus Photovoltaikanlagen gewährleisten, erlauben die RONTs in den norddeutschen Netzen die wirtschaftliche Integration von erneuerbarer Energie aus Windkraftanlagen. Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie ist im Gebiet der norddeutschen E.DIS sogar dreimal so hoch wie die Spitzenlast in deren Netzen.

Seit 2008 haben E.ON und MR gemeinsam Lösungen erprobt, die die Aufnahmefähigkeit des Verteilnetzes für erneuerbare Energien auf wirtschaftliche Art und Weise

erhöhen. Als Ergebnis umfangreicher Pilotprojekte in den letzten Jahren konnte MR im September 2012 als erstes Unternehmen weltweit eine serienreife Lösung für RONTs vorstellen. Seitdem wird unter dem Namen GRIDCON® iTAP® ein System bestehend aus Laststufenschalter, Regler und Sensor für das Niederspannungsnetz angeboten, das zusammen mit dem Transformator einen RONT ergibt.

Weltmarktführer

MR gelang es als Weltmarktführer in der Spannungsregelung, den hohen Anforderungen der Netzbetreiber gerecht zu werden und gleichzeitig eine wirtschaftliche Alternative zu teuren und aufwändigen Netzausbaumaßnahmen – wie z. B. dem Verlegen zusätzlicher Kabel und Leitungen – anzubieten. RONTs mit der MR-Technologie sind in allen Kompaktstationen einsetzbar, weil es den Ingenieuren von MR gelang, eine Lösung zu entwickeln, die die Abmessungen des Transformators weder in der Breite noch in der Tiefe vergrößert. Zudem handelt es sich bei GRIDCON® iTAP® um eine wartungsfreie Technologie, die durch den Verzicht auf



V. l.: Dr. Nicolas Maier-Scheubeck, Geschäftsführer der Maschinenfabrik Reinhausen, Ilse Aigner, Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft, Medien, Energie und Technologie, Dr. Thomas König, Mitglied der Geschäftsführung von E.ON Deutschland und Reimund Gotzel, Vorstandsvorsitzender der Bayernwerk AG.

Elektronik im Transformatorkegel eine hohe Lebensdauer sicherstellt.

„Durch die enge Zusammenarbeit zwischen den Ingenieuren von E.ON und MR ist es uns gelungen, ein Produkt zu entwickeln, das die Anforderungen der Verteilnetzbetreiber bestmöglich erfüllt“, erklärte Dr. Nicolas Maier-Scheubeck. Bemerkenswert seien weiterhin die Parallelen zwischen der aktuellen Entwicklung der RONT-Techno-

logie mit den Partnern E.ON und MR sowie der Entwicklung der ersten Laststufenschalter in den Zwanzigerjahren des vergangenen Jahrhunderts. Damals entstand in der Zusammenarbeit zwischen den Oberpfälzwerken, deren Nachfolgeorganisationen heute Teil von E.ON sind, und der Maschinenfabrik Reinhausen eine Technologie, durch die heute mehr als die Hälfte des weltweiten Stromverbrauchs fließt.

Ökologische Durchgängigkeit an der Donau wird verbessert

Moderne Fischaufstiegsanlage am Kraftwerk Ingolstadt wird Realität
Rhein-Main-Donau AG investiert rund 1,2 Millionen Euro

Am Bahnstrom-Kraftwerk Ingolstadt der Donau-Wasserkraft AG wird ab 2. Juni 2014 eine Baustelle eingerichtet, um in den nächsten Monaten den Bau einer Fischaufstiegsanlage in Angriff zu nehmen. Durch die Fischaufstiegsanlage wird die ökologische Durchgängigkeit der Donau weiter verbessert. Die Fischaufstiegsanlage soll bereits im Dezember 2014 in Betrieb gehen. Die gesamte Baumaßnahme wird mit Restarbeiten Anfang 2015 abgeschlossen sein. Das Kraftwerk Ingolstadt gehört der Donau-Wasserkraft AG, an der die Rhein-Main-Donau AG zu 99,25 Prozent und E.ON zu 0,75 Prozent beteiligt sind. Die Betriebsführung obliegt der E.ON Kraftwerke GmbH.

Die Fischaufstiegsanlage wird flussabwärts betrachtet an der linken Seite des Kraftwerks Ingolstadt errichtet. Sie besteht aus drei Teilen: dem Einstieg 400 Meter unterhalb des Kraftwerks. Dieser fischgerecht ausgestaltete Einstieg wird an den bereits vorhandene Entwässerungsgraben angebunden, der entsprechend ökologisch aufgewertet wird.

Mittels Einbau von Totholz, Wasserbausteinen und Kiesnestern sowie einem geschwungenen Verlauf mit Zonen unterschiedlicher Wasserführung wird aus dem vormalig strukturarmen Entwässerungsgraben ein abwechslungsreicher und attraktiver Lebensraum für Fische und Wasserlebewesen. Als drittes Element kommt ein Ausstiegsbauwerk ca. 600 Meter oberhalb des Kraftwerks hinzu. Hier wird zwischen Segelheim und Ruderclub ein wirkungsvoller, sogenannter technischer Fischauf-

stieg errichtet: Über 27 abgestufte Betonbecken können die Fische die 3,50 Meter Höhenunterschied überwinden. Dieses technische Bauwerk wird wiederum mit einem der Natur nachempfundenen Raugerinne an den Entwässerungsgraben unterhalb des Baggersees angebunden.

Zentrales Anliegen

Leitfisch für die Auslegung der geplanten Fischaufstiegsanlage ist der in der Donau heimische Huchen. „E.ON und Rhein-Main-Donau AG ist es ein zentrales Anliegen, Ökologie und Ökonomie bei der Nutzung der Wasserkraft in Einklang zu bringen. Mit dieser neu errichteten Fischaufstiegsanlage in Ingolstadt ist das erneut gelungen. Wenn der Bau abgeschlossen ist, wird die Donau zwischen den Kraftwerken Bad Abbach und Bittenbrunn auf einer Strecke von

rund 80 Fluss-Kilometern für Fische und weitere Wasserlebewesen durchgängig sein. Darüber freuen wir uns sehr und bedanken uns bei den zuständigen Behörden, der Fischerei sowie unseren Partnern für die positive Begleitung und die Genehmigung unseres Bauvorhabens“, sagte Dipl.-Ing. Uta Mentz, Projektleiterin der E.ON Kraftwerke GmbH.

Konzeption und Bau der Fischaufstiegsanlage wurden mit den zuständigen Partnern der Stadt Ingolstadt, dem Wasserwirtschaftsamt Ingolstadt sowie dem Fischereifachberater für Oberbayern abgestimmt. Die Wander- und Erholungswege in den Donau-Auen werden nach Fertigstellung der Arbeiten wieder gänzlich hergestellt.

Vorübergehend kann es während der Bauzeit zu Einschränkungen auf den Wegen kommen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von E.ON sowie aller beteiligten Unternehmen werden besondere Rücksicht auf Anwohner und Betroffene nehmen. Für mögliche Beeinträchtigungen durch die Arbeiten bitten E.ON und die Rhein-Main-Donau AG um Verständnis. Zu den einzelnen Baumaßnahmen wird die Öffentlichkeit über die örtlichen Medien auf dem Laufenden gehalten.



Donaukraftwerk Ingolstadt zur Bereitstellung von Bahnstrom (16 2/3 Hertz). Der Fischpass wird unterhalb der linken unteren Bildecke vorbeigeführt. Bild: Rhein-Main-Donau AG

Netze für neue Energien.

Der Anteil der regenerativ erzeugten Energie im Netz des Bayernwerks liegt bei über 50 Prozent. Bis heute haben wir mehr als 240.000 Photovoltaikanlagen in unser Netz integriert. Damit betreiben wir eines der ökologischsten Netze in Deutschland.

www.bayernwerk.de

bayernwerk



Erfolgreiches Jahr 2013 für STEAG New Energies

Die STEAG New Energies GmbH (SNE), Spezialist für maßgeschneiderte, nachhaltige Energielösungen für Kommunen und Industrie, kann auf ein erfolgreiches Jahr 2013 zurückblicken. SNE hat mit dem Bau von vier neuen Windparks begonnen. Der dezentrale, kommunale Bereich konnte durch die Integration von Blockheizkraftwerken auf Biomethangasbasis an sechs Standorten wesentlich gestärkt werden. Die Vorbereitungen zur Gründung einer gemeinsamen Gesellschaft mit Stadtwerken zur Realisierung von Projekten im erneuerbaren Bereich stehen vor ihrem Abschluss.

Ende vergangenen Jahres begann SNE mit dem Bau des Windparks Ullersdorf in Brandenburg. Mit Gesamtinvestitionen von rund 81 Millionen Euro ist er das größte Projekt der SNE seit der Errichtung des Gichtgaskraftwerks in Dillingen im Jahr 2009. Geplant ist eine Netzeinspeisung von 115.900 MWh pro Jahr. Dies ist ausreichend zur Versorgung von 28.975 Einfamilienhäusern. Der erzeugte Strom wird in das Netz der E.ON edis eingespeist. Die CO₂-Vermeidung durch den Windpark liegt bei 87.273 Tonnen Kohlendioxid pro Jahr. Die Inbetriebnahme des Windparks, der eine Gesamtleistung von 43,2 Megawatt hat, ist für Oktober 2014 vorgesehen.

Windparks in der Bretagne

In der Bretagne realisiert SNE zurzeit zwei Windparks mit der Gesamtleistung von 18 Megawatt. Angestrebt wird hier ein Nettojahresenergieertrag von 43.400 MWh. Die beiden Windparks in Lanouée und Guégon sollen Mitte des Jahres ihren Betrieb aufnehmen.

Auch im polnischen Ilawa, einer Kreisstadt ca. 110 km südöstlich von Danzig, wird gebaut. Hier errichtet SNE einen Windpark mit einer Gesamtleistung von 12 Megawatt. Vier Windkraftanlagen werden ab Mai 2014 einen Nettojahresenergieertrag von 33.864 MWh liefern. SNE investiert ca. 21 Millionen Euro in den Windpark.

Mit den bereits bestehenden Windparks der SNE in Oberschölen (Nordrhein-Westfalen), Woelfling und Coume (Frankreich) sowie Nidzica (Polen) wird SNE im Verlauf des Jahres 2014 im Windbereich einen Anschlusswert von 106 Megawatt erreichen.

BHKWs am Netz

Am Jahresende 2013 konnte SNE sechs Biomethangas-Blockheizkraftwerke (BHKW) in Deutschland erfolgreich ans Netz bringen. Es handelt sich um die Standorte Essen-Rüttenscheid (Nordrhein-Westfalen), Lebach (Saarland), Hattersheim (Hessen), Koblenz (Rheinland-Pfalz), Geithain und Rochlitz (Sachsen). Insgesamt haben die Anla-

gen eine elektrische Leistung von 10 Megawatt und eine thermische Leistung von 9,75 Megawatt. An allen Standorten werden Fernwärmeversorgungen betrieben, über die die Wärme aufgenommen und zu den Kunden transportiert wird.

Der geplante Stromabsatz beläuft sich auf 67.730 Megawattstunden pro Jahr. Der geplante Wärmeabsatz liegt bei rund 83.000 Megawattstunden pro Jahr. In den Gasmotoren der sechs Blockheizkraftwerke werden pro Jahr 17,2 Millionen Kubikmeter Biomethangas verbrannt werden. Die Abwärme der Gasmotoren ersetzt an allen Standorten einen Teil der Wärmeerzeugung in den vorhandenen Heizwerken. Der erzeugte Strom wird in das öffentliche Netz eingespeist.

SNE investierte 13,1 Millionen Euro in den Bau der Blockheiz-

kraftwerke, die jetzt nicht nur grünen Strom und grüne Wärme liefern, sondern für einen deutlich besseren Primärenergiefaktor sorgen, der sich positiv auf die Wirtschaftlichkeit der angeschlossenen Gebäude auswirkt.

Die Gründung einer neuen Gesellschaft mit einem kleinen Kreis ausgewählter Stadtwerke rückt näher. SNE wird mit sechs Stadtwerken (Stadtwerke Solingen GmbH, Stadtwerke Wesel GmbH, Stadtwerke Düren GmbH, ELE Emscher Lippe Energie GmbH, Wbm Wirtschaftsbetriebe Meerbusch GmbH, Stadtwerke Neuss Energie und Wasser GmbH), eine gemeinsame Gesellschaft gründen, um Projekte im regenerativen Bereich – Windkraft an Land, Bioenergie, Geothermie – zu realisieren. Die Gesellschaftsgründung ist im ersten Quartal des Jahres vorgesehen.

Stromvermarktung durch STEAG

Über 300 Megawatt der Wärme- und rund 250 Megawatt der Stromerzeugungleistung von SNE



Anlieferung Biogas-BHKW in Essen-Rüttenscheid im Oktober 2013.

betreffen EEG-Anlagen. Bei der Vermarktung des Stroms nutzt SNE die Möglichkeiten der STEAG-Gruppe. Sie setzt die Anlagen im Rahmen der Direktvermarktung ein und nutzt die Chance des virtuellen Kraftwerkes. Ein virtuelles Kraftwerk ist der Zusammenschluss dezentraler Stromerzeugungseinheiten zu ei-

nem steuerbaren und vermarktbareren Verbund. Aus einem solchen Kraftwerk können kurzfristige Leistungsanpassungen (Regelenergie) vorgenommen werden, um das Stromnetz stabil zu halten. Rund 1.200 Gigawattstunden Strom aus EEG-Anlagen werden zurzeit durch STEAG direkt vermarktet. □

STEAG New Energies (SNE) ist eine Tochtergesellschaft der STEAG GmbH, Essen. Sie wurde 1961 gegründet und ist seitdem im Energiemarkt tätig. SNE kommt von der dezentralen Energieversorgung und ist schon seit über 15 Jahren in der Energieversorgung aus erneuerbaren Primärenergieträgern in Deutschland aktiv. Im Auslandsgeschäft (Polen, Frankreich) betätigt sich das Unternehmen seit 1998. Klimagefährdete Kraft-Wärme-Kopplung ist ein wesentlicher Schwerpunkt der maßgeschneiderten, nachhaltigen Energielösungen, die SNE für ihre kommunalen und industriellen Kunden sowie für weitere Projektpartner in enger Abstimmung entwickelt. Die zum Einsatz kommenden erneuerbaren Primärenergien reichen heute von Wind und Biomasse über Bioerdgas bis hin zur Geothermie. SNE ist Gesellschafter und langjähriger Partner in über zehn kommunalen Beteiligungen.

Die wichtigsten Daten (Datenbasis: Geschäftsjahr 2013)

- ▶ Installierte Leistung elektrisch: 348 MW
- ▶ Installierte Leistung thermisch: 1.277 MW
- ▶ Wärmeabsatz rd. 2.103 GWh
- ▶ Stromabsatz: rd. 1.600 GWh
- ▶ Umsatz: rd. 269 Mio. Euro
- ▶ Mitarbeiter: 769 (inkl. Beteiligungen + Ausland)
- ▶ Standorte: über 100 Standorte mit rd. 200 Anlagen. □

Neue Auflage des Bayerischen Windatlas:

Wertvolle Planungshilfe

Die bayerische Wirtschafts- und Energieministerin Ise Aigner hat den neuen Bayerischen Windatlas vorgestellt und den bayerischen Bürgermeistern, Landräten und Regionalen Planungsverbänden zugesichert. Aigner: „Wir geben jetzt jeder Gemeinde ein Werkzeug in die Hand, um Vor- und Nachteile neuer Windräder unaufgeregt und sachlich zu diskutieren, eine Planungshilfe also. Der Windatlas ist einzigartig, den gibt es so nirgends. Windkraft ist ein wichtiger Pfeiler auf dem Weg zu einem grünen Bayern, natürlich nur energiepolitisch.“

Aigner weiter: „Wir haben ein komplett neues Modell entwickelt, mit modernsten meteorologischen Berechnungsverfahren, so können die tatsächlichen Windverhältnisse an jedem Ort Bayerns wesentlich genauer erfasst werden.“

Chancen der Windenergienutzung

Mithilfe von Windgeschwindigkeits- und Energieertragskarten werden die Chancen der Windenergienutzung für jeden Ort in Bayern dargestellt, zudem werden die jährlichen Schwankungen des Windaufkommens berücksichtigt. Der Windatlas hilft auch bei der Antwort auf die Frage, wo Windenergie in

Bayern wirtschaftlich sinnvoll ist. Eine weitere Neuerung ist auch das Planungstool „3-D-Analyse von Windenergieanlagen“: Es enthält neue und geplante Anlagen in 3-D-Ansicht und ermöglicht eine sehr realitätsnahe Darstellung, da mit nur einem Mausklick Windkraftanlagen in einem ausgewählten Gebiet „gebaut“ werden können und sich diese in das Landschaftsbild einfügen.

Die Neuauflage des Bayerischen Windatlases sowie die 3-D-Analyse sind Planungshilfen, die nicht in die kommunale Planungshoheit oder in die Genehmigungsverfahren eingreifen. Ab sofort sind sie im Energie-Atlas Bayern freigeschaltet: www.energieatlas.bayern.de □



dezentral – erneuerbar – intelligent

Windenergie – Bioenergie – Geoenergie



Besuchen Sie uns!
7. Bayerisches Energieforum,
26. Juni 2014,
Bürgerhaus Garching

STEAG New Energies GmbH
St. Johanner Straße 101-105
66115 Saarbrücken
Telefon +49 681 9494-9111
Telefax +49 681 9494-9368
info-newenergies@steag.com

www.steag-newenergies.com

steag

Thüga-Gruppe:

Strom zu Gas-Anlage nimmt offiziellen Betrieb auf

Einbindung der Anlage in die Energielandschaft gelungen

München/Frankfurt am Main: „Speichertechnologien zu entwickeln, ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die Energiewende, wenn die Integration von Wind- und Solarstrom gelingen soll. Die beteiligten Unternehmen leisten mit ihrer innovativen Anlage einen wichtigen Beitrag“, erklärte der hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir anlässlich der Inbetriebnahme der Strom zu Gas-Demonstrationsanlage auf dem Gelände der Frankfurter Mainova AG. Ende vergangenen Jahres hat die Anlage erstmalig Wasserstoff in das Frankfurter Gasverteilnetz eingespeist. Damit ist sie bundesweit die Erste, die in Wasserstoff umgewandelten Strom ins Gasverteilnetz einspeichert.

„Gemeinsam mit der regenerativen Stromerzeugung und den intelligenten Netzen bilden Speicher das Rückgrat der Energiewende. Ich freue mich, dass unsere vier beteiligten Unternehmen aus Rheinland-Pfalz hier auch für unser Bundesland wichtige Erfahrungen sammeln können“, betont Eveline Lemke, rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin.

Partner

Zu den Projektpartnern gehören insgesamt 13 Unternehmen aus verschiedenen Bundesländern: die badenova AG & Co. KG, Erdgas Mittelsachsen GmbH, Energieversorgung Mittelrhein GmbH, ESWE Versorgungs AG, Gasversorgung Westerdorf GmbH, Mainova Aktiengesellschaft, Stadtwerke Ansbach GmbH, Stadtwerke Bad Hersfeld GmbH, Thüga Energienetze GmbH, WEMAG AG e-rp GmbH sowie die Thüga Aktiengesellschaft als Projektkoordinatorin.

Dr. h.c. Petra Roth, Aufsichtsratsvorsitzende der Thüga Aktiengesellschaft und ehemalige Frankfurter Oberbürgermeisterin, lobt das gemeinsame Engagement: „Wenn Kommunen und Stadtwerke ihre Kräfte bündeln, dann ist das klug, effizient und verantwortungsvoll. Die Unternehmen der Thüga-Gruppe stehen dafür, zusammen Lösungen zu entwickeln und umzusetzen, und das für die gesamte Bandbreite energierelevanter Themen - angefangen bei der Erzeugung über Energieeffizienz und Innovationen bis hin zu Speichern und Netzen.“

Mit der erfolgreichen technologischen Abnahme der Anlage Ende März 2014 durch die Projektpartner ist die Planungs- und Bauphase beendet. „Das war eine spannende Zeit für uns. Wir mussten die stabile Funktionsweise einer so noch nicht existierenden Anlage nachweisen. Beispielsweise musste das Zusammenspiel des Elektrolyseurs mit der Gasdruckregel- und Mischanlage einwandfrei funktionieren“, so Michael Riechel, Mitglied des Vorstands der Thüga Aktiengesellschaft.

Der Protonen-Austausch-Membran (PEM)-Elektrolyseur der Firma ITM Power ist das Kernstück der Anlage. Er wandelt elektrische Energie in chemisch gebundene Energie um und macht somit den Strom speicherbar. Die Gasdruckregel- und Mischanlage sorgt dafür, dass die Zumischung an Wasserstoff im Gasverteilnetz zwei Volumenprozent nicht überschreitet.

In der nun beginnenden dreijährigen Betriebsphase wird die Anlage am Regelenergiemarkt teilnehmen und negative Regenergie bereitstellen. Das heißt, befindet sich zu viel Strom im Netz, wird die Lastabnahme des Elektrolyseurs auf Anforderung des Übertragungsnetzbetreibers erhöht. Die Anlage nimmt den überschüssigen Strom auf und wandelt ihn in Wasserstoff um. Damit trägt sie auch zur Stabilität des Stromnetzes bei.

Die Projektpartner testen zusammen mit der DVGW-Forschungsstelle und dem European Institute for Energy Research die Dynamik der Anlage. Dazu wer-

den kontinuierlich Parameter wie Regelgeschwindigkeit (wie schnell die Anlage hoch und runter gefahren werden kann), Wirkungsgrad und eventuelle Abnutzungerscheinungen gemessen und analysiert. Außerdem entwickelt das Fraunhofer Institut für Solare Energiesysteme eine Software für eine Echtzeit-Steuerung der Anlage. Diese soll helfen, die Anlage in ein zunehmend intelligentes Energiesystem zu integrieren. „Wir wollen die Anlage so einbinden, dass sie von selbst die Unterschiede zwischen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien und Stromverbrauch ausgleicht“, erklärt Riechel.

Rahmenbedingungen müssen stimmen

Angesichts der hohen zu speichernden Energievolumina hat die Strom zu Gas-Technologie eine große Bedeutung. Nach einer Analyse der Thüga könnte der Speicherbedarf in 2020 bei 17 Terawattstunden (TWh) und in 2050 bereits bei 50 TWh liegen. Die kommunalen Gasverteilnetze können diese Mengen komplett aufnehmen. „Unsere Gasverteilnetze könnten somit die Batterie der Zukunft sein“, ist Riechel überzeugt.

Damit die Strom zu Gas-Speichertechnologie ihr volles Potenzial entfalten und Marktreife erreichen kann, bedarf es während der Erprobungs- und Markteinführungsphase der Technologie zunächst einer noch zeitlich begrenzten Anschubfinanzierung in Form staatlicher Investitionszuschüsse. Auch die Demonstrationsanlage der Thüga-Gruppe wird vom hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz gefördert. Wichtig ist darüber hinaus eine generelle gesetzliche Verankerung dieser Technologie. So sollten zum Beispiel die Betreiber von Strom zu Gas-Anlagen bei Nutzung überschüssigen erneuerbaren Stroms unabhängig von der



Von links: Martin Schüler (Technischer Leiter Stadtwerke Ansbach), Markus Last (Hauptabteilungsleiter Thüga Aktiengesellschaft), Roland Moritzer (Geschäftsführer Stadtwerke Ansbach GmbH), Sina Eckenfels (e-rp Alzey GmbH), Prof. Dr. Peter Birkner (Mitglied des Vorstands der Mainova AG), Friedrich Hülsenbeck (Abteilungsleiter Netzwirtschaft Erdgas Mittelsachsen GmbH), Dr. Constantin H. Alsheimer (Vorstandsvorsitzender Mainova Aktiengesellschaft), Uwe Becker (Aufsichtsratsvorsitzender Mainova Aktiengesellschaft), Phil Doran (Geschäftsführer ITM), Eveline Lemke (Wirtschaftsministerin Rheinland-Pfalz), Tarek Al-Wazir (Wirtschaftsminister Hessen), Dr. h.c. Petra Roth (Aufsichtsratsvorsitzende Thüga Holding GmbH & Co. KGaA), Dr. Peter Missal (Technischer Geschäftsführer e-rp GmbH), Georg Radlinger (Leiter Erneuerbare Energien und Innovation Erdgas schwaben GmbH), Dieter Sommerhalder (Leitung Dispatching Erdgas Wasser Abwasser badenova NETZ GmbH), Michael Riechel (Mitglied des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft), Jörg Höhler (Mitglied des Vorstandes ESWE Versorgungs AG), Andreas Weiland (Energieversorgung Mittelrhein GmbH), Ralf Schodlock (Vorstandsvorsitzender ESWE Versorgungs AG), Markus Gute (Geschäftsführer Thüga Energienetze GmbH), Josef Rönz (Vorsitzender der Geschäftsführer der Energieversorgung Mittelrhein GmbH).

weiteren Verwendung des Wasserstoffs von Letztverbraucherabgaben befreit werden. „Energiespeicher und damit auch die Strom zu Gas-Technologie sind ein Schlüssel zum Gelingen der Energiewende. Für ihre Entwicklung brauchen wir in Deutschland langfristig ein zukunftsfähiges Marktmodell - wie es zum Beispiel die Thüga-Gruppe vorgestellt hat - und das einen wirtschaftlichen Betrieb der Energiespeicher sichert“, fordert Riechel.

Projektplattform: Know-how und Kapital

In einer Projektplattform bündeln 13 Unternehmen der Thüga-Gruppe ihr Know-how und Kapital, um gemeinsam in die Entwicklung der Strom zu Gas-Speichertechnologie zu investieren. Im Fokus steht die Prüfung der Praxistauglichkeit der Strom zu Gas Technologie. Die Unternehmen sind überzeugt, dass diese langfristig das größte Potential hat, die überschüssigen Mengen an regenerativen Energien zu speichern.

Zu diesem Zweck entwickeln, bauen und betreiben die Unternehmen über mehrere Jahre (2012 - 2016) gemeinsam eine eigene Demonstrationsanlage in Frankfurt am Main. Die Anlage wandelt Strom in Wasserstoff um und speichert diesen dann in das Gasverteilnetz ein. Insgesamt werden sich über 1,5 Millionen Euro investieren. Gefördert wird das Projekt

vom hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Im Anschluss an die erste Phase ziehen die Projektteilnehmer ein zweites Projekt in Betracht, in der aus Wasserstoff und Kohlenstoffdioxid synthetisches Methan erzeugt und eingespeist werden soll.

Weitere Info unter www.szzg-energiespeicher.de

erdgas schwaben ist da, wo seine Kunden sind

Der regionale Energieversorger blickt auf über 100 Jahre Geschichte zurück und beliefert aktuell mit einem Rohrleitungsnetz von 6.500 Kilometern 185 Städte und Gemeinden im Regierungsbezirk Bayerisch-Schwaben und in Randgebieten Oberbayerns mit Energie.

Im Unternehmensverbund sorgen 290 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an sechs Standorten mit viel Engagement für eine optimale Betreuung vor Ort - ganz nach der Devise „Wir sind da, wo unsere Kunden sind“.

Der Energieversorger setzt auf hocheffiziente Erdgastechnik und fördert vor allem Mikro-Blockheizkraftwerke, mit denen Privathaushalte oder Kleingewerbetreibende Strom und Wärme dezentral erzeugen können, selber, unabhängig, zuhause.

erdgas schwaben fördert den Ausbau erneuerbarer Energien. In vier regionalen Anlagen wird aus heimischen Roh- oder Reststoffen 100 % umweltschonendes Bio-Erdgas für Bayerisch-Schwaben produziert. Bio-Erdgas ist CO₂-neutral und kann Erdgas 1:1 ersetzen. Jedes Jahr fließen über 10 Mio. Euro in den Ausbau erneuerbarer Energien in der Region. Über

20.000 Haushalte können bereits heute mit regenerativer Bio-Energie aus dem Hause erdgas schwaben versorgt werden.

Klimaschonendes Erdgas ist langfristig verfügbar und kann mit allen regenerativen Energien, wie Solar- oder Windenergie, flexibel kombiniert werden.

Die Einspeisung erneuerbarer Energien unterliegt Schwankungen. Um diese ausgleichen zu können und eine zuverlässige Stromversorgung rund um die Uhr sicherzustellen, werden neue Technologien entwickelt.

Eine dieser Technologien, Power to Gas, dient der Speicherung von Ökostrom, mittels Wasserstoff. Anfang des Jahres ging eine Power-to-Gas-Anlage in Frankfurt am Main in Betrieb. erdgas schwaben ist maßgeblich an dieser Anlage beteiligt und produziert und vertreibt mit ihr jetzt auch Wasserstoff.

Stromversorgung für künftige Generationen sichern

Flexible Stromerzeugung aus Biomasse soll sich auch für die Betreiber kleiner Biogasanlagen lohnen. Das forderte die Arbeitsgruppe Junge Gruppe der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag nach einem Fachgespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der BayWa AG, Prof. Klaus Josef Lutz.

Nur durch die intelligente und effiziente Vernetzung dezentraler Erzeugungseinheiten könne das langfristige Gelingen der Energiewende zum Wohle der nachfolgenden Generationen in Bayern sichergestellt werden.

„Flexibel betriebene Biogasanlagen können eine zentrale Rolle im Energiemix der Zukunft einnehmen“, betonte Dr. Martin Huber, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Junge Gruppe der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. Durch die Erhöhung der installierten Leistung von Biogasanlagen und die Schaffung von Gasspeicherkapazitäten könnten

sie Strom bedarfsgerecht bereitstellen und so das Stromnetz der zukünftigen Generation sichern.

Der Erhalt der Flexibilitätsprämie sei bereits ein wichtiger Schritt gewesen, so Dr. Huber weiter. Bayern hatte sich in Berlin erfolgreich dafür eingesetzt. Für das langfristige Gelingen der Energiewende und die Gewährleistung einer dezentralen Energieversorgung seien aber noch weitere Anstrengungen nötig. Insbesondere sollten weitere Flexibilitätsoptionen für das Stromsystem geprüft und auf den Weg gebracht werden.

Der individuellste Energiemix

**Erdgas // Bio-Erdgas
Strom // Bio-Strom**

**Geld sparen, Klima schonen -
unser Mix macht's möglich**

erdgas schwaben

Manfred Dattler
ehemaliger Geschäftsführer
erdgas schwaben

Wir sind da, wo unsere Kunden sind
www.erdgas-schwaben.de

Zentralwarte für Wasserkraftwerke in Landshut:

Garant für effiziente Überwachung und Steuerung

GZ-Ortstermin bei E.ON Kraftwerke GmbH

Seit Mai 2011 betreibt die E.ON Kraftwerke GmbH in Landshut eine Zentralwarte für ihre deutschen Wasserkraftwerke. Bei einem Ortstermin mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterten Theodor Reumschüssel (Pressesprecher Wasserkraft), Richard Agerer (Referent Umwelt und Politik) sowie Hans-Peter Ernst (Leiter Produktionsmanagement Hydro) die Funktionsweise dieser „Leitstelle“, deren Ziel es ist, eine effiziente Steuerung der Stromerzeugung und eine sichere Wasser- und Betriebsführung auch in Notfallsituationen zu erreichen.

Die E.ON-Kraftwerke GmbH betreibt bundesweit 110 Laufwasser- und Speicherkraftwerke. Ursprünglich wurden diese Anlagen von regionalen Warten dezentral überwacht und gesteuert. Bereits nach dem August-Hochwasser 2005 hatte E.ON jedoch nach Möglichkeiten gesucht, den Hochwasserschutz und die übergreifende Steuerung des Wasserflusses bei Hochwasser zu verbessern, da die dezentrale Steuerung der Wasserkraftwerke in punkto Information, Datenverfügbarkeit und Koordination, z. B. mit Krisenstäben, damals an ihre Grenzen gestoßen war.

Neun Jahre später werden aktuell von der Zentralwarte in Landshut die Kraftwerke an Donau, Isar und Lech überwacht und gesteuert. Geplant ist, bis zum Jahr 2016 die Wasserkraftwerke am Main

und am Edersee zu integrieren. Nach Darstellung von Hans-Peter Ernst liegt das Augenmerk nicht nur auf dem Betrieb der Kraftwerke, sondern auch auf einer sicheren Wasserabfuhr. So muss beispielsweise an der Schiffsfahrtsstraße Donau der Pegelstand konstant gehalten werden, um einen reibungslosen Schiffsverkehr zu gewährleisten.

Kurze Wege

Kurze Wege ermöglichen in der Landshuter Zentralwarte eine schnelle Abstimmung. Bis zu einem halben Dutzend Mitarbeiter überwachen mittels moderner Technik die Wasserkraftwerke und prüfen bzw. reagieren auf Ereignisse im Wasser-, Strom- oder Datenfluss. Das heißt, es werden Pegelstände und Stromproduk-

tion bzw. Netzdienstleistungen im Auge behalten und situationsabhängig werden wichtige Komponenten wie beispielsweise große Maschinensätze, Pumpen oder Wehrklappen eingestellt oder Maßnahmen an Ort und Stelle veranlasst.

Auf einer großen Projektionswand wird laut Produktionsmanager Ernst mit einem einheitlichen Farbschema der Zustand der Kraftwerke und der einzelnen Turbinen dargestellt. Durch die großflächige Darstellung und graphische Aufbereitung sind auch komplexe Zusammenhänge auf einen Blick erfassbar. Außerdem werden die Wasserhöhe und der Durchfluss an jeder Staustufe angezeigt. Im Falle eines Hochwassers können so zum Beispiel Scheitelpunkte einer Flutwelle im Flussverlauf verfolgt und Stauehre im richtigen Moment geöffnet bzw. geschlossen werden, um – soweit möglich – etwa ein zeitliches Zusammentreffen zweier Scheitelwellen zu vermeiden.

Projektionswand

Weitere Flächen der Projektionswand werden im Normalbetrieb beispielsweise für die aktuelle Wettersituation, die Stromerzeugung oder den Börsenstrompreis genutzt, so Ernst. Mit diesen Informationen können die Mitarbeiter entscheiden, ob – je nach Wasserstand, Strombedarf und -preis – Turbinen einzelner Kraftwerke zugeschaltet werden. Das Personal in der Zentralwarte steht in regelmäßigem Kontakt mit den Wetterdiensten, dem Hochwassernachrichtendienst, neun Wasserversorgungsämtern sowie fünf Wasserschiffahrtsämtern. Auf diese Weise ist man in der Lage, die Produktion der Kraftwerke für ca. zwei Tage vorherzusagen und zu vermarkten.

Apropos Hochwasser: Ihre erste Bewährungsprobe in einer Extremsituation hat die Zentralwarte bei der „Jahrhundertflut“ im Juni 2013 bestanden. Damals hatte tagelanger heftiger Regen den Wasserstand von Donau, Lech und Isar stark steigen und bereits mehrere Flüsse über die Ufer treten lassen. Um den Wasserfluss besser zu steuern und den weiteren Verlauf des Hochwassers eher einschätzen zu können, stand die Zentralwarte in ständigem Kontakt zum bayerischen Hochwassernachrichtendienst und den beteiligten Behörden.

Bewährungsprobe

Dabei wurde erkannt, dass die Scheitelwelle des Donau-Hochwassers mit jener des Isar-Hochwassers zusammenzutreffen drohte. Aufgrund der gemeinsamen Darstellung der Wasserstände von Donau und Isar auf der Videowand der Leitstelle konnte der Verlauf der Scheitelwelle verfolgt und in Abstimmung mit den beteiligten Behörden eingegriffen werden. Um das Hochwasser ein wenig zu vergleichmäßigen, wurden Stauräume genutzt und der Abfluss in der unteren Isar zeitlich entzerrt. Somit gelang es, dämpfend auf die Spitze der Donau-Scheitelwelle einzuwirken.

Zwar sei es nicht möglich, ein derartiges Hochwasser-Szenario aufzuhalten, jedoch könne man versuchen, mit optimaler technischer Unterstützung, verlässlichen Daten aus den einzelnen Kraftwerken und intensiver Abstimmung noch Schlimmeres zu verhindern, erläuterte Hans-Peter Ernst.

Wie wichtig die nachhaltige, heimische und regenerative Energiequelle Wasserkraft mit zahlreichem Zusatznutzen von Hochwasserschutz bis Naherholung und der Stabilisierung des Stromnetzes ist, verdeutlichte Umwelt- und Politikreferent Agerer. Vor dem Hintergrund, dass Strom aus Sonne und Wind die Netzbetreiber vor immer größere Herausforderungen stellt, sei die Wasserkraft als einzig regelbare erneuerbare Stromerzeugungsart ein unverzichtbarer Partner. In diesem Zusammenhang stellten Pumpspeicherkraftwerke derzeit die einzige großtechnisch verfügbare und seit Jahrzehnten bewährte Stromspeichertechnologie dar. Innerhalb weniger Sekunden seien sie in der Lage, Regenergie bereitzustellen und damit das Energienetz zu stabilisieren, um Stromausfälle zu vermeiden. Pumpspeicherkraftwerke stellten damit einen idealen Partner der anderen Erneuerbaren Energien dar.

Netzstabilität im Fokus

„Wenn jedoch genügend Wind weht und ausreichend Sonne scheint, kann die Wasserkraftenerzeugung gemäß des gesetzlichen Einspeisevorrangs für Strom aus Wind und Sonne gedrosselt werden – obwohl das Wasser dann am Kraftwerk ungenutzt vorbeifließt“, merkte Hans-Peter Ernst an. Angesichts der immer größer werdenden Kapazität der Stromerzeugung aus Wind und Sonne werde die für die Versorgungssicherheit notwendige Netzstabilität zunehmend wichtiger. „Unsere schwellfähigen Kraftwerke z. B. am Lech helfen bei der Lösung“, betonte der Produktionsmanager. Hier werde der zulässige Rahmen des flexiblen Betriebs



Blick auf die große Projektionswand in der Landshuter Zentralwarte. Von dort aus werden die Wasserkraftwerke überwacht. □

zum Ausgleich von aktuellem Strombedarf und der schwanken der Einspeisung aus Wind und Sonne ideal genutzt.

Die Lechstauflächen oberhalb Augsburg wurden für den Schwellbetrieb geplant, genehmigt und entsprechend errichtet. Mit dieser seit Jahrzehnten praktizierten Betriebsweise werde die Erzeugung von Strom dem Tagesgang des Strombedarfs bestmöglich angeglichen. Während Wind und Sonne unabhängig vom Strombedarf Energie ins Netz einspeisen, könnten die flexiblen Wasserkraftanlagen die Erzeugung kurzfristig an den aktuellen Bedarf anpassen.

Ökologie und Ökonomie

Besonders in sensiblen Bereichen bemüht sich E.ON mit verschiedenen Partnern seit vielen Jahren um Kompromiss-Lösungen, um so Ökologie und Ökonomie zum Ausgleich zu bringen. Weitere Verbesserungen zur Gewässerökologie wie die Anlage

von Kiesbänken als Laichplätze für Fische seien in gemeinsamen Aktionen von Wasserwirtschaft, Fischereivereinen und E.ON erfolgreich umgesetzt worden.

Grundsätzlich jedoch vermisse er die Ausgewogenheit in der aktuellen energiewirtschaftlichen Diskussion, hob Ernst hervor: „Auf der einen Seite wird der Natur- und Artenschutz groß geschrieben und auf der anderen Seite wird leider vernachlässigt, dass die Wasserkraft seit jeher auch einen ökologischen Wert im Gesamtsystem der Stromerzeugung für unsere Volkswirtschaft hat.“

Hohe Akzeptanzwerte

Reumschüssel wies schließlich darauf hin, dass die Stromerzeugung aus Wasserkraft in Meinungsumfragen wie zum Beispiel in dem 2013er Energiekompass der IGBCE regelmäßig sehr gute Akzeptanzwerte von 80 bis 90 % erreicht und damit gesellschaftlich sehr akzeptiert sei. **DK**

Ausbau des Erdgasspeichers 7Fields:

Mehr Versorgungssicherheit

Aufstockung sichert Jahresverbrauch von 800.000 Haushalten ab

E.ON nahm am 1. April 2014 die 2. Ausbaustufe des Gasspeichers 7Fields in Oberösterreich und Salzburg in Betrieb und erhöhte damit das Speichervolumen auf 1,85 Milliarden Kubikmeter. Der Erdgasspeicher schafft maximale Flexibilität für die E.ON-Kunden durch seine Anbindung an das deutsche und österreichische Netz. E.ON Gas Storage GmbH wird damit zum zweitgrößten Vermarkter von Speicherkapazitäten in Österreich.

Nach der Inbetriebnahme des Gasspeicherverbands 7Fields im Jahr 2011 erfolgte mit der Inbetriebnahme der 2. Ausbaustufe am 1. April 2014 eine Aufstockung des Arbeitsgasvolumens um 685 Millionen Kubikmeter. Damit vermarktet E.ON Gas Storage ein Gesamtvolumen von 1,73 Milliarden Kubikmeter und ermöglicht ihren Kunden in Deutschland und Österreich eine hohe Verfügbarkeit und sehr flexible Nutzung. Mit der Aufstockung der Speicherkapazität kann E.ON Gas Storage den Gas-Jahresverbrauch von über 800.000 Haushalten absichern.

Grenzüberschreitende Nutzung

„In einem schwierigen Marktumfeld bieten wir innovative und individuelle Speicherdienstleistungen an, um unsere Kunden bei ihrer Portfolio-Optimierung bestmöglich zu unterstützen“, erläutert Nicole Otterberg Geschäftsführerin der E.ON Gas Storage GmbH die Investitionsentscheidung für die 2. Ausbaustufe. „Der Speicher 7Fields stellt ein in Europa einzigartiges Bindeglied zwischen verschiedenen

Märkten dar und ermöglicht auch eine grenzüberschreitende Speichernutzung“, erklärt Michael Schmölzer, Leiter der österreichischen Niederlassung der E.ON Gas Storage.

Realisiert wurde dieses Speicherprojekt als Joint Venture der E.ON Gas Storage GmbH (EGS) und der Rohöl-Aufsuchungs Aktiengesellschaft (RAG), die auch als technischer Betreiber fungiert.

Hintergrund

E.ON Gas Storage ist im E.ON-Konzern für Bau und Betrieb von Untertage-Gasspeichern sowie für das europäische Speichergeschäft und die Versorgung der europäischen Märkte mit Speicherkapazität zuständig. Das Unternehmen bündelt die jahrzehntelange Erfahrung und alle Kompetenzen für die Speicherung von Gas innerhalb des E.ON-Konzerns und verfügt über Speicherkapazitäten an insgesamt 17 Untertage-Gasspeichern in Großbritannien, Deutschland und Österreich. Europaweit beläuft sich die Arbeitsgaskapazität auf über acht Milliarden Kubikmeter. **Weitere Informationen unter: www.eon-gas-storage.com** □

Generalplaner Architektur und Konstruktion	 <p>COPLAN AG Consultants Architekten Ingenieure</p>
Moderna Gebäudetechnik	
Tiefbau	<p>Wir entwickeln Lebensräume</p> 
Baumanagement	
Umwelt- und Verfahrenstechnologien	
PLUSpunkte	<p>ENERGIE Potentiale</p> 
Denkmodelle	
<p>COPLAN AG Hafmark 35, 84307 Eggenfelden Tel.: +49 (0)8721 7050 E-Mail: info@coplanonline.de, www.coplanag.de Berlin • Deggendorf • Dingolfing • Leipzig • Mühldorf München • Nürnberg • Passau • Regensburg • Weiden</p>	

Besuchen Sie uns am 26. Juni 2014 auf dem 7. Energieforum der Bayerischen Gemeindezeitung im Bürgerhaus Garching bei München.

Nehmen Sie die Energiewende in die Hand

Mit dem Energiekredit Kommunal Bayern fördern wir die energetische Sanierung Ihrer Gebäude der kommunalen und sozialen Infrastruktur.

Informieren Sie sich unter www.bayernlabo.de

Das Förderinstitut der BayernLB

 **Bayern Labo**

Bayerisch-Schwaben:

Lechwerke machen Verteilnetz fit für die Zukunft

Ausbau der erneuerbaren Energien erfordert hohe Investitionen in Netzinfrastruktur

Im laufenden Jahr 2014 investiert die LEW-Gruppe 81 Millionen Euro in Bayerisch-Schwaben. „Der Löwenanteil davon entfällt auf den Aus- und Umbau unseres Verteilnetzes“, erläuterte Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher auf der diesjährigen Hauptversammlung der Lechwerke AG. „Damit schaffen wir die Voraussetzungen, um die wachsenden Strommengen aus Sonne, Biomasse und Wind in unser Netz aufzunehmen und weiterhin eine hohe Versorgungssicherheit zu gewährleisten.“

In diesem Jahr wird die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) ihre Netzbaumaßnahmen in der Region weiter verstärken: rund 5.000 Einzelprojekte zum Ausbau und zur Modernisierung der Netzinfrastruktur werden durchgeführt.

Sie umfassen insgesamt 320 Kilometer Leitungen im Mittel- und Niederspannungsnetz, 18 Kilometer Hochspannungsleitungen, 37 Umspannwerke und Schaltanlagen sowie 210 Ortsnetzstationen.

Schwerpunkt

Investitionsschwerpunkt ist dabei der Ausbau der Verteilnetze in den ländlichen Regionen. Denn nicht in den Städten, sondern auf dem Land sammeln die Verteilnetze rund 80 Prozent des dezentral erzeugten Stroms in Deutschland ein. Allein im vergangenen Jahr gingen im Netzgebiet der Lechwerke rund 5.500 neue Anlagen zur Stromerzeugung aus erneuerbarer Energie in Betrieb. Insgesamt speisen inzwischen über 65.500 EEG-geförderte dezentrale Erzeugungsanlagen mit einer Gesamtleistung von rund 1.800 Me-

gawatt in das LEW-Stromnetz ein. „Der von den EEG-Anlagen erzeugte Strom wird zum größten Teil in das Mittel- und Niederspannungsnetz eingespeist. Diese Netzebenen müssen heute erheblich höhere Strommengen transportieren und auch dann zuverlässig funktionieren, wenn die Stromproduktion aus Sonne und Wind je nach Witterung extrem schwankt“, sagte Norbert Schürmann, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG. „Der Aufbau und die Steuerung der Stromnetze entwickeln sich immer mehr zu einer hochkomplexen Aufgabe.“

Aus- und Neubau von Umspannwerken

Einen zweiten Schwerpunkt der Netzinvestitionen bildet der Aus- und Neubau von Umspannwerken. Leistungsfähige Transformatoren zwischen den verschiedenen Spannungsebenen sind entscheidend für eine dezentrale, nachhaltige Energieversorgung der Region. In Oberauerbach, in Ichenhausen und in Stadtbergen zum Beispiel werden 2014 bestehende Anlagen mit stärkeren Transformatoren

ausgerüstet. Neue Umspannwerke errichtet LVN unter anderem in Leupolz bei Kempten.

Energie Südbayern:

Umfassendes Investitionsprogramm

Die Energie Südbayern GmbH unterstützt ihre ober- und niederbayerische Heimatregion wieder mit hohen Investitionen im Energiebereich. Im Mittelpunkt des umfangreichen, insgesamt rund 70 Millionen Euro umfassenden Investitionsprogramms des regional verwurzelten Energiedienstleisters steht insbesondere die Erweiterung des regionalen und lokalen Erdgasnetzes sowie die Realisierung dezentraler Wärmeerzeugungsprojekte.

Mit Investitionssummen von insgesamt rund 70 Millionen Euro in den Jahren 2013 und 2014 stärkt Energie Südbayern ihre Versorgungsregion. „Dies spiegelt die hohe Nachfrage bei Privathaushalten, Gewerbe und Kommunen nach dem wirtschaftlichen, effizienten und umweltverträglichen Energieträger Erdgas wider“, erläutert Werner Bähre, Geschäftsführer von Energie Südbayern, „insgesamt ist ein äußerst positiver Trend zum Erdgas zu verzeichnen.“

Ein Großteil der Investitionssummen kommt gezielt dem Ausbau des Erdgasnetzes im südbayerischen Raum zugute, das durch die Tochtergesellschaft Energienetze Bayern GmbH betrie-

Weitere Aktivitäten

Zusätzlich setzt das Unternehmen seine Aktivitäten zur Modernisierung des Hochspannungsnetzes fort: Dazu zählt beispielsweise die bereits begonnene Erneuerung der 110-Kilovolt-Leitung zwischen Memmingen und Meitingen. Mehrere Millionen Euro fließen zudem in die Modernisierung der Hochspannungsleitungen bei Harburg und Vöhringen. □

Forderung des Bayerischen Gemeindetags:

Umsetzbares Konzept zum Ausbau der Stromnetze in Bayern

Der Bayerische Gemeindetag fordert die Bayerische Staatsregierung auf, ein tragfähiges Konzept für den Ausbau der Stromnetze im Freistaat vorzulegen.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Wenn die Bayerische Staatsregierung verhindern will, dass aus Braun- und Steinkohlekraftwerken aus Mittel- und Norddeutschland gewonnener Strom in den Freistaat fließt und stattdessen auf noch zu errichtende süddeutsche Gaskraftwerke setzt, muss sie hierfür ein tragfähiges, insbesondere umsetzbares Konzept vorlegen. Bayerns Stromkunden wollen wissen, ob ein solches süddeutsches Versorgungskonzept wirtschaftlich tragfähig ist. Speziell aber wollen die Bürgerinnen und Bürger wissen, welche Auswirkungen ein solches Modell auf die künftigen Strompreise in Bayern hat. Möglichst günstige Strompreise sind insbesondere für den ländlichen Raum von essentieller Bedeutung.“

Den Sorgen der Bevölkerung Rechnung tragen

Darüber hinaus weist der Bayerische Gemeindetag darauf hin, dass nach der derzeit geltenden Rechtslage für die vorgesehenen mindestens acht Ausbauprojekte für Hochspannungsleitungen, die den Freistaat betreffen, nur sehr geringe Abstände der Trassen von der Wohnbebauung geplant sind. Dem Beispiel anderer Bundesländer folgend sollten raumordnungsrechtliche Mindestabstände zur Wohnbebauung festgesetzt werden.

Brandl: „Wir regen an, im bayerischen Landesentwicklungsprogramm Aussagen zu Mindestabständen zur Wohnbebauung aufzunehmen. Dadurch könnte der Sorge weiter Teile der Bevölkerung vor Gesundheitsgefahren aufgrund elektrischer und magnetischer Felder, die von Stromleitungen ausgehen, Rechnung getragen werden.“ □

ESB Wärme investiert in regionale Contracting-Projekte

Der aktuelle und zukünftige Energiemarkt und nicht zuletzt die Energiewende stellen Verbraucher, Unternehmen und Kommunen vor immer neue Herausforderungen. Mit insgesamt rund 10 Millionen Euro unterstützt die ESB Wärme GmbH 2013 und 2014 den Baustein der dezentralen Energieerzeugung in ihrer südbayerischen Heimatregion und erarbeitet leistungsfähige, an den lokalen Gegebenheiten und Bedürfnissen ausgerichtete Lösungen in Sachen Contracting und Wärme-/Kälteleistung.

Rund fünf Millionen Euro an Investitionen flossen 2013 durch die ESB Wärme GmbH in Projekte rund um die dezentrale Wärmeerzeugung, auch 2014 wird sich die Investitionssumme auf diesem hohen Niveau bewegen. Die auf Contracting-Lösungen und Wärmedienstleistungen spezialisierte Tochtergesellschaft der Energie Südbayern GmbH setzt hier besonders auf die bewährte Technologie der Kraftwärmekopplung und realisiert zukunftsweisende Technologieprojekte.

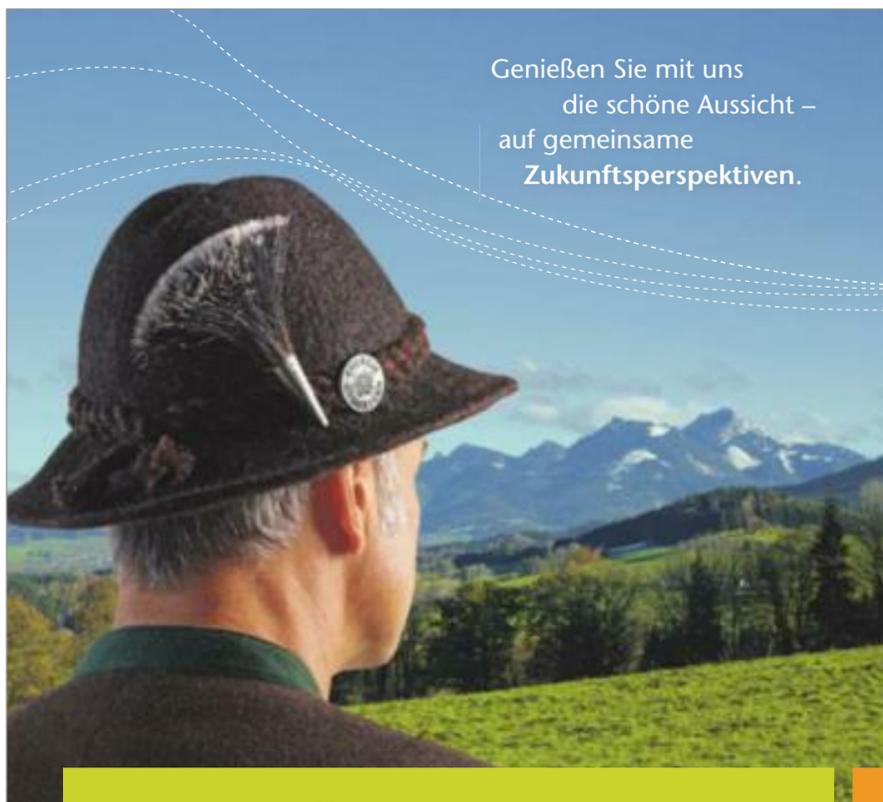
„Die komplexen Aufträge in diesem Bereich werden für verschiedenste Kunden an unterschiedlichen Standorten in unserer südbayerischen Heimatregion umgesetzt“, erklärt Bernhard Reith, Geschäftsführer von ESB Wärme, „dazu zählen beispielsweise der ASTO-Gewerbepark Oberpfaffenhofen mit Wärme- und Kälteversorgung, das Bayerische Rote Kreuz mit acht lokalen Projekten, diverse regionale Hotelbetreiber oder auch Schloss Elmau am Fuße des Wettersteingebirges, wo wir ein BHKW realisieren.“

In Wolfratshausen beantwortete ESB Wärme die Frage nach der

zukunftsweisenden Heizwärmeversorgung eines gesamten neu erschlossenen Wohngebiets mit dem Bau eines regenerativen Nahwärme-Projekts: 45 Einfamilienhäuser und 35 Wohneinheiten werden mit regenerativer Wärme aus einem Biomethan-BHKW und zwei Pellets-Heizkesseln versorgt.

In Geretsried wird die Versorgung der örtlichen Baugenossenschaft bereits seit mehreren Jahren über zwei Erdgas-Kessel und ein Biomethan-BHKW sichergestellt. Das erfolgreiche Leuchtturm-Projekt nimmt Teil an einem virtuellen Kraftwerk und wird zur Einspeisung zugeschaltet, wenn Bedarf an Strom beispielsweise durch den Ausfall von Solar- oder Windkraft entsteht.

Bernhard Reith resümiert: „Durch die individuelle Planung unserer Projekte im Bereich Contracting und Energiedienstleistung sowie unseren stetigen Fokus auf Wirtschaftlichkeit und lokale Bedürfnisse tragen wir mit unseren Projekten sowohl zum Klimaschutz als auch zum zukunftsgerichteten Ausbau der Energieversorgung unserer Region bei.“ □



Genießen Sie mit uns die schöne Aussicht – auf gemeinsame Zukunftsperspektiven.

Energie Südbayern Regionaler Partner der Kommunen

Seit 50 Jahren Energieversorger der Region. Unsere Leistungen:

- Entwicklung zukunftsweisender Energielösungen
- Intelligente Energiekonzepte für Städte und Gemeinden
- Sichere und strukturierte Energiebeschaffung und -lieferung
- Individuelle Beteiligungsmodelle

Erfahren Sie mehr unter www.esb.de

Energie Südbayern GmbH

ESB
IDEEN. INNOVATIONEN. ENERGIE.

Mit dem Helikopter für Versorgungssicherheit

Die LEW Verteilnetz GmbH (LVN) führt derzeit in ihrem Netzgebiet sogenannte Leitungsbefliegungen durch. Dabei werden Mittel- und Hochspannungsleitungen mit einem Helikopter abgeflogen und auf Auffälligkeiten oder mögliche Schäden überprüft. Die Leitungsbefliegungen finden im regelmäßigen Turnus statt. Dafür chartert der Netzbetreiber einen Hubschrauber inklusive Pilot. Dieser führt dann gemeinsam mit zwei Leitungsexperten der LVN die Kontrollflüge durch.

Der Helikopter fliegt langsam mit ca. 20 bis 30 km/h parallel zur Stromleitung, während ein LVN-Mitarbeiter die Masten und die Leiterseile begutachtet. Sein Kollege an Bord erhält über einen Laptop mit GPS-Ortung den genauen Standpunkt, um die Masten exakt zu benennen und notiert eventuelle Auffälligkeiten oder Schäden.

Neben möglichen Schäden an Masten, Isolatoren und Leiterseilen werden beispielsweise auch Vogelnester an kritischen Stellen, Baumannäherungen, Spechtlöcher oder Gegenstände in den Strom-

leitungen (z. B. Luftballons oder Drachenschnüre) notiert. Im Nachgang werden die festgestellten Probleme gezielt behoben.

Störungsursachen frühzeitig erkennen

Durch die Kontrollen können potentielle Störungsursachen frühzeitig erkannt und beseitigt werden. Neben den Befliegungen engagiert sich die LEW Verteilnetz GmbH mit zahlreichen weiteren Maßnahmen für die Versorgungssicherheit. Allein im Geschäftsjahr

2013 hat LVN mehr als 45 Millionen Euro für den Erhalt des Stromnetzes aufgewendet, unter anderem im Rahmen von Erneuerungs- und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Anstrengungen zahlen sich nachweisbar aus. Der so genannte SAIDI-Wert belegt, dass LVN eine überdurchschnittlich hohe Versorgungszuverlässigkeit bietet. Jährlich sind Kunden durchschnittlich nur 12 Minuten außerplanmäßig ohne Strom. Das sind rund vier Minuten weniger als der Bundesdurchschnitt. Der SAIDI-Wert wird jährlich bundesweit von jedem Netzbetreiber erhoben. Er bezeichnet die Unterbrechungsdauer in Minuten pro Jahr eines Netzkunden. In den vergangenen fünf Jahren lag der Wert für das Netzgebiet der LVN stets unter dem Bundesdurchschnitt. □

EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke 2014“:

Akteur im Umbruch

Die Stadtwerke stehen wie kaum ein anderer Akteur in der Energiebranche im Spannungsfeld von Chancen und Risiken. Im Rahmen der 18. EUROFORUM-Jahrestagung „Stadtwerke 2014“ in Berlin wurden vor allem die Bedeutung der Energiewende und die Novellierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) ausführlich dargestellt und diskutiert. Hierzu kamen an drei Tagen über 450 Teilnehmer, 40 Referenten sowie 40 Aussteller nach Berlin. Letztere präsentierten ihre Lösungen aus den Bereichen Technologie, Mobilität, Kommunikation, Management, Finanzen und Service.

„Die Energiewende ist ein riesiger, fundamentaler Transformationsprozess, bei dem sich die Stadtwerke neu erfinden müssen“, erläuterte Dr. Urban Rid, Abteilungsleiter im Bundeswirtschaftsministerium, zum Auftakt der Konferenz. Er betrachtet die Energiewende aber auch als ökonomische Chance für die Stadtwerke. Gerade im Bereich erneuerbare Energien und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) liege großes Potenzial. Rid betonte zudem die Bedeutung von Planungssicherheit für die Unternehmen. Politische Rahmenbedingungen dürften die Investitionen der Stadtwerke nicht entwerten.

Zügige Reform des Strommarktdesigns

Bei diesem Thema setzen auch Hildegard Müller vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und Hans-Joachim Reck vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU) an. Sie hoben die Bedeutung einer zügigen Reform des Strommarktdesigns hervor und forderten die zeitnahe Implementierung eines Kapazitätsmarkts, damit sich Investitionen in moderne Kraftwerke wieder lohnen. „Versorgungssicherheit hat einen Preis“, so Hildegard Müller.

Weg vom reinen Energy-Only-Markt, hin zu einem Markt, in dem das Vorhalten von Leistung vergütet wird: Dass dies der richtige Weg ist, darüber bestand bei den Verbandsvertretern weitgehende Einigkeit. Allein bei der konkreten Ausgestaltung des neuen Strommarktes gingen die Meinungen bei der Stadtwerktagung auseinander. Hildegard Müller erklärte, dass ein zügiger Ausstieg aus der Kohleverstromung mit ihr nicht zu machen sei. Stattdessen sieht sie einen Hebel beim Thema Energieeffizienz und großes CO₂-Einsparpotenzial im Wärme- und Gebäudebereich. Zudem forderte sie auf europäischer Ebene ein gemeinsames Vorgehen bei der Energiewende. Hans-Joachim Reck ergänzte: „Die Branche spielt Free-Jazz oder 12-Ton-Musik.“ Ein integriertes Denken fehle, was jedoch angesichts des Umbaus des gesamten Energiesektors bei laufendem Betrieb nicht verwunderlich sei: „Das Orchester spielt, an der Partitur wird noch geschrieben.“

„Die Stadtwerke müssen sich angesichts der Energiewende auf einen schärferen Wettbewerb ein-

stellen. Es reicht nicht, sich allein auf die Rolle des lokalen Grundversorgers zu konzentrieren“, machte Reck deutlich. Das Energieversorgungssystem werde dezentraler, der Energiemarkt insbesondere durch die Verknüpfung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien insgesamt smarter. Hier müssten die Stadtwerke ihre Chance suchen, Kunden als Dienstleister im Energie- und Daten- und Informationsmanagement zu gewinnen. Sie hätten dabei einen entscheidenden Vorteil, nämlich die Nähe zum Kunden. Das sollten sie nutzen und maßgeschneiderte, kleinteilige Angebote entwickeln.

Für stabile politische Rahmenbedingungen

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion ging es um Zukunftschancen. Michael Feist von der Stadtwerke Hannover AG äußerte, dass er vor allem Investitionen in Onshore-Windenergie und Biomasse für erfolgversprechend halte. Der Bereich Flexibilität – eigentlich der Geschäftsbereich der Zukunft – lohne sich zurzeit nicht, da Flexibilität nicht ausreichend vergütet werde. Hier seien unter anderem stabile politische Rahmenbedingungen erforderlich.

EEG-Novelle

Top-Entscheider in der Stadtwerke-Branche treibt zurzeit vor allem die laufende EEG-Novelle um, wie eine von Dr. Christian Growitsch vorgestellte Studie des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln (EWI) anweist. Als größte Herausforderung sahen die Befragten die fehlende Planungssicherheit und politische Unsicherheiten, die sich, so Growitsch, durch die Energiewende ergäben. Regulatorische Eingriffe in den Energiesektor seien nach Meinung der Befragten oftmals mit Fehlentwicklungen verbunden. Diese machten weitere Eingriffe erforderlich. Dadurch erhöhe sich die Unsicherheit aufseiten der Unternehmen und die Gefahr steige, dass sich bestehende Fehlentwicklungen weiter verschärfen.

Wie können Stadtwerke auf die Umbrüche in der Branche reagieren? Ortwin Wiebecke von den Stadtwerken Tübingen stellte am praktischen Beispiel konkrete Lösungsansätze vor. Gerade Süddeutschland sei von der Energiewende besonders stark betroffen,

da bis 2022 die Leistung der dortigen Kernkraftwerke ersetzt werden müsse. Daher wolle das Unternehmen in Zukunft rund 50 Prozent des Stroms selbst erzeugen – und das vor allem in Baden-Württemberg, nah am Verbrauchsort. Dabei setzen die Stadtwerke Tübingen vor allem auf erneuerbare Energien. Um gerade bei Onshore-Windparks das planerische Risiko zu minimieren, empfehle sich der Kauf von schlüsselfertigen Projekten oder Bestandparks, so Wiebecke. Auch Kooperationen seien sinnvoll. So habe das Unternehmen beispielsweise mit der Stadt Horb eine gemeinsame Gesellschaft im Bereich Wasserkraft und PV gegründet.

Netze ausbauen und modernisieren

Die Energiewende verändert das komplette Versorgungssystem. Im Norden wird zunehmend erneuerbarer Strom eingespeist, während vor allem in Süddeutschland bis 2022 die Kernkraftwerke vom Netz gehen. Da dort jedoch die großen Verbrauchszentren liegen, steigt der Bedarf an Netzkapazitäten vor allem im Mittel- und Hochspannungsbereich. Nicht nur das Stromübertragungsnetz, auch die Stromverteilnetze müssen ausgebaut und modernisiert werden, denn an sie wird der überwiegende Teil der regenerativen Erzeugungsleistung angeschlossen.

dena-Studie

Annegret-Claudine Agricola von der Deutschen Energieagentur (dena) stellte hierzu Zahlen aus der dena-Verteilnetzstudie vor: Demnach müssen die Stromverteilnetze in Deutschland bis 2030 in einer Größenordnung von 135.000 km bis zu 193.000 km ausgebaut und auf einer Länge von 21.000 bis zu 25.000 km umgebaut werden. Dafür müssten zwischen 27,5 Milliarden und 42,5 Milliarden Euro investiert werden. Insbesondere der Einsatz innovativer Netzbetriebsmittel, die Anpassung technischer Richtlinien sowie die Abregelung der Erzeugungsspitzen dezentraler Erzeugungsanlagen könnten den Netzausbaubedarf jedoch verringern.

Die zunehmenden Lastschwankungen im Netz waren auch für Dr. Christof Bauer von der Evonik Industries AG Thema. Der Bedarf an kurzfristigen Flexibilitäten steige im Zuge der Energiewende. „Da haben wir keinen Plan in der Tasche. Das System ist jetzt schon an vielen Stellen am Anschlag“, bemerkte Bauer. Speicher seien hier keine Lösung: Allein um die Tagesproduktion einer 3 MW-Windturbine bei Vollast zu speichern, bräuchte es eine Vielzahl an Lithium-Ionen-

Batterien (Wirkungsgrad 90 %). Würde man diese aufeinander stapeln, wäre der Turm fast so hoch wie das Windrad (90 m).

Demand Side Management

Größeres Potenzial sieht Bauer dagegen im Demand Side Management, das heißt der kurzfristigen Reduktion bzw. Erhöhung des Stromverbrauchs und der Anpassung der Produktionsplanung an Preissignale des kurzfristigen Strommarktes. Hier gelte es jedoch, regulatorische Hemmnisse aufzuheben, um so Innovationen zu ermöglichen.

Ein Höhepunkt der Jahrestagung war die Verleihung des Stadtwerke-Awards 2014, der von EUROFORUM in Kooperation mit der Trianel GmbH und der Fachzeitschrift Energie & Management verliehen wird. Den ersten Platz belegte das Start-Up egrid Applications und consulting GmbH aus Kempten im Allgäu.

Smart Grid

Das Unternehmen hat auf der Basis von Erkenntnissen aus dem Forschungsprojekt IRENE (Integration regenerativer Energien

Intersolar Europe München vom 4. bis 6. Juni:

Forum „Regenerative Wärme“

Steigende Öl- und Gaspreise werden in privaten Haushalten, im Handwerk und in der Industrie immer mehr zum kritischen Kostenfaktor. Hinzu kommen energiepolitische Auseinandersetzungen mit Ländern aus politisch instabilen Regionen, von denen die deutsche Energiewirtschaft noch immer stark abhängig ist. Die Intersolar Europe treibt das Thema deshalb mit ihrem neuen Bereich „Regenerative Wärme“ weiter voran.

In diesem Rahmen veranstaltet die Messe München erstmals auch ein dreitägiges Forum rund um Technologien, aktuelle Richtlinien und politische Rahmenbedingungen. Eröffnet wird das Forum „Regenerative Wärme“ in Halle C4 der Messe am 4. Juni 2014 um 10.30 Uhr von Hans-Josef Fell, Präsident der Energy Watch Group, Deutschland, mit dem Vortrag „Hundert Prozent erneuerbare Wärme - Notwendig auch für die Unabhängigkeit von russischen Energielieferungen.“

Die bis 2013 in Deutschland installierten Solarthermieanlagen und Holzpelletfeuerungen können in den nächsten 20 Jahren Energieimporte von 33 Milliarden Euro ersetzen. In diesem Zeitraum entspricht das einer Leistung von rund 300 Terawattstunden (TWh), oder dem jährlichen Energiebedarf von 1,25 Millionen Haushalten. Damit ist das Potenzial in Deutschland aber noch lange nicht ausgeschöpft. Grund genug, um über regenerative Heizsysteme als Alternative zu Energieimporten intensiver nachzudenken. Denn die Krise in der Ukraine und das gespannte Verhältnis zwischen Russland und der EU können mittelfristig auch die Gasversorgung Europas betreffen. Wind- und Solarkraft, Biomasse oder Geothermie und Wasserkraft sind also nicht nur aus Ressourcen-Gründen die Energien der Zu-



Die Stadtwerke-Award Gewinner: 1. Platz für die egrid applications und consulting GmbH aus Kempten im Allgäu.

Bild: EUROFORUM/L. Abbiento

und Elektromobilität) ein Konzept entwickelt, um die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien auf den jeweiligen Verbrauch abzustimmen. Mit dem Ziel, Photovoltaik-, Windkraft- und Biogasanlagen in Verbindung mit intelligenter Messtechnik effizient und wirtschaftlich zu betreiben, hat egrid in Wildpoldsried, einem 2.500-Einwohner-Dorf im Allgäu, ein intelligentes Stromnetz (Smart Grid) installiert und ausgewertet. „Intelligente und leistungsfähige Netze sind ei-

ne wichtige Voraussetzung für die Energiewende. Insofern hat uns das Konzept mit seinem praxistauglichen, wirtschaftlichen und nachhaltigen Ansatz überzeugt“, lobte Sven Becker, Sprecher der Geschäftsführung der Trianel GmbH, Aachen und Mitglied der Jury.

Platz zwei und drei belegten die WEMAG AG und die Stadtwerke Wien Energie AG. Die Stadtwerke Heidelberg erhielten für ihre Kampagne „Für Dich“ einen Sonderpreis. **DK**

eine ideale Lösung sein für die Stromerzeugung eines Privathauses. Mit diesem Thema befasst sich am 5. Juni ab 11.00 Uhr der erste Vortrag. Weiteres Fachwissen wird in den folgenden Vorträgen zu Brennstoffzellen und Mikro-KWK-Anlagen vermittelt.

Nachmittags widmet sich das Forum den rechtlichen Rahmenbedingungen für Solarthermie und Pelletsheizungen. Die „EU-Verordnung zur umweltgerechten Gestaltung von Warmwasserbereitern und Warmwasserspeichern“ – kurz „Energy Labelling“ – sieht ab 2015 neue Mindestanforderungen und ein Energielabel für Heizsysteme vor. Davon werden vor allem regenerativer Heizsysteme profitieren. In der Session „Solarthermie: Energy Labelling - Aktueller Status, Herausforderungen & Möglichkeiten für die Solarthermie-Anbieter“ werden die Möglichkeiten diskutiert.

Am dritten Tag des Forums stehen Vorträge rund um die Themen Heizungsmodernisierung und Wärmepumpensysteme im Mittelpunkt. Nach einer Session zur Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV 2014) folgt ein Vortrag zur Stromproduktion mit Brennstoffzellen. Eine weitere Technik, die veraltete Heizanlagen ersetzen und so zur Energiewende beitragen kann, sind Wärmepumpensysteme: drei Sessions und eine Diskussionsrunde widmen sich am Nachmittag des 6. Juni neuen Trends und Techniken. Ein weiteres Thema sind Kombinationslösungen, beispielsweise aus Wärmepumpen und Photovoltaik, die Strom als Wärme speichern. **□**

WASSERKRAFT ZUM LEBEN

RMD

RHEIN-MAIN-DONAU

REGENERATIV
MODERN
DYNAMISCH

Jahrespressekonferenz der Thüga-Gruppe in München:

Wettbewerbsposition in 2013 ausgebaut

„Zentrales Anliegen der Unternehmen der Thüga-Gruppe ist es, kommunale Werte nachhaltig zu entwickeln. Und das zurückliegende Jahr war für uns wiederum ein wirtschaftlich erfolgreiches Jahr. Die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA hat 2013 einen sehr zufriedenstellenden Jahresabschluss vorgelegt. Gegenüber dem Vorjahr können wir die Ausschüttung an unsere Gesellschafter um 5,47 Prozent auf 24,10 Euro je Stückaktie erhöhen“, so Ewald Woste, Vorsitzender des Vorstandes der Thüga Aktiengesellschaft und Vorsitzender der Geschäftsführung der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA, auf der Jahrespressekonferenz in München.

Die ausgewogene Investitionspolitik der Vergangenheit und die intensive Zusammenarbeit in der Thüga-Gruppe führten dazu, dass die Thüga Aktiengesellschaft im Geschäftsjahr 2013 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 343,9 Millionen Euro vereinnahmte. Damit ist ihre wichtigste Ertragssäule gegenüber dem guten Niveau des Vorjahres leicht gestiegen (+3,8 Millionen Euro). In 2013 haben die Beteiligungen der Thüga in Summe 120,5 Milliarden Kilowattstunden (kWh) Erdgas (+3,4 Prozent), 47,7 Milliarden kWh Strom (+16,3 Prozent), 9,3 Milliarden kWh Wärme (+5,7 Prozent) und 287,4 Millionen Kubikmeter Wasser (-0,6 Prozent) abgesetzt und einen Umsatz von 23,3 Milliarden Euro (+ 4,0 Prozent) erwirtschaftet.

Die Gewinnabführung der Thüga Aktiengesellschaft an die Muttergesellschaft, die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA (Thüga Holding), lag bei 302,2 Millionen Euro (Vorjahr: 414,9 Millionen Euro). Die höhere Gewinnabführung des Vorjahres war durch einmalige Sondereffekte beeinflusst. Der Bilanzgewinn der Thüga Holding GmbH & Co. KGaA in Höhe von 271,5 Millionen Euro (Vorjahr: 377,1 Millionen Euro) ermöglicht neben einer Rücklagendotierung von 30,0 Millionen Euro eine Aus-

schüttung von 241,0 Millionen Euro an die kommunalen Anteilseigner Kom9 Beteiligungs-Verwaltungs GmbH, Mainova Beteiligungsgesellschaft mbH, N-ERGIE Aktiengesellschaft und Stadtwerke Hannover Aktiengesellschaft; dies entspricht einer Bardividende von 24,10 Euro (Vorjahr: 22,85 Euro) je Stückaktie.

„Uns ist eine langfristige Wertsteigerung des uns anvertrauten kommunalen Vermögens wichtig. Auch für das laufende Geschäftsjahr der Thüga sehen wir ein ähnlich stabiles operatives Ergebnis wie in 2013“, fasst Dr. Christof Schulte, Finanzvorstand der Thüga Aktiengesellschaft, den Ausblick auf 2014 zusammen.

Neben der Weiterentwicklung des Beratungs- und Dienstleistungsangebotes ist die Stärkung des Beteiligungsportfolios ein strategisches Ziel der Thüga. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden im Thüga Holding-Konzern 226,4 Millionen Euro finanzwirksam in das Beteiligungsvermögen investiert. Schwerpunkt der Investitionstätigkeit war hierbei das Engagement in Thüringen. Mitte Mai 2013 konnte Thüga 15,2 Prozent der Aktien an der heute unter dem Namen Thüringer Energie AG firmierenden Gesellschaft übernehmen. Die Thüringer Energie AG, die an über 20 Stadtwerken in

Thüringen beteiligt ist, versorgt ihre Kunden in circa 850 Konzessionsgemeinden mit Gas, Strom und Wärme. Diese Beteiligung ergänzt das Engagement der Thüga in Thüringen gut.

Eine weitere Verstärkung der Thüga-Gruppe ist der Thüga auch in Ostthüringen gelungen. Durch die Verschmelzung der Beteiligung Gas- und Wasserversorgung Fulda GmbH auf die RhönEnergie Fulda GmbH im August 2013 ist die Fusion der beiden bislang eigenständigen, regionalen Versorger zu einem großen, integrierten Unternehmen gelungen. In Pima wurden zur Neuordnung der bestehenden kommunalen Strukturen die drei ortsansässigen operativen Gesellschaften zur Energieversorgung Pima GmbH zusammengeführt.

Enge Zusammenarbeit

„Für das von den kommunalen Mehrheitseigentümern, den Geschäftsführern und Vorständen sowie den Mitarbeitern in uns gesetzte Vertrauen sind wir dankbar. Wir werden alles daran setzen, unseren Beitrag als Minderheitsgesellschafter zu leisten, um die Unternehmen weiterzuentwickeln. Wir sind sicher, dass die enge Zusammenarbeit mit den 100 kommunalen Unternehmen der Thüga-Gruppe für alle Beteiligten von Vorteil ist“, zeigt sich Woste überzeugt.

Auch im Jahr 2014 prüft Thüga, wie sie das Beteiligungsportfolio weiter verstärken kann. Als Partner der Kommunen werden sich Thüga beziehungsweise die Gruppenunternehmen an Akquisitionsprozessen beteiligen. Dabei liegt ein Schwerpunkt auf der Stärkung

der regionalen Zusammenarbeit. „Mit der erfolgreichen Platzierung einer Hybridanleihe im Volumen von 50 Millionen Euro Ende 2013 hat die Thüga Holding GmbH & Co. KGaA nach ihren bisherigen Schuldscheinemissionen ihre Finanzierungsbasis für eine erfolgreiche Unternehmensentwicklung durch ein weiteres Instrument gestärkt“, so Dr. Schulte.

„Der Umbau der Energiewirtschaft führt zu einer unternehmerischen Lage, die alles andere als zufriedenstellend ist. Und das nicht nur in der Erzeugung, sondern auch im Vertrieb und in den Netzen“, bewertet Woste die aktuelle Lage. Nach Auffassung der Thüga fehlt nach wie vor ein auf die Ziele der Energiewende ausgerichtetes Energiemarktmodell. Ein solches haben die Unternehmen der Thüga-Gruppe im Januar 2013 der Öffentlichkeit präsentiert. Im Verlauf des Jahres 2013 wurde das „Integrierte Strommarktmodell“ in der Energiebranche mit großem Interesse aufgenommen und bildet mittlerweile die Basis der gemeinsamen Positionierung des Verband kommunaler Unternehmen e.V. und des BDEW Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V. „Die derzeitige EEG-Reform geht grundsätzlich in die richtige Richtung, wenngleich das Zutrauen der Politik in eine wettbewerbliche Ermittlung der Fördersätze größer sein könnte“, analysiert Woste die aktuelle Diskussion.

Den überregionalen Ausbau erneuerbarer Energien bringen mittlerweile 46 Thüga-Partnerunternehmen mit der Thüga Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG voran. Im Jahr 2013 konnte das Unternehmen sein Winderzeugungsportfolio ge-

genüber 2012 mit 203,5 Megawatt (MW) installierter Leistung (2012: 103 MW) nahezu verdoppeln.

Entscheidende Weichenstellungen

Mit Blick auf den gesamten Umbau der Energiebranche müssen aus Sicht der Thüga-Gruppe in den nächsten 18 Monaten weitere entscheidende energiepolitische Weichenstellungen getroffen werden. Dabei sollte nach Auffassung der Thüga der Fokus insbesondere auf drei Herausforderungen gelegt werden.

Erstens sollte die Politik bei der anstehenden Novelle des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes deutliche Signale setzen, um die Bedeutung dieser Erzeugungsform zu unterstreichen.

Zweitens müssen aus Perspektive der Thüga-Gruppe die bestehenden Regulierungsvorgaben für Investitionen in die Verteilnetze angepasst werden. Die Unternehmen der Thüga-Gruppe haben alleine in 2013 rund 500 Millionen Euro vornehmlich in den Ausbau der Infrastruktur investiert. „Nach wie vor fehlen für solche Investitionen echte Anreize. Das bestehende Regulierungsregime ermöglicht keine angemessene Verzinsung der notwendigen Investitionen“, betont Woste.

Als dritte Herausforderung sieht Thüga die Gewährleistung der Versorgungssicherheit. Dabei steht die Frage im Mittelpunkt, wie in den jährlich rund 1000 Stunden der sogenannten „dunklen Flaute“ – wenn Sonne und Wind nicht zur Verfügung stehen – die Versorgungssicherheit gewährleistet werden soll. In diesen Stunden

muss die Versorgungssicherheit aus Kraftwerken, Speichern und Lastflexibilität gewährleistet sein. Die Vorhaltung und der Betrieb dieser Ressourcen kann jedoch nicht aus den wenigen Stunden im Jahr finanziert werden, in denen sie genutzt werden. Für Thüga ist ein wettbewerblich ermittelter Leistungspreis eine geeignete Steuerungsgröße. Im Gegensatz zu allen bisher diskutierten Modellen eines Kapazitätsmarktes stellt das „Integrierte Strommarktmodell“ der Thüga-Gruppe den Verbraucher in eine starke Nachfrageposition. Er bestimmt, welche Leistung für ihn dann vorzuzahlen ist, wenn weder Wind- noch Sonnenstrom zur Verfügung stehen. Der Kunde könnte so nicht nur über seinen Verbrauch, sondern auch über die von ihm bestellte Mindestleistung in Abhängigkeit von seiner Lastflexibilität unmittelbar Einfluss auf die Höhe seines Strompreises nehmen.

Nach wie vor verlangen die Marktentwicklung und die unklaren Rahmenbedingungen den Unternehmen der Thüga-Gruppe große Kraftanstrengungen ab. „Wir sind den 18.100 Menschen, die in der Thüga-Gruppe – ob im Management oder als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – beschäftigt sind, für diese Leistung zutiefst dankbar. Wir sind überzeugt, dass das Thüga-Modell der Schlüssel zum Erfolg ist: Die individuelle Stärke der einzelnen Unternehmen mit den Synergien aus der Zusammenarbeit in der Thüga-Gruppe zu kombinieren“, so Woste. „Auch im laufenden Geschäftsjahr gilt es, das uns anvertraute kommunale Kapital nachhaltig zu entwickeln. Daher setzen wir auf Konsolidierung und moderates Wachstum.“ □

Bürgerenergiepreis Niederbayern geht in die zweite Runde

Regensburg. Gemeinsam mit der Regierung von Niederbayern vergibt das Bayernwerk in diesem Jahr zum zweiten Mal den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis Niederbayern“. Die Auszeichnung wurde im vergangenen Jahr ins Leben gerufen um Projekte zu fördern, die Impulse für die Energiezukunft setzen und die helfen die Akzeptanz für dieses wichtige Thema in der Gesellschaft zu erhöhen.

Mit dem Bürgerenergiepreis würdigt das Bayernwerk Privatpersonen, Vereine, Schulen und andere nichtgewerbliche Gruppierungen für pfiffige und außergewöhnliche Ideen und Maßnahmen, die einen Energiebezug haben und sich mit den Themen Energieeffizienz oder Ökologie befassen.

„Die Gestaltung der Energiezukunft ist ein Gemeinschaftsprojekt, bei dem neben der Energiewirtschaft und den Kommunen jeder Einzelne gefragt ist. Sie ist viel mehr als nur ein technologisches Projekt. Wenn Innovationen und neue Technologie den Weg in die Praxis finden sollen, braucht das die Akzeptanz der Gesellschaft. Deshalb sind Bürgerinnen und Bürger, die in ihrem Umfeld eigene Impulse für die Energiezukunft setzen, wichtige Wegbereiter der Energiewende“, betont Christoph Henzel, Leiter Kommunalmanagement beim Bayernwerk. „Ihnen und Ihren Projekten wollen wir mit unserer Auszeichnung eine Plattform bieten.“

Nach den Worten von Regierungspräsident Heinz Grunwald seien diese Impulsgeber wichtige Vorbilder. „Niederbayern liegt bei der Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien bayernweit an der Spitze. Denn rein rechnerisch können wir bereits jetzt knapp 70 Prozent unseres Stromverbrauchs aus regenerativen Quellen decken. Aber wir brauchen nach wie vor großes Engagement der Bürgerinnen und Bürger vor allem bei Energieeffizienz und beim Energiesparen. Und deshalb bin ich gespannt, welche interessanten und kreativen Projekte beim diesjährigen Bürgerenergiepreis eingereicht werden“, so der niederbayerische Regierungspräsident. Deshalb befür-

Ideen und Konzepte, die noch nicht in Umsetzung sind, haben eine Chance.

Unter www.bayernwerk.de/buergerenergiepreis ist der Bewerbungsbogen zusammen mit einer ausführlichen Projektbeschreibung veröffentlicht. Hier werden auch die Preisträger des vergangenen Jahres in kurzen Videos vorgestellt. Bewerbungen können bis 4. Juli 2014 bei der Bayernwerk AG eingereicht werden. Die Auswahl der Gewinner und die Aufteilung des Preisgeldes erfolgt durch eine Fachjury. □



Erstmalige Preisvergabe in Oberfranken

Mit Unterstützung der Regierung von Oberfranken vergibt das Bayernwerk 2014 erstmals den mit insgesamt 10.000 Euro dotierten „Bürgerenergiepreis“ auch in Oberfranken. Der oberfränkische Regierungspräsident Wilhelm Wenning begrüßt die Zielrichtung dieses Preises. Wenning: „Ein jeder von uns kann Impulse setzen für die Energiezukunft – im Berufsleben wie in der Freizeit, im Großen wie im Kleinen. Dazu müssen wir uns immer wieder bewusst machen, wie kostbar Energie ist. Die Energiewende ist eine große Aufgabe; sie betrifft jede Bürgerin und jeden Bürger. Impulse oder Projekte, die hierfür ein Bewusstsein schaffen, sind wertvoll und können einen Baustein für die Energiewende in Oberfranken darstellen. Machen Sie mit!“ Bei der Auftaktveranstaltung stellten Christoph Henzel, Leiter Geschäftsbereich Kommunalmanagement (L) und Dr. Ester Kneumeyer Pereira, Referentin Presse und Medien beim Bayernwerk, sowie Regierungspräsident Wilhelm Wenning den Bürgerenergiepreis Oberfranken vor. □



Sonne im Tank

Laden Sie Ihr Elektroauto. Einfach und sicher mit Sonnenenergie.



Ist die Solarladung an Ihrer LEW eBox Solar aktiviert, nutzen Sie ausschließlich die Kraft der Sonne zum Tanken Ihres Elektroautos. Die komfortable LEW Eco-Box Solar weiß sogar, wann dies besonders günstig ist. Die Lechwerke bieten intelligente, unkomplizierte und sichere Ladelösungen – für zu Hause, für Ihren firmeneigenen Fuhrpark und im öffentlichen Raum. Informieren Sie sich auf www.lew.de.

LEW
Lechwerke

Prüfbericht im Landtag:

Innenministerium rügt unzulässiges Sponsoring durch Sparkasse

Prüfer nennen sechs Kritikpunkte zum Verhalten von Kreidl, Färber und Miesbacher Landratsamt

Der frühere Miesbacher Landrat Jakob Kreidl (CSU), sein langjähriger Stellvertreter Arnfried Färber (FW) und das Landratsamt Miesbach haben unrechtmäßige Sponsoring Mittel von der örtlichen Kreissparkasse erhalten. Diese soll das Miesbacher Geldinstitut auf rechtmäßigem Wege zurückfordern. So der Tenor eines 38 Seiten umfassenden Prüfberichts des bayerischen Innenministeriums zu Vorgängen im Landkreis Miesbach, der im Innenausschuss des Landtags vorgestellt wurde. Bei allen Ausschussmitgliedern herrschte Fassungslosigkeit bzw. Empörung angesichts der Miesbacher Verhältnisse, die ihnen detailliert vorgetragen wurden.

Im Vorfeld des Berichts hatten Prüfer des Innenministeriums penibel das Geschäftsgebaren in Miesbach untersucht und rechtlich bewertet. In den allermeisten Fällen hätten Landrat und Kreissparkasse unzulässig agiert, so der Leiter der Kommunalaufsicht im Innenministerium Michael Ziegler.

Zu den sechs Kritikpunkten gehörte vor allem die Feier zum 60. Geburtstag von Ex-Landrat Jakob Kreidl, die ca. 119.000 Euro kostete, wovon die Kreissparkasse 78.872,20 Euro übernahm. Dabei sei entscheidend, ob die Veranstaltung im Freilichtmuseum von Markus Wasmeier noch als „Repräsentationsveranstaltung“ gewertet werden könne. Hier liege ein Grenzfall vor, da tatsächlich ein Teil der 460 Gäste von

Führungskräften der Sparkasse persönlich begrüßt worden sei. Jedoch sei die Kostenbeteiligungshöhe unverhältnismäßig.

Des weiteren beanstandet der Prüfbericht Renovierungskosten im Landratsamt, wo die Sparkasse von 2008 bis 2010 Kreidl ein Büro, ein Vorzimmer sowie einen Besprechungsraum für 293.000 Euro spendierte. Laut Ziegler sind Bau und Erhalt des Landratsamts Aufgabe des Landkreises und nicht der Sparkasse. Diese müsse die Kosten vom Landratsamt zurückfordern. Moniert wird auch eine Informationsfahrt im April 2012 von Kreidl und Färber, den beiden Sparkassen-Vorständen sowie 16 Bürgermeistern nach Serfaus/Tirol und Interlaken/Schweiz, um sich dort Anregun-

gen für den Umbau des Skigebiets auf dem Sudelfeld zu holen. Die Kosten hierfür beliefen sich auf 85.244 Euro, wobei der Nutzen der Reise angesichts der großen Höhenunterschiede der Orte von bis zu 1500 Metern sehr begrenzt gewesen sei. Damals habe die Sparkasse die ausufernden Kosten des Landkreises beanstandet und Landrat Kreidl daraufhin ohne die erforderliche Einwilligung des Kreisausschusses 34.450 Euro bezahlt.

Kritikpunkte

Zu den Kritikpunkten gehörten noch der überbeuerte Ankauf und Ausbau der Geitauer Almen in Bayerischzell für 750.000 Euro sowie der Erwerb einer Schlossbibliothek für 1,65 Millionen Euro durch die Sparkasse. Beide Gebäude seien sofort wieder abzustoßen. In diesem Zusammenhang sei interessant, dass der frühere Vorstandsvorsitzende der Kreissparkasse Miesbach-Tegernsee Georg Bromme und Landrat Kreidl, der qua Amt Chef des Sparkassen-Verwaltungsrates war,

eng miteinander kooperierten.

Abschließend erklärte Michael Ziegler im Innenausschuss, dass noch weitere Fälle geprüft werden. So etwa Sachgeschenke an Verwaltungsratsmitglieder der Sparkasse, eine Bürgermeisterfahrt nach Triest 2009 - die Kosten von 56.934,37 Euro wurden von der Kreissparkasse komplett übernommen - die Renovierung im Rathaus Weyarn 2010 auf Kosten der Sparkasse, Bewirtungskosten für Eisstockschießen 2008 bis 2013 in Höhe von 900 bis 2.000 Euro sowie Spenden von mindestens 20.281,86 Euro für einen Schießstand der Jägerversammlung im Tiroler Achenkirch und den Tiroler Landesjagdschutzverein. Darüber hinaus sollen landesweit alle Spenden und Sponsoringaktivitäten der öffentlich-rechtlichen Sparkassen unter die Lupe genommen werden.

Im Innenausschuss wurde der Prüfbericht mit Interesse verfolgt. Am Ende herrschte bei allen Fraktionen Fassungslosigkeit. Manche Mitglieder waren sogar empört. Ausschussvorsitzender Florian Herrmann (CSU) bemerkte, „das einzig Gute ist, dass das alles so klare Fälle sind“. Paul Wengert (SPD) sprach von einem Abgrund, der sich hier auftue. Eva Gottstein (FW) befand, in Miesbach habe „Selbstbedienungsmentalität“ geherrscht. Angesichts der Vorgänge im Landkreis Miesbach fordert Helga Schmitt-Bussinger, stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende im Landtag und Beiratsmitglied für Sparkassenpolitische Grundsatzfragen im Sparkassenverband Bayern, eine Reform der Sparkassen von innen sowie eine Sensibilisierung für Fehlverhalten bei Sponsoring. Hierzu solle eine rasche Sondersitzung des Gremiums stattfinden. **rm**

Rückwärts Röntgen im Paläozoo Solnhofen

Das Bürgermeister Müller Museum Solnhofen präsentiert den Archaeopteryx

Bildung kann Spaß machen und unterhalten, ein Automatismus ist das aber nicht. Die Bayerische Sparkassenstiftung unternimmt daher vieles, um mit innovativen Vermittlungsansätzen die Menschen in die Museen zu locken und sie dort zu fesseln.

Ob es darum geht, mit Smartphone-Applikationen Geschichte vor Ort lebendig werden zu lassen, den Regensburger Bischof wie bei Raunschiff Enterprise dreidimensional vor eine staunende Besucherschar zu „beamen“ oder eine Kapelle zur Bühne von mehr als 700 Jahren schwäbische Geschichte zu machen – stets findet man die Stiftung als Ideengeber und Förderpartner. Für den Paläozoo Solnhofen beschreitet sie gemeinsam mit der Gemeinnützigen Stiftung der Vereinigten Sparkassen Weißenburg in Bayern ganz neue Wege, indem die Besucher einen Archaeopteryx „rückwärts röntgen“ können.

Dreidimensionales Modell

Was bedeutet das? Wilhelm Conrad Röntgen entdeckte 1895 in Würzburg elektromagnetische Strahlen in der Wellenlänge von 10 Nanometer bis 1 Pikometer, die für ein bildgebendes Verfahren zur Darstellung von Knochen oder eines ganzen Skeletts eingesetzt werden. Das Museum Solnhofen besitzt gut erhaltene fossile Abdrücke der Knochen und Federn des 150 Millionen Jahre alten Urvogels. Aber mit ihnen lässt sich nur sehr schwer eine Vorstellung von der tatsächlichen Erscheinungsform des Tieres gewinnen.

Deshalb wurde in einem aufwändigen Scan-Verfahren ein dreidimensionales Modell errechnet, das dann als Vorlage für einen 3D-Drucker diente, der ein vollständiges Vogelskelett schuf.

Nun erst konnte mit dem Prozess des „Rückwärts röntgen“ begonnen werden, indem bewegliche Bildschirme um das Skelett montiert wurden. Auf den Bildschirmen sieht man dann nicht die Knochen, sondern den ganzen Vogel mit Muskeln und Federn. Mit Hilfe von Augmented Reality entsteht so vor den staunenden Augen der Besucher ein Tier aus dem 150 Millionen Jahre zurückliegenden Oberjura. Dieser Archosaurier gilt als Übergangsform zwischen Echtenbecken – Dinosauriern und Vögeln. Er ist ein wichtiger Beweis für die Evolutionstheorie.

Nähere Informationen unter: www.facebook.com/BaySpaSt und unter <http://www.museum-solnhofen.de>

Die Bayerische Sparkassenstiftung ist Ausdruck des gesellschaftlichen Engagements der bayerischen Sparkassen und ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl. Sie fördert seit 20 Jahren eine Vielzahl gemeinnütziger Projekte mit derzeit deutlichen Schwerpunkten in den Bereichen innovative Museumspädagogik, Umweltbildung und Telemedizin. □

Die besten Fördermittelberater 2013

Gemeinschaftspreis von KfW Bankengruppe, LfA Förderbank Bayern, Sparkassenverband Bayern und BayernLB erstmals verliehen

München – In Kooperation mit der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern haben der Sparkassenverband Bayern (SVB) und die BayernLB erstmals die Auszeichnung „Bester Fördermittelberater 2013“ verliehen. Mit dem Preis wurden in München zehn Kundenberaterinnen und Kundenberater bayerischer Sparkassen belohnt, die vergangenes Jahr mit besonderer Kreativität und viel Engagement staatliche Fördermittel in einzelne Finanzierungsvorhaben eingebunden hatten. Eine Jury hatte die Preisträger aus zahlreichen Einsendungen aus allen Regionen Bayerns ausgewählt.

„Mit zinsgünstigen Krediten staatlicher Förderbanken wie der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern können Privatleute und Unternehmer ihre Finanzierungskosten erheblich reduzieren“, sagte Michael Zehnter, Bereichsleiter Vertrieb Firmenkunden & Kredit beim Sparkassenverband Bayern, bei der Preisverleihung in den Räumlichkeiten der LfA in München. Allerdings müssten dazu kompetente Kundenberaterinnen und Kundenberater die vielfältigen Förderoptionen im Blick haben und die Machbarkeit prüfen, was eine anspruchsvolle Aufgabe darstellt.

Michael Zehnter: „Alle Preisträgerinnen und Preisträger haben auf

verbildliche Art und Weise gezeigt, dass sich ihr Einsatz zur Integration von Fördermitteln für die Kunden gelohnt hat.“

Ausgezeichnet haben KfW, LfA, SVB und BayernLB die Kundenberaterinnen und Seite 2 von 4 Kundenberater für Finanzierungsvorhaben in den Kategorien „Gründung“, „Mittelstand“, „Umweltschutz“, „Klimawandel & Energiewende“, „Wohnungsbau“ und „Infrastruktur“.

Alle Lösungen zeichneten sich durch ein besonderes Maß an Komplexität oder Servicequalität aus. Beispielsweise wurden teilweise mehrere Förderprogramme kombiniert, in einem anderen Fall konnte dem Kunden durch die ra-

sche Bearbeitung vor einer anderen Bank ein überzeugendes Angebot geliefert werden, das schließlich den Zuschlag erhielt.

Sechs von zehn Preisen gingen an Sparkassen-Mitarbeiter, die Mittel aus den Förderprogrammen der KfW Bankengruppe eingebunden hatten; die weiteren vier Preise erhielten Beraterinnen und Berater, die auf Angebote der LfA Förderbank Bayern zurückgegriffen hatten.

Die KfW bietet bundesweit Förderprogramme für Privatpersonen, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen an. Allein in Bayern hat sie im vergangenen Jahr Förderkredite mit einem Volumen in Höhe von 7,2 Mrd. Euro ausgereicht. Die LfA Förderbank Bayern ist ausschließlich in Bayern tätig und unterstützt mit ihren Förderprogrammen den hiesigen Mittelstand und Kommunen. Die Förderkreditzusagen der LfA beliefen sich in 2013 auf 1,95 Mrd. Euro für 6.300 Mittelständler und 135 Kommunen. „Die mit unserem Preis ausgezeichneten Finanzierungen zeigen, dass die S-Finanzgruppe in Bayern das Fördergeschäft in all seinen Facetten gut beherrscht“, sagte Christian Lindner, Abteilungsleiter Fördergeschäft bei der BayernLB. „Die gute Zusammenarbeit mit den Förderbanken werden wir im Sinne unserer Kunden auch in Zukunft fortführen.“

Die bayerischen Sparkassen nehmen gemeinsam mit der BayernLB eine führende Position im Fördermittelgeschäft ein. Im vergangenen Jahr vergaben Sie gemeinsam zinsgünstige Förderkredite mit einem Volumen von mehr als 2,9 Mrd. Euro und bearbeiteten mehr als 25.000 Förderanträge von Privatleuten, Unternehmen und Kommunen.

Während die Landesbank in der Regel als zentraler Dienstleister auftritt und sämtliche Mittel von den Förderinstituten wie der KfW Bankengruppe und der LfA Förderbank Bayern an die Sparkassen durchleitet, bedienen diese die privaten und gewerblichen Endkunden. Teilweise reicht die Seite 3 von 4 BayernLB direkt Förderkredite an ihre großen Unternehmenskunden aus; 2013 waren das rund 700 Mio. Euro.

Finanzminister Söder zum Ergebnis der Mai-Steuerschätzung

Das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung zeichnet einen positiven Trend. Bund, Länder und Gemeinden können dank der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung auch in den kommenden Jahren mit einer soliden Einnahmeharmonie rechnen. Bayern erwartet in den nächsten beiden Jahren Steuermehreinnahmen von rund 5,1 Mrd. Euro, davon 4,4 Mrd. Euro aus der November-Schätzung 2013 und 0,7 Mrd. Euro aus der Mai-Schätzung 2014.

„Wir werden konservativ planen. Sicherheit und Stabilität stehen im Vordergrund. Bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2015/2016 ist strikte Ausgabendisziplin erforderlich“, kündigte Finanzminister Dr. Markus Söder bei seinem Bericht zum Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2014 an. Die Steuerschätzung sei zudem naturgemäß mit Unsicherheiten behaftet. Aktuelle Risiken für die Konjunktur sind zum Beispiel die Entwicklung in der Ukraine sowie die Staatsschuldenkrise.

Die Mai-Steuerschätzung bestätigt im Wesentlichen die im 2. Nachtragshaushalt 2014 veranschlagten Steuereinnahmen. Söder: „Die Aufstellung des Doppel-

haushalts 2015/2016 wird kein Wunschkonzert werden. Die Steigerungsrate der letzten Jahre bei den Ausgaben kann auch ein starkes Land wie Bayern nicht auf Dauer durchhalten. Ziel ist, die erfolgreiche Haushaltspolitik des Freistaats fortzusetzen: Ein Haushalt ohne neue Schulden und weitere Schuldentilgung.“

Minister Söder wies auf eine Vielzahl von weitgehend festen Vorbelastungen für den kommenden Doppelhaushalt hin. Zu nennen seien steigende Zahlungen in den Länderfinanzausgleich, der Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst und zum Beispiel höhere Kosten für Asyl oder Kinderbetreuung. □

Unser Service für

Intelligente Lösungen für bayerische Kommunalkunden

Wir machen uns stark für die Kommunen

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir den bayerischen Kommunen und kommunalen Unternehmen ein lückenloses Leistungsspektrum an. Dazu gehört insbesondere die Finanzierung von kommunalen Bau- und Infrastrukturprojekten. Außerdem begleiten wir Sie bei Maßnahmen zur Energieeinsparung im Rahmen der Energiewende oder der Analyse und Optimierung von Kreditportfolien. Unsere Förderbank, die BayernLabo, ergänzt diese Leistungen durch ihr Angebot zinsgünstiger Kommunalkredite und spezieller kommunaler Förderprogramme. Sie möchten uns und unser Angebot persönlich kennenlernen? Dann wenden Sie sich für weitere Informationen an ▶ Telefon +49 89 2171-22013

Finanzgruppe BayernLB

IHK-Konjunkturumfrage Frühjahr 2014:

Schwäbische Wirtschaft weiterhin im Hoch

Die gute konjunkturelle Stimmung der schwäbischen Wirtschaft setzt sich auch im Frühjahr fort. Lediglich einige Branchen verzeichnen Einbußen bei Nachfrage und Umsatz, bleiben aber für die kommenden Monate optimistisch.

Die Wirtschaft in Schwaben ist auch im Frühjahr in bester Stimmung. Allerdings darf der Einfluss der jüngsten wirtschaftspolitischen Diskussionen nicht vernachlässigt werden. Die Rente mit 63 sowie die Einführung des Mindestlohns sind geplante Maßnahmen der Bundesregierung, die mit weiteren politischen Unwägbarkeiten das Klima eintrüben.

Große Zufriedenheit

Aktuell zeigen sich die schwäbischen Unternehmen sehr zufrieden mit dem Verlauf ihrer Geschäfte. Die Nachfrage verzeichnet zwar einen leichten Rückgang gegenüber dem Jahresbeginn, bleibt aber auf dem hohen Niveau der Herbstumfrage vom letzten Jahr. Hierbei spielt mitunter auch das etwas reduzierte Konsumverhalten der privaten Haushalte eine Rolle.

Gute Prognosen

IHK-Präsident Dr. Andreas Kopton zeigt sich sehr zufrieden mit den aktuellen konjunkturellen Entwicklungen in Schwaben: „Alle wesentlichen Konjunkturindikatoren befinden sich im grünen Bereich und die von uns besonders stark gewichteten Auftragseingänge für die Industrie weisen im Frühjahr nochmals etwas stärker nach oben als bereits im Herbst vergangenen Jahres.“

Die Frage, inwieweit die wirtschaftspolitischen Pläne in den nächsten Monaten für Bremsfekte bei der Konjunktur sorgen,

Nachtragshaushalt 2014:

Größenordnung: 50 Mio. Euro

„Die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag hat im Nachtragshaushalt 2014 einige zusätzliche Schwerpunkte gesetzt: Mit insgesamt rund 50 Millionen Euro wollen wir in erster Linie die Infrastruktur verbessern, die Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden vorantreiben, den Bildungsbereich stärken und unsere Polizistinnen und Polizisten durch eine noch sicherere Schutzausrüstung vor Gewalt noch besser schützen“, so Thomas Kreuzer, Vorsitzender der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

„Bayern hat erneut einen Haushalt ohne neue Schulden und tilgt darüber hinaus in diesem Jahr weitere 540 Millionen Euro Altschulden. Ziel bleibt ein schuldenfreier



Thomas Kreuzer.

Freistaat Bayern bis 2030“, erklärte Peter Winter, finanzpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion und Vorsitzender des Haushaltsausschusses des Bayerischen Landtags.

Die öffentliche Infrastruktur werde durch zusätzliche 25 Millionen Euro für die Bestandserhaltung der Staatsstraßen und Brücken in der Fläche gestärkt. „Damit verbessern wir insbesondere die Anbindung des ländlichen Raums an die großen Ballungsräume“, betonte Kreuzer. Mit weiteren zehn Millionen Euro will die CSU-Fraktion die Energieeffizienz

wird sorgfältig zu beobachten sein. Die Prognosen der Firmen sind gut. Bis auf eine leichte Dämpfung der Investitionsabsichten im Inland rechnen sie mit steigender Nachfrage und einem positiven Beschäftigungsaufbau.

Industrie: Stimmung bleibt weiterhin gut

Die zufriedene Stimmung unter den Industriebetrieben hält weiter an: 45 Prozent sprechen von einer befriedigenden, 47 Prozent sogar von einer guten Geschäftslage. Die Unternehmer berichten von steigenden Aufträgen, vor allem das Inlandsgeschäft hat eine Belebung erfahren. Auch der Auftragsbestand hat seit Jahresbeginn kräftig zugelegt. Fast neun von zehn befragten Betrieben sehen sich aktuell voll bzw. befriedigend ausgelastet.

Für die Zukunft erwarten die Industriebetriebe weiterhin gute Geschäfte, lediglich sieben Prozent rechnen mit einer Verschlechterung. Auch bei der Nachfrage gehen die Unternehmer von weiteren Zuwächsen aus. Zudem wollen mehr Firmen als noch zur Herbstumfrage sowohl ihre Investitionstätigkeit ausweiten als auch zusätzliches Personal einstellen.

Unternehmensbezogene Dienstleistungen: Optimismus trotz Einbußen beim Umsatz

Im Vergleich zum Jahresbeginn hat sich die Zahl der Betriebe, die

von rückläufigen Umsätzen sprechen, zwar erhöht, aber die Dienstleister beschreiben ihre aktuelle Lage recht positiv. Mehr als neun von zehn Befragten zeigen sich sehr zufrieden oder zufrieden mit dem Verlauf ihrer Geschäfte. Die Auslastung war in den vergangenen sechs Monaten auf hohem Niveau.

Blick in die Zukunft

Der Blick in die Zukunft bleibt aber ungetrübt. Lediglich sieben Prozent rechnen mit schlechteren Geschäften. Beim Umsatz geht nur knapp jeder zehnte Betrieb von einer weiteren Dämpfung aus. Zudem planen vier von zehn Firmen wieder mehr zu investieren.

Baugewerbe: Bautätigkeit etwas abgeschwächt

Die Stimmung ist gut im Baugewerbe. Lediglich sieben Prozent beschreiben ihre aktuelle Geschäftslage als schlecht. Auffällig ist allerdings, dass das Volumen der Bauaufträge insgesamt rückläufig ist. Fast ein Viertel spricht hier von gesunkener Nachfrage, das sind rund 12 Prozentpunkte mehr als noch im Herbst. Auch beim derzeitigen Auftragsbestand geben nur 15 Prozent „größer als saisonüblich“ an. Diese Zahl lag zu Jahresbeginn noch bei 33 Prozent.

Trotz der etwas gedämpften Nachfrage erwartet die Unternehmer keineswegs eine Flaute: Fast acht von zehn Betrieben rechnen mit steigendem oder konstantem Auftragsvolumen. Auch die Auslastung soll auf einem hohen Niveau bleiben.

Transportgewerbe: Zufriedenheit, aber Umsatzentwicklung stagniert

Die Mehrheit des Transportgewerbes ist mit dem laufenden Geschäft zufrieden. Allerdings stagniert die positive Entwicklung der Umsatzzahlen vom Herbst 2013 ein wenig. Weniger Betriebe

sprechen von gestiegenem Umsatz und die Zahl derer, die „gesunken“ angeben, ist gestiegen, dafür aber geben sechs von zehn Firmen eine gleichbleibende Situation an.

Der Optimismus der Branche bleibt ungebrochen. Dass mehr Firmen mit einem Umsatzrückgang rechnen, kann die Stimmung nicht trüben, denn 44 Prozent gehen künftig von einer Steigerung aus. Derzeit wollen 28 Prozent ihren Personalbestand aufstocken.

Großhandel: Positive Zahlen bringen Zuversicht

Klagen die Großhändler im Herbst vergangenen Jahres über Einschnitte im Umsatzbereich, so hat sich die Situation aktuell deutlich verbessert. Die Branche verzeichnet ein Umsatzplus und nur noch 21 Prozent beklagen einen Rückgang in diesem Bereich. Vor sechs Monaten waren es noch doppelt so viele. Auch die Ertragslage hat sich merklich verbessert.

Für das nächste halbe Jahr erwarten die Betriebe eine ähnlich gute Entwicklung wie bisher. So setzt fast jedes zweite Unternehmen darauf, dass die Umsätze weiter steigen, vor allem der Inlandsumsatz soll kräftig zulegen. Diese Stimmung spiegelt sich auch in den überaus positiven Investitions- und Beschäftigungsplänen wider.

Einzelhandel: Leichte Trübung

Im Einzelhandel hat sich das Geschäftsklima im Vergleich zum Jahresbeginn zwar etwas eingetrübt, verbleibt aber dennoch über dem langfristigen Durchschnitt auf einem guten Niveau. Beim aktuellen Warenbestand geben gerade einmal acht Prozent „kleiner als saisonüblich“ an. Die Umsätze hingegen erhalten wesentlich mehr schlechte Bewertungen als zur letzten Herbstumfrage. Fast ein Drittel verzeichnet hier Einbußen.

Die Erwartungen der Einzelhändler für die nächsten Monate sind wieder optimistischer als noch im Herbst. Bei der künftigen Geschäftslage gehen fast 90 Prozent von einer Verbesserung oder konstanten Situation aus. Auch die Umsätze sollen wieder kräftig steigen. □

Neues Praxishandbuch:

Gemeindeordnung, Landkreisordnung, Verwaltungsgemeinschaftsordnung für den Freistaat Bayern

Diese Textausgabe von Wolfgang Magg, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags a.D., begründet von Hans von Koch und Dr. Oskar Tschira, stellt die geltenden Kommunalgesetze sowie die Geschäftsordnungsmuster des Bayerischen Gemeindetags und die Muster-Geschäftsordnung des Bayerischen Landkreistags auf aktuellem Stand dar und berücksichtigt sämtliche seit der Voraufgabe eingetretenen Rechtsänderungen. Enthalten ist darüber hinaus der Mustergeschäftsverteilungsplan mit dem Organigramm für Landratsämter.

Eine umfangreiche Einleitung verschafft einen guten Überblick, beispielsweise über Stellung und Aufgaben der Gemeinden und Landkreise sowie über die Pflichten der Gemeinde- bzw. Kreisräte als Mitglieder der Vertretungskörperschaft. Außerdem fasst der Autor die Grundlagen der staatlichen Aufsicht und des Finanzwesens der Gemeinden und Landkreise übersichtlich zusammen.

Schwerpunkt des Bandes ist die Sammlung der Vorschriften, die für die praktische Arbeit im Gemeinderat und Kreistag von besonderer Bedeutung sind. Enthalten sind unter anderem

- die Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern,
- die Landkreisordnung für den Freistaat Bayern,
- die Verwaltungsgemeinschaftsordnung,
- die Verordnung über Aufgaben der Großen Kreisstädte,
- Auszüge aus dem Grundgesetz und
- Auszüge aus der Verfassung des Freistaates Bayern.

Das ausführliche Stichwortverzeichnis mit vergleichender Gegenüberstellung der Vorschriften führt schnell zur gewünschten Information und rundet das Praxishandbuch ab. Erschienen ist die Publikation im Richard Boorberg Verlag GmbH & Co KG; bestellung@boorberg.de; www.boorberg.de; 2014, 17. Auflage, 366 Seiten, € 19,80; ab 8 Expl. € 19,-; ab 20 Expl. € 18,20; ab 40 Expl. € 17,40; ab 75 Expl. € 16,-; Mengenpreise nur bei Abnahme durch einen Endabnehmer zum Eigenbedarf; ISBN 978-3-415-05206-2. □

KfW-Kommunalpanel 2014:

Entspannung ja, Entwarnung nein

Reaktionen von Deutschem Städtetag und Deutschem Landkreistag

Trotz einer im Vergleich zur Vorjahresuntersuchung etwas entspannteren Lage belegt der kürzlich veröffentlichte KfW Kommunalpanel 2014 die nach wie vor deutlich unterfinanzierte Situation der kommunalen Infrastruktur. Die Erhebung beziffert den kommunalen Investitionsstau mit aktuell 118 Mrd. Euro und damit mit 10 Mrd. Euro weniger als 2013. Im gleichen Jahr investierten die Kommunen entsprechend der Finanzstatistik bundesweit knapp 21 Milliarden Euro vor allem in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur, Schulen und Bildung sowie Kinderbetreuung.

Der Deutsche Städtetag sieht seine mehrfach geäußerten Sorgen wegen des erheblichen Investitionsrückstandes in den Kommunen deutlich bestätigt. Besonders dramatisch sind aus seiner Sicht die viel zu geringen Investitionen im Bereich der kommunalen Infrastruktur und vor allem im Verkehrsbereich, aber auch die pessimistischen Prognosen hinsichtlich der geringen Investitionsmöglichkeiten finanzschwächerer Kommunen.

Finanzielle Überforderung

Wie der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages Dr. Stephan Articus hervorhob, „überfordert die dringend notwendige Sanierung von wichtigen kommunalen Brücken und Straßen viele Städte finanziell. Die Städte brauchen von Bund und Ländern dringend ein Sofort- oder Notprogramm, das bei der Reparatur neuralgischer Verkehrsinfrastruktur nicht nur auf der Bundesebene, sondern auch auf der kommunalen Ebene wirkt.“

Die Städte wollen Articus zufolge erreichen, dass die Kommunen im Laufe dieser Legislaturperiode bundesweit um mehr als die bisher zugesagten 3 Milliarden Euro entlastet werden. Die Kommunen benötigten spürbare Entlastungen bei den Sozialausgaben über die vorgesehene Vorabhilfe von 1 Milliarde Euro jährlich hinaus bereits in dieser Legislaturperiode und nicht erst beginnend mit dem Jahr 2018.

Huml dringt auf verlässliche Krankenhausfinanzierung

Bayerns Gesundheitsministerin bei erster Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform

Gesundheitsministerin Melanie Huml dringt auf eine verlässliche Krankenhausfinanzierung. Sie betonte: „Qualität ist nicht umsonst zu haben. Bayern will eine hochwertige Patientenversorgung. Dafür brauchen unsere Krankenhäuser eine finanziell gesicherte Zukunft.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Hier sehe ich eine der Hauptaufgaben dieser Arbeitsgruppe. Im Interesse der Patienten muss die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nachhaltig geschlossen werden. Dabei ist jetzt der Bund gefordert.“

Wichtig sei insbesondere, dass die tatsächlichen Kostensteigerungen besser als bisher bei den Preisen berücksichtigt werden. Huml unterstrich: „Und soweit Qualitätsvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses - wie zuletzt für die Versorgung von Frühgeborenen - zusätzlichen Personalaufwand verursachen, muss dieser zeitnah mit entsprechend höheren Vergütungen berücksichtigt werden.“

Soforthilfe

Auf Initiative Bayerns im Bundesrat hatte die vom Bund im Juli 2013 beschlossene Soforthilfe den Kliniken Mehreinnahmen von 165 Millionen Euro bis Ende 2014 ermöglicht. Huml betonte:

Nach Auffassung des Deutschen Landkreistages bereiten insbesondere die Straßen- und Verkehrsinfrastruktur sowie der Zustand der Schulgebäude die größten Sorgen: „Wir setzen bereits 80 % unserer Investitionsmittel in diesen Bereichen ein. Trotzdem reicht in vielen Kreisen das Geld hinten und vorne nicht. Auch 2013 konnte knapp die Hälfte der 295 Landkreise ihre Haushalte nicht zum Ausgleich bringen“, beklagte Präsident Reinhard Sager die Situation.

Hoher Investitionsbedarf

Insgesamt machten die für die Landkreise besonders bedeutsamen Bereiche der Straßen- und Verkehrsinfrastruktur, der Kinderbetreuung und der Bildungseinrichtungen gut die Hälfte des Investitionsstaus aus. „Im Schulbereich haben wir einen großen Investitionsbedarf, etwa mit Blick auf die auch für die Energiewende bedeutsame energetische Sanierung.“

Demgegenüber konnten zwar konjunkturbedingt mehr Mittel für die Straßen eingesetzt werden; dennoch bleibt vor allem der Straßen- und Verkehrsbereich eindeutig das Sorgenkind“, stellte Sager fest. Dennoch gebe es auch positive Signale: So konnte bei der Kinderbetreuung der Investitionsstau signifikant zurückgeführt werden. Auch sei das kommunale Investitionsniveau im vergangenen Jahr wieder etwas angestiegen, bemerkte Sager. DK

Huml dringt auf verlässliche Krankenhausfinanzierung

Bayerns Gesundheitsministerin bei erster Sitzung der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Krankenhausreform

Gesundheitsministerin Melanie Huml dringt auf eine verlässliche Krankenhausfinanzierung. Sie betonte: „Qualität ist nicht umsonst zu haben. Bayern will eine hochwertige Patientenversorgung. Dafür brauchen unsere Krankenhäuser eine finanziell gesicherte Zukunft.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Hier sehe ich eine der Hauptaufgaben dieser Arbeitsgruppe. Im Interesse der Patienten muss die immer weiter auseinanderklaffende Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben nachhaltig geschlossen werden. Dabei ist jetzt der Bund gefordert.“

Wichtig sei insbesondere, dass die tatsächlichen Kostensteigerungen besser als bisher bei den Preisen berücksichtigt werden. Huml unterstrich: „Und soweit Qualitätsvorgaben des Gemeinsamen Bundesausschusses - wie zuletzt für die Versorgung von Frühgeborenen - zusätzlichen Personalaufwand verursachen, muss dieser zeitnah mit entsprechend höheren Vergütungen berücksichtigt werden.“

Bayern wird seiner Verpflichtung gerecht

Den Vorwurf aus der Bundespolitik, die Länder kämen ihren Verpflichtungen zur Finanzierung von Bau und Ausstattung der Krankenhäuser nicht nach, wies Huml für Bayern zurück. Sie bekräftigte: „Bayern wird seiner Verpflichtung gerecht. Wir wollen eine qualitativ hochwertige medizinische Versorgung für die Menschen in ganz Bayern erhalten. Deshalb haben wir den Etat für die Finanzierung der Krankenhausinvestitionen bereits seit dem Jahr 2013 auf 500 Millionen Euro jährlich erhöht.“ □

Reformen und Lösungsansätze

DStGB zur Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen

Bund, Länder und Kommunen sind in Deutschland mit über zwei Billionen Euro verschuldet. Täglich müssen dafür fast 170 Millionen Euro Zinsen aufgebracht werden. Trotz eines guten Wirtschaftswachstums und zurückgehender Arbeitslosigkeit kommen die staatlichen Haushalte nicht ohne neue Schulden aus.

Mit der Bewältigung des demografischen Wandels, der Umsetzung der Energiewende, der Behebung des Investitionsstaus und dem Abbau der Schulden steht Deutschland vor großen Herausforderungen. Zur Lösung dieser zentralen Fragen ist nach Auffassung des Deutschen Städte- und Gemeindebunds eine Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen unverzichtbar. „Die bestehenden Instrumente müssen reformiert und neu ausgerichtet werden“, heißt es dazu in einem Positionspapier.

Länderfinanzausgleich

Stichwort Länderfinanzausgleich: 2012 zahlten drei Länder ein, nämlich Bayern, Hessen und Baden-Württemberg. Die restlichen 13 Länder sind Nehmerländer. Insgesamt wurden im Jahre 2012 7,9 Mrd. Euro auf diesem Wege verteilt. Größter Nutznießer dieses Länderfinanzausgleichs ist seit der Deutschen Einheit Berlin. Im Jahr 2012 hat die Stadt einen Zuschuss von 3,3 Mrd. Euro bekommen. Seit der Wiedervereinigung erhielt Berlin rund 48,7 Mrd. Euro. Auf Platz 2 der Nehmerländer steht seit der Wiedervereinigung Sachsen mit 18,2 Mrd. Euro gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 10,6 Mrd. Euro. Auf der anderen Seite müssen Hessen, Bayern und Baden-Würt-

temberg seit Jahren mit Abstand die größten Beträge für den Länderfinanzausgleich zur Verfügung stellen.

Zwischen 1990 und 2012 zahlte Hessen 39,8 Mrd. Euro, Bayern 42,2 Mrd. und Baden-Württemberg 38,4 Mrd. Euro. Das Ausgleichsverfahren im Länderfinanzausgleich ist so gestaltet, dass die finanzielle Rangfolge der Länder grundsätzlich erhalten bleibt, das heißt, wer wie Bayern vorher sehr gut aufgestellt ist, steht auch hinterher sehr gut da. Dennoch verringert der Länderfinanzausgleich nach Ansicht von Kritikern den Anreiz, die eigene Finanzlage zu verbessern. So stellen die Empfängerländer Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen das dritte Kinderjahr beitragsfrei, das Gebirgsland Bayern hat bisher diesen Schritt nicht vollzogen.

Unverzichtbare Reform

Das gegenwärtige Ausgleichssystem ist in seinen Strukturen älter als 40 Jahre. „Eine Reform ist unverzichtbar, wenn wir den Auftrag des Grundgesetzes ‚gleichwertige Lebensverhältnisse‘ füllen wollen“, heißt es in dem Papier. Zielrichtung müsse nicht der Wettbewerbsföderalismus, sondern der kooperative Föderalismus sein. Flächendeckend müsse es ein gewisses vergleichbares Maß an öffentlichen Lei-

stungen im Sinne der Daseinsvorsorge für die Bürger geben. Aus diesem Grund sei ein reformierter Finanzausgleich in ein System einzubetten, das der Bedürftigkeit im Sinne eines erhöhten Bedarfs an öffentlichen Leistungen folgt und die jeweilige Aufgabenlast als Bemessungsgrundlage für eine Finanzaufteilung berücksichtigt. Die geplante Finanzreform von 2020 solle weniger Wert auf den horizontalen Finanzausgleich legen als vielmehr den vertikalen Ausgleich zwischen Bund, Ländern und Kommunen stärken.

Vertikaler Ausgleich

Eine stärkere vertikale Verteilung muss nach Ansicht des DStGB insbesondere folgende Punkte enthalten: 1. Dauerhafte Entlastung der Kommunen, 2. Basisversorgung öffentlicher Daseinsvorsorge sichern, 3. Investitionen vor Ort fördern und 4. Innovationen in Ländern und Kommunen fördern.

Was den Solidaritätszuschlag anbelangt, so beträgt dieser zurzeit 5,5 % auf die Einkommenssteuer, die Kapitalertragssteuer und die Körperschaftsteuer. Er ist nicht befristet. Die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag haben sich laut DStGB sehr gut entwickelt: „Im Jahre 2005 betragen die Einnahmen aus dem Solidaritätszuschlag 10,3 Mrd. Euro. Im Jahre 2013 waren es 14 Mrd. Euro und für die Jahre bis 2018 wird eine Steigerung auf 17 Mrd. Euro erwartet.“ Der Bund habe sich im Jahre 2013 trotz gut laufender

Konjunktur erneut mit über 20 Mrd. Euro verschulden müssen, weshalb kaum zu erwarten sei, „dass er mittelfristig in der Lage sein wird, seinen Haushalt komplett auszugleichen und Alt-schulden abzubauen“.

Vor diesem Hintergrund sei es fraglich, ob der Bund auf über 14 Mrd. Euro aus dem Solidaritätszuschlag verzichten kann. Politisch erachtet es der Verband als sinnvoll, den Solidaritätszuschlag weiter zu einem Investitionsfonds für benachteiligte Kommunen und Regionen in Deutschland zu entwickeln – unabhängig von der Himmelsrichtung und als Instrument zum Alt-schuldenabbau. Im Rahmen der anstehenden Föderalismusreform werde es allerdings notwendig sein, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen aufzuheben und gleichzeitig auch bestimmte Investitionsleistungen vom Bund an die Kommunen zu ermöglichen.

„In der Grundstruktur könnte man den Investitionsfonds aufbauen wie die EU-Strukturfördermittel“, so der Vorschlag des DStGB. Anhand der Faktoren demografische Entwicklung, Arbeitslosigkeit sowie Wirtschafts- und Steuerkraft könnte man die Gebiete in Deutschland (Regionen) in Fördergebiete I und II einteilen und damit eine gewisse Vergleichbarkeit sicherstellen. Bei der Schaffung und Umsetzung der erforderlichen Mechanismen werde es erforderlich sein, das Kooperationsverbot zwischen Bund und Kommunen aufzuheben. Dass sich dieses nicht bewährt habe, zeigten beispielsweise die nachträglich im Grundgesetz geschaffenen Ausnahmen im Hochschul- und IT-Bereich. **DK**

Zukunft der Kommune: bargeldlos?

Unter dem Motto „Alles auf eine Karte: Ist die Zukunft der Kommune bargeldlos?“ lud die Initiative GeldKarte zu ihrer Jahresveranstaltung in Berlin ein. Sie versteht sich als Netzwerk für Unternehmen und Institutionen, die die GeldKarte akzeptieren oder die hierfür notwendige Infrastruktur bereitstellen.

eGovernment, ePayment und die Erneuerung der IT-Infrastruktur sind die Schlagworte der Verwaltungsmodernisierung in den Kommunen. Betroffen sind neben der internen Kommunalverwaltung auch die Zuständigkeiten von externen Verantwortlichen, etwa bei Parkraumbewirtschaftung, ÖPNV, E-Mobilität, Jugendschutz, Bildung und Subventionierung. Die Initiative GeldKarte diskutierte gemeinsam mit Vertretern von Kommunen, Banken und Handel, welche Möglichkeiten und Chancen bargeldlose Bezahl-systeme und Chiptechnologien für kommunale Projekte bieten.

Türöffner für spannende Projekte

„Kundenfreundliche Bezahlverfahren und geringe Transaktionskosten werden immer wichtiger“, betonte Ingo Limburg, Vorstandsvorsitzender der Initiative GeldKarte e.V. Die Chiptechnologie könne deshalb ein Türöffner für spannende Projekte in der Kommune sein. Voraussetzung sei eine entsprechende Infrastruktur.

In der Praxis zeigt sich: Die Nachfrage ist groß, zum Beispiel in der Parkraumbewirtschaftung, bei Bus und Bahn oder in Bürgerämtern, so Kay Heidemann, Leiter Projektmanagement und Produktentwicklung der S-Card Service GmbH. Wenn es darum geht, Kommunen auf den neue-

sten technologischen Stand zu bringen, hat Franz-Reinhard Habel vom Deutschen Städte- und Gemeindebund ganz konkrete Vorstellungen: Abläufe vereinfachen, beschleunigen und gleichzeitig Qualität und Sicherheit gewährleisten. Dafür müssten Konzepte entwickelt werden, die Bürger und Verwaltung gleichermaßen entlasten. Annette Sawade, MdB, warb ihrerseits für mehr Offenheit: Gerade bei Behördengängen wäre es sinnvoll, über die GeldKarte Gebühren bis zu einer gewissen Höhe einzuziehen zu können.

Michael Lämmermeier, Abteilungsleiter im Fachbereich Bildung, Familie und Sport der Stadt Ludwigsburg, berichtete von positiven Erfahrungen: Die GeldKarte habe beim Einsatz in der Schulverwaltung und bei der sozialen Subventionierung, aber auch beim Parken bewiesen, dass sie für die Kommune und die Bürger praktisch ist. In Ludwigsburg sei das Konzept „Alles auf eine Karte“ aufgegangen. Das Einsparpotenzial durch geringe Transaktionskosten sei nicht zuletzt in Zeiten knapper kommunaler Kassen ein starkes Argument für den goldenen Chip.

Auch Frank Jauch, Jenaer Finanzdezernent, hat mit JenaBonus auf Basis des GeldKarte-Systems gute Erfahrungen gemacht. Gleichzeitig betonte Jauch, dass kommunale Vorhaben wie diese immer stark vom Engagement der verschiedenen Partner abhängen. **DK**

Neuer FolgekostenSchätzer:

Hilfe für Städte und Gemeinden bei der Bauleitplanung

Die gezielte Innenentwicklung und der sparsame Umgang mit der endlichen Ressource ‚Boden‘ sind zentrale Handlungsfelder unserer zukunftsorientierten Siedlungspolitik. Das betonen Bayerns Innen- und Bauminister Joachim Herrmann und Umweltminister Dr. Marcel Huber.

Huber: „Der Schutz unserer Lebensgrundlagen hat oberste Priorität. Deshalb muss der Flächenverbrauch deutlich reduziert werden. Durch eine gezielte Innenentwicklung in den Kommunen und die erneute Nutzung von bereits bebauten Flächen kann dieses Ziel erreicht werden. Neubauten auf der grünen Wiese versiegeln nicht nur wertvolle Flächen, sie sind auch oft teurer als gedacht.“

Neue Software

Die genauen Kosten eines Bauvorhabens zeigt eine neue kostenfreie Software für Städte und Gemeinden, deren Programmierung und Erprobung das Bayerische Innenministerium und das Umweltministerium mit rund 100.000 Euro finanziert haben.

Folgekosten bereits im Vorfeld abschätzbar

Herrmann: „Mit dem FolgekostenSchätzer können unsere Städte und Gemeinden die Infrastruktur-Folgekosten von neuen Wohngebieten bereits im Vorfeld abschätzen. So können sie in einem frühen Planungsstadium Varianten vergleichen

und künftige finanzielle Belastungen minimieren. Der FolgekostenSchätzer erlaubt auch einen Vergleich mit alternativen Projekten der Innenentwicklung. Seine Anwendung sollte künftig in allen Städten und Gemeinden zum Standard werden, da er Kostentransparenz für die öffentliche Diskussion um Flächenausweisungen schafft.“

In einem Modellprojekt, das vom Bayerischen Landesamt für Umwelt (LfU) gemeinsam mit der Obersten Baubehörde (OBB) im Bayerischen Innenministerium durchgeführt wurde, haben bereits acht bayerische Kommunen den FolgekostenSchätzer erfolgreich auf seine Praxistauglichkeit geprüft.

Finanzielle Vorteile

Die Nutzung vorhandener Baulücken im Ortskern hat unmittelbare finanzielle Vorteile für Kommunen und Bürger. Schließlich geben bayerische Kommunen jedes Jahr viel Geld für den Neubau von Straßen, Gehwegen und Kanälen aus. Gleichzeitig stagniert die Bevölkerungszahl in Bayern, in manchen Regionen geht sie sogar zurück. Die Folgekosten für den Erhalt der Infrastruktureinrichtungen müssen daher von

immer weniger Schultern getragen werden.

Der ‚FolgekostenSchätzer‘ und die Begleitbroschüre ‚Folgekosten von Wohnbaugebieten‘ stehen kostenlos zur Verfügung unter <http://bit.ly/SKLaOI> oder <http://bit.ly/1tiq12w>.

Insgesamt sind in Bayern rund fünf Prozent der Gesamtfläche versiegelt. Aktuell beträgt die tägliche Inanspruchnahme von Freiflächen für Siedlungs- und Verkehrsflächen in Bayern 17 Hektar pro Tag. Weniger als die Hälfte davon werden überbaut und versiegelt.

Datenbank

Seit dem Höchststand im Jahr 2000 mit 28,4 Hektar ging der Flächenverbrauch damit deutlich zurück. Um den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren, setzt der Freistaat auch auf das ‚Bündnis zum Flächensparen‘. Im Jahr 2003 mit 23 Partnern aus Staat, Kommunen, Kirchen, Universitäten, Umwelt- und Interessenverbänden gestartet, wird es inzwischen von 52 Institutionen getragen.

Die ‚Flächenmanagement-Datenbank‘ erleichtert Kommunen die Innenentwicklung, indem gezielt Leerstände im Ortskern identifiziert werden können. Außerdem wurde die Wandausstellung ‚Wie wohnen? Wo leben? Flächen sparen – Qualität gewinnen‘ an bayernweit inzwischen 125 Ausstellungenorten gezeigt. **□**

VER SICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ein Stück Sicherheit.

Ich genieße meine Unabhängigkeit heute.
Und morgen?

Jetzt ist die beste Zeit Ihres Lebens. Erhalten Sie sich dieses Gefühl so lange wie möglich. Durch eine **kluge Vorsorge fürs Alter**, die Ihr Vermögen schützt und Ihre Unabhängigkeit sogar im Pflegefall garantiert.

Jetzt Termin mit Ihrem persönlichen Berater vereinbaren.

www.versicherungskammer-bayern.de/vorsorge

Schon ab **0,50€** pro Tag **VERMÖGEN im Pflegefall SICHERN**

* 0,49 €/Tag = 14,60 €/Monat, Alter 53 Jahre, Tarif FörderPfleger, 600 € Leistung/Monat in Pflegestufe III (5 € staatliche Förderung/Monat bereits abgezogen)

Finanzgruppe

Geschichten die ein Lächeln zaubern

Mit einem Internet-Blog beschreitet der Chiemgau Tourismus e.V. einen neuen Weg in der Online-Werbung. Landrat Siegfried Walch informierte sich bereits vor dem Start bei Chiemgau Tourismus e.V.-Geschäftsführer Stephan Semmelmayr und -Marketingleiter Jens Hornung und zeigte sich beeindruckt.

Das Erlebnis am See, eine eindrucksvolle Berg- oder Biketour, die Begegnung mit alteingesessenen Chiemgauern – echte Urlaubsgeschichten, die das Besondere im Chiemgau zeigen und für einen Urlaub in der Region begeistern. Zu lesen sind sie seit Anfang Mai im neuen Chiemgau-Blog unter www.chiemgau-geschichten.de. Jens Hornung, Marketingleiter des Chiemgau Tourismus e.V.: „Unser Chiemgau überzeugt mit seiner Natürlichkeit, seiner Vielfalt und dem Lebensgefühl dass die Menschen hier verkörpern. Um dies persönlich, ehrlich und echt zu vermitteln, nutzen wir alle Kommunikationskanäle. Einheimische und Urlaub-

ber sollen anderen Gästen direkt erzählen, wie schön es bei uns ist.“ Chiemgau-Fans können den Blog mit wenigen Klicks abonnieren und versäumen so keinen Einblick in die Seele des Chiemgaus. Jeder kann mitbloggen

Buntes Mosaik

Der neue Blog wird vom Team des Chiemgau Tourismus e.V. redaktionell betreut. Mitmachen kann jeder, der eine „Geschichte, die ein Lächeln zaubert“ aus dem Chiemgau erzählen möchte. Gäste genauso wie Einheimische. Inhaltlich gibt es nahezu keine Einschränkungen – und es sind nicht immer die großen Ereignisse, um



Landrat Siegfried Walch (links) informierte sich bei Chiemgau Tourismus e.V.-Geschäftsführer Stephan Semmelmayr (Mitte) und Marketingleiter Jens Hornung über den Internet-Blog. □

die es hier geht. Jens Hornung: „Der besondere Ausblick auf einer Wanderung, ein entspannter Nachmittag im Biergarten, das Rezept für eine Chiemgauer Spezialität – aus kleinen Geschichten entsteht so ein buntes Mosaik, das den Chiemgau in seiner sympathischen Vielfalt zeigt.“

Konsequente Fortführung der neuen Werbelinie

Der Blog startete bereits mit einer ganzen Reihe von Geschichten, die der Chiemgau Tourismus e.V. vorbereitet hatte. Dazu kommen aktuelle Hinweise auf Veranstaltungen, Tourentipps und Ausflugsziele. Leben soll der Blog dadurch, dass laufend neue Geschichten hinzu kommen, die die Region und die Menschen die hier leben zeigen und beschreiben. Der Chiemgau-Blog ist damit die konsequente Fortsetzung jener Werbelinie, die etwa mit der Image-Broschüre „Echte Heimat“ begonnen wurde, in der ebenfalls auf die Darstellung echter Menschen und ihrer Geschichten gesetzt wurde.

Heimat hat viele Gesichter

Landrat Siegfried Walch informierte sich bereits vor dem Start bei Chiemgau Tourismus e.V.-Geschäftsführer Stephan Semmelmayr und -Marketingleiter Jens Hornung über den Blog. Walch zeigte sich beeindruckt: „Unsere Heimat hat viele Gesichter. Der Chiemgau ist wunderschön, und man trifft immer wieder besondere Menschen. Der Blog ist eine hervorragende Möglichkeit viele interessante Geschichten aus der Region zu er-

zählen.“ Bei der Suche nach dem nächsten Urlaubsziel könne der Blog als eine Art „persönliche

KULTURmobil 2014:

Zeitgemäße Regional-Kulturarbeit

KULTURmobil, das fahrende Theater des Bezirks Niederbayern, tourt ab 28. Juni wieder durch ganz Niederbayern. 60 Vorstellungen an 30 Orten stehen dann auf dem Programm: jeweils am Nachmittag um 17 Uhr das charmante Kinderstück „An der Arche um acht“ von Ulrich Hub und am Abend um 20 Uhr die Komödie „Der Revisor“ von Nikolai Gogol.

Übers Land fahren, unter freiem Himmel auf Märkten und Plätzen das Publikum mit einer professionellen Künstlertruppe unterhalten – dieser Idee widmet sich das 1997 ins Leben gerufene KULTURmobil. Von Anfang an fand das Projekt die einmütige Unterstützung der Mitglieder des Bezirkstags von Niederbayern. Orientiert an den Aufgaben der regionalen Kulturpflege werden

Empfehlung“ gewertet werden.

Tipps von Freunden

Siegfried Walch: „Viele verlassen sich bei der Planung ihres Urlaubs auf Tipps von Freunden und Bekannten. Die Menschen die im Blog erzählen, können mit ihren Geschichten diese Rolle einnehmen.“ Damit der Tourismus im Chiemgau auch weiterhin stark bleibt, müsse auch auf diese Kommunikationswege gesetzt werden. Der Blog sei einer dieser Wege, mit dem evtl. Zielgruppen erreicht werden, die bislang nicht direkt angesprochen wurden. Beim Werben um neue Gäste für die Region müssten alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, damit der Tourismus als wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Region erhalten bleibe. □

jährlich neue, moderne Theaterproduktionen angeboten.

LKW-Bühne im Agrarbildungszentrum

Der Bezirk Niederbayern stellt damit ein einzigartiges Beispiel für zeitgemäße Regional-Kulturarbeit vor, wobei der Traditionsbezug erhalten bleibt: Der Wagen der „Fahrenden“, den früher Pfer-

de übers Land zogen, hat sich in einen LKW mit Kastenaufbau und ausklappbarer Bühne verwandelt.

Mit den besten Wünschen für die 17. Sommertournee von KULTURmobil entsandte Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich jüngst die Akteure in die heiße Phase der Vorbereitungen. Seit Mai wird auf der LKW-Bühne im Agrarbildungszentrum in Landshut-Schönbrunn wieder eifrig geprobt. Die Premiere wird in Arnstorf (Landkreis Rottal-Inn) über die Bühne gehen.

Sven Hussock, der Regisseur des Stücks „Der Revisor“ verspricht eine turbulente, schnelle Verwechslungskomödie in einer modernen Übersetzung des beinahe 200 Jahre alten Theaterstücks. „Spaß und Klamauk sind garantiert. Sechs Schauspieler agieren in 13 Rollen auf der LKW-Bühne und die Bühnenmusik wird von der bekannten Landshuter Balkanbrass-Band Kein Vorspiel eingespielt.“

Beim Kindertheater geht es dagegen für drei Pinguine um zwei Plätze in der rettenden Arche Noah. Denn die Sintflut naht und die Zeit rennt. Das sei natürlich eine ernste Geschichte, meint Regisseur Louis Villinger. „Aber die Pinguine lösen ihr Problem mit so viel Witz, dass dabei große Unterhaltung für Kinder ab 6 Jahren und auch für Erwachsene herauskommt.“

Die Projektleitung liegt heuer in neuen Händen: Der Erfinder und bisherige Leiter, Bezirksheimatpfleger Dr. Maximilian Seefelder, legt 2014 ein KULTURmobil-Sabbatjahr ein. Sein Nachfolger, Dr. Philipp Ortmeier, war bereits von 2011 bis 2013 als musikalischer Leiter und Komponist der Bühnenmusik an mehreren Produktionen beteiligt. DK

Landkreis Donau-Ries:

Lebensqualität im Kreis ist Spitze

Donauwörth (pm). Im Zuge des Markenbildungsprozesses für den Landkreis Donau-Ries wurde vom Team der Stabsstelle Kreisentwicklung analysiert, in welchen Bereichen die Region zu den TOP-Standorten Deutschlands gehört. Dafür konnte auf die Detaillauswertung der Focus-Lebenswertstudie, bei der der Landkreis insgesamt auf Rang 3 landete, zurückgegriffen werden. Landrat Stefan Rößle freut sich über die Ergebnisse: In zehn Kategorien ist die Region ausgezeichnet, in acht sehr gut.

In der Focus-Studie wurden 33 Indikatoren bewertet, die zu sechs Oberkategorien zusammengefasst wurden: Sicherheit & Risiken, Jobs, Wohlstand, Kosten, Wohnraum & Infrastruktur sowie Demographie & Gesundheit. Es wurden alle 402 Landkreise und kreisfreien Städte in Deutschland verglichen.

Konversionsmanager Stefan Wieschebrock zu den einzelnen Indikatoren: „Dass der Landkreis Donau-Ries mit seiner geringen Arbeitslosigkeit sehr gut dasteht, war zu erwarten.“

Die Region schneidet aber auch im Bereich Sicherheit mit sehr wenigen Raubüberfällen und Diebstählen ausgezeichnet ab und gehört hier zu den besten 10 % in Deutschland.“

Positiv ist auch das Verhältnis der Gewerbean- und -abmeldungen zu bewerten. Mit Rang 22 steht man hier ebenfalls hervorragend da. Im Jahr 2012 wurden 20% mehr Gewerbebetriebe anals abgemeldet. Dies zeugt von guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und einem positiven Investitionsklima.

Bemerkenswert ist zudem, dass die Region in der Alterskategorie der 18- bis unter 30-jährigen ein positives Wanderungssaldo im Jahr 2012 aufwies. Mit Ausnahme der Kreise Eichstätt und Neuburg-Schrobenhausen weisen die benachbarten Landkreise einen negativen Saldo auf. Noch erfreulicher ist das positive Wanderungssaldo in der Gesamtbetrachtung. Bezogen auf 1.000 Einwohner sind im Jahr 2012 per Saldo 8,4 Neubürger in den Kreis gezogen. Hier steht man im deutschlandweiten Vergleich auf Rang 60 und bewegt sich damit in etwa auf dem Niveau von klassischen wachsenden Städten wie Hamburg oder Köln.

Auch bei den weiteren demographischen Kennziffern schneidet man gut ab. Der Anteil der Kinder bis 10 Jahre lag im Jahr 2011 bei 9,2%. Das bedeutet deutschlandweit Rang 47. Ebenfalls positiv ist der Anteil der 10- bis 25-jährigen an der Gesamtbevölkerung: 17,5 % entsprechen Rang 68.

Landrat Rößle hofft, dass die

Aktivitäten des Landkreises, eine verantwortungsvolle Kreispolitik sowie die gute Arbeit der Stabsstelle Kreisentwicklung mit zahlreichen Initiativen auch in Zukunft zu solchen positiven Ergebnissen führen: „Momentan stehen wir ausgezeichnet da. Die demographischen Zahlen des Jahres 2012 sind durchweg positiv gewesen. Dies sind allerdings nur Momentaufnahmen. Wenn wir der prognostizierten demographischen Entwicklung entgegenwirken wollen, sind weiterhin massive Anstrengungen nötig. Mit dem aktuell laufenden Prozess zur Bildung einer Marke Donau-Ries gehen wir hierfür den richtigen Schritt.“ □

Neue Wege in der Drogenprävention

Ein neues, richtungsweisendes Präventionsprojekt startete das Gesundheitsamt im Landratsamt Schweinfurt, um junge Menschen vor einer Rauschmittel-Abhängigkeit zu schützen. Das Projekt „FreD“ kommt hierbei in Unterfranken erstmalig zum Einsatz.

Viele Jugendliche haben ein Problem mit illegalen Suchtmitteln. Nicht nur in den Großstädten sprechen die Zahlen für sich, sondern leider auch in der Region Schweinfurt. Diesem Problem stellt sich das Gesundheitsamt im Landratsamt Schweinfurt mit dem neuen Präventionsprojekt „FreD“.

„Mit der neu geschaffenen halben Stelle für das Projekt FreD fügen wir unserer Präventionsarbeit einen weiteren wichtigen und bislang noch fehlenden Baustein zur Eindämmung illegaler Drogen hinzu“, sagt Landrat Florian Töpfer. Die Stadt Schweinfurt unterstützt das Projekt ebenfalls durch ihre Fachkraft für Suchtprävention.

„FreD“ steht für „Frühintervention bei erstaufrälligen Drogenkonsumenten“ und umfasst einen achtstündigen Kurs. Dieser richtet den Fokus speziell auf Jugendliche und Heranwachsende, die erstmals im Zusammenhang mit dem Konsum von illegalen Rauschmitteln auffallen.

„Ziel von „FreD“ ist es, junge Menschen zu motivieren, sich mit ihrem schädlichen Konsum auseinanderzusetzen und einer mög-

lichen Abhängigkeitsentwicklung vorzubeugen“, erklärt Alexandra Göbel, Projektleiterin und Mitarbeiterin im Gesundheitsamt Schweinfurt.

Alexandra Göbel hat in den vergangenen Wochen zahlreiche Gespräche mit potentiellen wichtigen Kooperationspartnern geführt. Erfreulicherweise standen dem Projekt alle angesprochenen Behörden und Einrichtungen positiv gegenüber: angefangen von der Stadt Schweinfurt, dem Amtsgericht, der Staatsanwaltschaft, Polizei, der Suchtberatungsstelle, den Schulen, Jobcentern und vielen mehr.

Sie alle haben immer wieder mit jugendlichen Drogenkonsumenten Kontakt und sind aufgeschlossen und dankbar für die neu geschaffene Möglichkeit zur Drogenprävention. Die Teilnahme kann aus eigener Motivation oder aber aufgrund einer gerichtlichen, betrieblichen oder schulischen Weisung erfolgen, gegebenenfalls auch, um weitere mögliche Sanktionen zu mildern.

Der Kurs beinhaltet acht Stunden und befasst sich mit rechtlichen Aspekten, mit Informationen zu illegalen Substanzen, aber

auch mit der eigenen Selbstwahrnehmung, dem Konsummuster und vor allem einem möglichen realistischen Weg für die Betroffenen ohne Drogen leben zu können. Der erste „FreD“-Kurs startet ab dem 27. Mai 2014.

Wird der Kurs regulär durchlaufen, erhalten die Teilnehmer ein Zertifikat, das der zuweisenden Stelle (Gericht, Staatsanwaltschaft, Betrieb, Schule usw.) als Nachweis über die Teilnahme dient. Somit kann die betreffende Institution selbst entscheiden, ob sie durch die Kursteilnahme eine andernfalls auszusprechende Sanktion abschwächen oder gar aufheben möchte. □



Die Panoramatafel an der Bismarckhöhe am neu eröffneten Rundwanderweg „Höllental und Mainblick“. □

Höllental und Mainblick

Panorama-Rundwanderweg feierlich eröffnet

Der Panorama-Rundwanderweg „Höllental und Mainblick“ ist eröffnet. Mitte Mai 2014 wurde der Wanderweg auf der Bismarckhöhe Schweinfurt offiziell seiner Bestimmung übergeben. Im Beisein der Öffentlichkeit und zahlreicher Vertreter der örtlichen Wandervereine enthüllte Oberbürgermeister Sebastian Remelé zusammen mit der stellvertretenden Landrätin Christine Bender und dem Bürgermeister von Schonungen Stefan Rottmann symbolisch die Panoramatafel an der Bismarckhöhe.

Auf Initiative von Oberbürgermeister a.D. Kurt Petzold (Ehrenbürger der Stadt Schweinfurt) und Dr. Thomas End (Mitglied des

Stadttrates) wurde der Vorschlag zur Anlage eines Lehr- und Wanderpfades „Höllental“ aufgegriffen. Die Stadt, der Landkreis und die Gemeinde Schonungen haben dieses Projekt zusammen mit der Werbeagentur Ludwig und Höhe aus Schweinfurt gemeinsam realisiert. Die Mitarbeiter der jeweiligen Servicebetriebe haben den Rundwanderweg mit einem eigenen Markierungszeichen „Höllental und Mainblick“ hervorragend ausgemaltes. Der Weg ist im Rahmen des ganzheitlichen Wanderkonzeptes des Landkreises Schweinfurt integriert und wird bei entsprechenden Marketingaktivitäten zukünftig berücksichtigt.

Beliebter Sonntagsausflug

Schon in früheren Generationen war dieser Weg ein beliebter Sonntagsausflug, nicht nur der Schweinfurter Bürgerinnen und

Bürger. Der abwechslungsreiche Rundweg startet am Biotop Höllental und führt auf rund 8 km auf der Anhöhe zwischen Schweinfurt und Mainberg vorbei am Aussichtsturm an der Peterstirn, dem sogenannten „Beerhütterturm“ über die Bismarckhöhe und weiteren Stationen zurück zum Ausgangspunkt.

Kurzweilige Erlebniswanderung

Natur und Landschaft, Wein und Main, Geschichte und Kultur, Arbeit und Lebensraum werden dabei eng miteinander verknüpft. Besonders für Familien mit Kindern gestaltet sich der Weg zu einer kurzweiligen Erlebniswanderung. Auf einem Teil des Weges folgen Wanderer verwunschenen Pfaden zwischen alten Gärten und Weinbergen und werden überrascht mit Ausblicken auf Schloss Mainberg und das Maintal bis zum Steigerwald und auf die Stadt Schweinfurt. U.a. führt der Weg vorbei an der über 200 Jahre alten Ernst-Sachs-Eiche oberhalb von Mainberg durch den Wald zur „Dianeslust“, von dort über das „Almroschl“ vorbei am „Hexenbrünnle“ zurück zum Ausgangspunkt.

Insgesamt 12 Themen- und Panoramatafeln säumen den Weg und informieren über den geschichtlichen Hintergrund und die heutige Bedeutung an den jeweiligen Stationen. Der Weg ist nicht barrierefrei; kleinere, steilere Abschnitte führen über Stufen und sind mit Handläufen gesichert. Gutes Schuhwerk ist zu empfehlen und eine Gehzeit von ca. 2 ½ Stunden einzuplanen.

Eine kostenlose Broschüre zum neuen Rundwanderweg mit Beschreibung und Kartenskizze, sowie der offizielle Wanderführer Schweinfurter Oberland ist zum Preis von vier Euro ist ab sofort erhältlich. □

Feierliche Verabschiedung von OB Christian Ude:

Glücksfall für München

Mit einem großen Festakt im Deutschen Theater in München ist Oberbürgermeister Christian Ude offiziell verabschiedet worden. Unter den rund 1.500 Feiernästen waren Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer, der SPD-Vorsitzende und Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel, Udes Nachfolger Dieter Reiter und Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Aus Altersgründen durfte der 66-jährige Sozialdemokrat bei der Kommunalwahl im März nicht mehr antreten und schied deshalb nach knapp 21 Jahren als Münchner OB nach der Wahl aus dem Amt. Sein Nachfolger wurde der SPD-Politiker Dieter Reiter, der München nun auch mit einer veränderten politischen Konstellation regiert. Während Ude durchweg mit den Grünen regierte, arbeitet Reiter in Zukunft mit der CSU zusammen - SPD und Grüne verfügen im Stadtrat über keine ausreichende Mehrheit.

München ist ein Magnet für die ganze Welt

Ministerpräsident Horst Seehofer würdigte Christian Ude als „sehr guten Oberbürgermeister für unsere Landeshauptstadt

München“. München blühe und sei von hoher Lebensqualität, kurzum: „ein Magnet für die ganze Welt“.

„Er war und ist der Bürgerkönig“, der immer ein Höchstmaß an Vertrauen bekommen habe, fuhr Seehofer fort. Um diesen Status habe er Ude gelegentlich beneidet. Ude sei zudem „im Denken und Handeln immer authentisch“ gewesen.

„Unsere Zusammenarbeit war reizvoll. Wir haben uns nichts geschenkt, aber gemeinsam viel erreicht“, konstatierte der Ministerpräsident. Er erinnerte an geheime Treffen in der Staatskanzlei. Einmal habe man Ude sogar an den wartenden Journalisten vorbei aus dem Haus schmuggeln müssen. „Wie? Das wird nicht

verraten. Vielleicht brauchen wir den Trick bei Dieter Reiter nochmal“, meinte Seehofer schmunzelnd.

„Christian Ude wird mir fehlen – auch als Alphatier der bayerischen Politik. Er war für mich – und ich denke auch für seine politischen Freunde – eine echte Herausforderung“, stellte der Laudator fest. Wo Udes Wirken immer als „christianisieren“ geadelt worden sei, „wird mein politisches Agieren als ‚Horstokratie‘ bezeichnet. Da sind Lichtjahre dazwischen“, so der bayerische Ministerpräsident, der Ude abschließend für dessen „großartiges Lebenswerk“ Hochachtung und Respekt zollte.

Ein Platz in der Stadtgeschichte

Nach Seehofers Rede kündigte Vizekanzler Sigmar Gabriel augenzwinkernd an, dass die SPD umgehend einen Parteitag einberufen werde – um Ude noch einmal zum SPD-Spitzenkandidaten der nächsten Landtagswahl zu nominieren.

Gabriel zufolge hat Christian Ude einen Platz in der Münchner Stadtgeschichte sicher. Er stehe für ein weltoffenes und tolerantes München und habe die Stadt zu einer der schönsten und dynamischsten Metropolen Europas entwickelt. „Du hast nicht nur mit großem Charisma regiert, sondern Du weißt auch, dass Training und Ausdauer in der Politik von großem Vorteil sind.“

Als politischer Kolumnist, Autor, Karikaturist, Kabarettist, Intellektueller, Pragmatiker, und vor allem immer wieder Sozialdemokrat sei Ude so vielfältig wie wenige in diesem Beruf gewesen, bemerkte Gabriel. Vor allem aber sei er ein ganz normaler Mensch geblieben – nicht unnahbar und immer ansprechbar. Gabriel: „Christian Ude steht für das Besondere an München. Er hat aus seiner Heimatstadt einen Ort gemacht, in dem kulturelle Vielfalt und soziales Engagement mit einer zukunftsreichen Stadtpolitik und verantwortungsbewusster Wirtschafts- und Finanzpolitik einhergehen.“ Udes Sinn für Gerechtigkeit ziehe sich wie ein roter Faden durch seine zwei Jahrzehnte währende Amtszeit.

Udes Nachfolger Dieter Reiter, der eingangs die Münchner Alt-Oberbürgermeister Georg Kronawitter und Hans-Jochen Vogel ebenso begrüßte wie die zahlrei-



Ministerpräsident Horst Seehofer (Mitte) bei der Verabschiedung des Münchner Oberbürgermeisters Christian Ude (r.). □

chen Ehrenbürger der Stadt, bezeichnete Christian Ude als „scheidenden Superman“ und „echten Glücksfall für München“. Das Motto seiner Abschiedsfeier „Sag zum Abschied leise Servus...“ sei freilich anzuzweifeln. Treffender wäre aus Reiters Sicht wohl der Slogan „Ich bin dann mal weg“ gewesen. „Dann kommt man nämlich schneller wieder“, fügte Reiter hinzu.

Nürnbergs Oberbürgermeister Ulrich Maly scherzte über die Einladungskarte, auf der ein von Dieter Hanitzsch gezeichnete Ude in einem prächtigen Mantel zu sehen sei, den „nicht mal mehr der Papst“ trage. Maly lobte, dass der OB nie rechthaberisch war, sondern höchstens „sanft unfelbar“. Ude sei - neben der ehemaligen Städtetagspräsidentin Petra Roth - „Schutzheiliger der Kommunalpolitik“.

Zu den grundlegenden Erfolgen Udes in der Führungsspitze des Deutschen Städtetages zählte Maly die wiederholte erfolgreiche Verteidigung der Gewerbesteuer – mit einhelliger Rückendeckung der Städte in West und Ost – sowie wichtige Schritte zur Entlastung der Kommunen von Sozialausgaben. Christian Ude habe sich zudem immer dafür eingesetzt, dass über das Ob und Wie der Leistungen der Daseinsvorsorge vor Ort entschieden werden muss, um die Lebensqualität der Städte für ihre Einwohnerinnen und Einwohner entsprechend der lokalen Situation gestalten zu können.

In gewohnt charismatischer Manier richtete auch Christian Ude selbst Worte an die geladenen Gäste. Allen Verantwortlichen im Münchner Rathaus legte

er den biblischen Ratschlag ans Herz: „Suchet der Stadt Bestes!“.

Zum vergangenen Vierteljahrhundert, das im Rathaus im Wesentlichen von der rot-grünen Stadtratsmehrheit gestaltet wurde, führte er aus: „Dabei war Rot-Grün für mich niemals nur eine Farbkombination neben vielen anderen, sondern vielmehr die richtige und notwendige Antwort auf den Turbo-Kapitalismus, der zwar ökonomisch sehr effizient ist (übrigens auch bei der Produktion von Finanzkrisen), aber niemals von sich aus den sozialen Ausgleich schafft und auch nicht den Schutz der Umwelt. Im Gegenteil: Der Gegensatz zwischen Arm und Reich wird immer schärfer und die Zerstörung der Natur greift um sich. Deshalb halte ich zur Korrektur eine Politik des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Orientierung für erforderlich, eine soziale und ökologische Stadtpolitik, also Rot-Grün.“

Udes Redenbuch

Damit die geschliffenen Reden Christian Udes auch im Bewusstsein bleiben, gab es als Geschenk für jeden Gast das Buch „Die Reden“ - eine Sammlung von Ansprachen und Debattenbeiträgen des Alt-Oberbürgermeisters als Abiturient, Mieteranwalt und Stadtpolitiker aus fünf Jahrzehnten. Für die musikalische Begleitung sorgten mit Blechschaden, Martina Eisenreich und der Spider Murphy Gang Münchner Kulturschaffende. Bereits vor dem Festakt wurde Ude von Moriskentänzern empfangen und begrüßte die Ehrengäste am roten Teppich. Amelie Fried führte durch das Programm. **DK**



Bei der Vorstellung der Direktvermarkterbroschüre des Landkreises Fürth: Landrat Matthias Dießl (5. von links), Wilhermsdorfs 1. Bürgermeister Uwe Emmert (2.v.r. hinten), Siegfried Tiefel, Kreisobmann des Bayerischen Bauernverbands Fürth (3.v.r.), Waldemar Kloss vom Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten (hinten Mitte); zwischen ihm und dem Landrat steht MdL a.D. Günter Gabsteiger, Vorsitzender des Fischerzeugerrings Mittelfranken; in Orange: Petra und Manfred Ostertag vom gleichnamigen Hofladen. Foto: Heinz Wraneschütz

Direktvermarkter-Broschüre neu aufgelegt:

Wissen, wo das Essen her kommt

Über 30 Direktvermarkter aus dem Landkreis Fürth präsentieren sich und ihre Produkte auf 52 druckfrischen, bunten Seiten

Der Landkreis hat gemeinsam mit dem Bayerischen Bauernverband und dem staatlichen Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten den Einkaufsführer „Regional einkaufen und genießen“ völlig neu gestaltet lassen.

Das Heft liegt in 10.000-facher Auflage kostenlos in Rathäusern, Landratsamt, Sparkassen und natürlich bei den beteiligten Firmen bereit. Das erste Exemplar bekam Margit Wittkowski von Landrat Matthias Dießl persönlich in die Hand gedrückt.

Land“ ein Bewusstsein schaffen für alle guten Produkte von hier“, Dießl unterstreicht damit auch den Zweck des Hefts.

Das ist im Übrigen auch ein

Regionalprodukt: die Konzeption stammt von der Agentur Dusch aus Zirndorf, wo auch die Druckerei Distler beheimatet ist. Ein Großteil der Fotos steuerte der Oberasbacher Fotograf Thomas Scherer bei. „Und die Sparkasse Fürth hat die Produktion großzügig unterstützt“, betont der Landrat. **wra**

Halt für schwer kranke Menschen

Münnerstadt. (mm) Mit einem feierlichen Festakt ist am vergangenen Dienstag (20. Mai) der Erweiterungsbau von Haus Windsburg (Münnerstadt) eingeweiht worden. Haus Windsburg ist eine Einrichtung des Bezirk Unterfranken für Suchterkrankte, die aufgrund ihrer langjährigen Erkrankung geistig-seelisch, körperlich oder sozial erheblich beeinträchtigt sind.

Haus Windsburg sei „Hoffnung und Halt für schwer kranke Menschen“, sagte Bezirkspräsident Erwin Dotzel in seiner Begrüßung. Mit der Erweiterung um „diesen repräsentativen Gebäudestrahl“ stünden in Haus Windsburg „14 neue, freundliche und attraktive Einzelzimmer zur Verfügung“. Insgesamt verfüge das Heim nun über 53 Plätze. Der

Anbau bedeute aber nicht nur mehr Betten, sondern auch mehr Lebensqualität für die Bewohner des Hauses, betonte der Bezirkspräsident.

Betriebsleiter Jürgen Oswald wies in seiner kurzen Ansprache auf den steigenden Bedarf an Einrichtungen wie Haus Windsburg hin. Dies zeigten nicht zuletzt die langen Wartelisten. Mit

dem Neubau entspanne sich die räumliche Enge deutlich, sagte er. Darüber hinaus diene die Erweiterung auch der Sicherung von Arbeitsplätzen. Wie Heimleiterin Annette Schubert erläuterte, biete Haus Windsburg Plätze für geschlossene, halboffene und offene Betreuungsmöglichkeiten. Das Haus sei eine Einrichtung der Eingliederungshilfe und biete außerdem sieben Plätze für „Betreutes Wohnen“ an.

Neuer Eingangsbereich

Architekt Stefan Richter blickte kurz in die Vergangenheit zurück. Im Sommer 2012 habe man mit dem dreigeschossigen Bau begonnen, der in einem Neunziggradwinkel an den bestehenden Haupttrakt anschließt. Verbunden mit dem Umbau war auch die Schaffung eines neuen Eingangsbereichs. Besonders unterstrich Richter, dass die 24 am Bau beteiligten Firmen ihren Sitz ausnahmslos in der Region hätten. „Das ist nicht selbstverständlich!“

Den kirchlichen Segen erteilten Pater Rudolf Götz und Pfarrer Joachim Pennig. Sie erinnerten im Rahmen der Zeremonie an die „Unberechenbarkeit des Lebens“, vor denen niemand gefeit sei. □



Einen symbolischen Schlüssel übergab Bezirkspräsident Erwin Dotzel an die Leiterin von Haus Windsburg, Annette Schubert. Foto: Mauritz

DB BAHN



Große Abstimmung bis 20. Juni 2014!

Unser Zug - Ihr Heimatort.
Jetzt abstimmen für 10 Zugtaufen!

Namensgeber für einen von zehn Zügen werden!

38 Orte (Orts- und Stadtteile) mit einem DB Haltepunkt entlang der Strecken des „Franken-Thüringen-Express“ haben die Chance, Namensgeber von Zügen zu werden. Da nur 10 Züge getauft werden, zählt jede Stimme, auch Ihre: ganz einfach abstimmen per Abstimmungspostkarte oder unter www.zugtaufen-ftx.de

Wir wünschen Ihnen eine gute Fahrt!

Die Bahn macht mobil.





Niederbayerischer Archäologentag in Deggendorf:

Wissen nach außen tragen

Vor 32 Jahren gründete der Deggendorfer Kreisarchäologe Dr. Karl Schmotz den Niederbayerischen Archäologentag. Die 33. Auflage des Archäologen-Wochenendes stellte den Deggendorfer Kreisarchäologen und seine Themengebiete bzw. Grabungen im Landkreis in das Zentrum der Aufmerksamkeit, geht Schmotz doch 2014 in den Ruhestand. Die Hauptorganisation lag wieder in den bewährten Händen der Stadt Deggendorf und der Kreisarchäologen Straubing-Bogen.

Knapp 400 Teilnehmer aus dem In- und Ausland erwiesen Schmotz ihre Referenz. Wie Landrat Christian Bernreiter in seinem Grußwort hervorhob, sei Dr. Schmotz seit 33 Jahren „das Gesicht der Kreisarchäologie“; überhaupt war der Deggendorfer der erste hauptamtliche Kreisarchäologe in Bayern. Mit Blick auf den anwesenden Altlandrat Dr. Georg Karl erinnerte Bernreiter daran, dass dieser damals Weitsicht bewiesen habe, ein solches Amt einzurichten. Dies sei eine mutige und gute Entscheidung gewesen. „Es war nachhaltig, was Sie geleistet haben“, wandte sich Bernreiter an Schmotz; für den Kreisarchäologen sei die Arbeit Berufung gewesen.

Festschrift

Mit großer Leidenschaft und immensm Sachverstand habe Schmotz in über drei Jahrzehnten die Erforschung der jahrtausendealten Geschichte Niederbayerns vorangetrieben und die faszinierenden Ergebnisse über die Fachwelt hinaus bekannt gemacht, betonte Kultusstaatssekretär Bernd Sibling. „Nur was man kennt, das wertschätzt man auch“, unterstrich der Politiker.

Überrascht wurde Schmotz von den Archäologen-Kollegen mit der Präsentation einer 500 Seiten umfassenden Festschrift. Sie enthält Aufsätze von Wissenschaftlern aus Deutschland, Tschechien und Österreich und spiegelt das Spektrum der wissenschaftlichen Forschung unter Schmotz' Ägide wider.

Bedeutende Elitengräber

In einem sich anschließenden Festvortrag berichtete der Münchner Professor Dr. Rupert Gebhard von der Archäologischen Staatssammlung über das „Hallstattzeitliche Fürstengrab von Otzing (660 bis 620 v. Chr.)“. Beim Bau eines Trainingsgeländes wurde im Juli 2011 eine 13 Quadratmeter große Grabgrube mit Kreisgraben entdeckt. Als man nach der Freilegung eines Geschirrsatzes auch die Hinterlassenschaften des Toten bergen wollte, stellte die Kreisarchäologie Deggendorf fest, dass im Bereich des Skelettes tausende kleine Bronzeobjekte vorhanden waren – ein Befund, der durch das Grabungsteam vor Ort nicht geborgen werden konnte.

Freilegung unter Laborbedingungen

Auf Bitten übernahm daraufhin die Archäologische Staatssammlung die Bergung und verbrachte die Grabkammer, unterteilt in zwei große Blöcke, zur weiteren Freilegung unter Laborbedingungen in die Restaurierungswerkstatt nach München. Die Anfertigung eines Röntgenmosaiks offenbarte den außergewöhnlichen Befund, dass mit dem Toten das nahezu komplette Zugeschirr eines Pferdewagens in das Grab gelegt worden war. Weitere bronzebeschlagene Holzteile gehörten möglicherweise zu einem Wagen. Gebhards Vortrag gab einen Einblick in den gegenwärtigen Stand der Restaurierungsarbeiten, die voraussichtlich noch bis zum kommenden Winter dauern werden.

Tag 2 wurde mit Vorträgen aktueller Grabungsergebnisse des vergangenen Jahres aus Niederbayern bestritten. Thomas Richter

M.A., Landshut, berichtete über „Ergolding im frühen Mittelalter – Archäologisches zur Ortsgeschichte“. Ergolding war damals ein karolingisches Königsgut. Durch die Grabungen der letzten Jahre wurden Stück für Stück die immensen Ausmaße dieses frühmittelalterlichen Ortes sichtbar.

Im Rahmen der Forschungen stellte sich heraus, dass Ergolding der Zentralort des mittleren Isartals gewesen sein muss.

Detailliertes Bild des Ortes

Großflächige Grabungen ermöglichen heute einen Einblick in Aufbau und Struktur dieser wichtigen Siedlung. So kann ein detailliertes Bild der Ortes zur Zeit der Karolinger gezeichnet werden. Innerhalb des Ortes gab es Handwerkerquartier und Viehweiden, aber auch ein Herr-

Ein „schmucker“ Dorfladen

Seminar im Dorfladen Harthausen

„Nachbarschaftsläden erfolgreich führen“ lautete das Seminar der Schule der Dorf- und Landentwicklung (SDL), das speziell für aktive Geschäftsführer und leitende Angestellte von Dorfläden im Dorfladen Harthausen durchgeführt wurde. 22 kritische Dorfladen-Aktivistinnen, die aus ganz Bayern kommen, beurteilten den Dorfladen Harthausen. Im sogenannten Store-Check wird das „Haar in der Suppe“ gesucht. Die ganze Laden wird unter die Lupe genommen. Beurteilt werden Theken, Sauberkeit, Beleuchtung, Freundlichkeit und Fachkompetenz des Personals bis Barrierefreiheit.

Es handelt sich um einen liebevoll eingerichteten Dorfladen, der sehr professionell geführt wird. „Klein aber fein“, sagte begeistert eine Teilnehmerin. Gelobt wurden der hübsch gestaltete Eingangsbereich, die kompetente und freundliche Bedienung an der Verkaufstheke sowie die schöne Obst- und Gemüsetheke und die Kaffecke. Der Dorfladen wurde von der SDL Thierhaupten und von den Teilnehmern mit dem Prädikat „Hervorragend“ ausgezeichnet.

Weiterbildung zahlt sich aus

Alle Dorfläden, die im Netzwerk der Schule der Dorf- und Landentwicklung Thierhaupten (SDL), an Veranstaltungen teilnehmen, verzeichnen Umsatzsteigerungen bis zu 16 %. Künftig möchte das Dorfladen-Netzwerk, das die SDL Thierhaupten betreut, durch Verkaufs- und Thekenstrainings unterstützen. Wir möchten neue Ideen in die Läden bringen und durch neue Produkte mehr Umsätze generieren, so Gerlinde Augustin.

Sozialer Mittelpunkt

Die Koppelung von ehrenamtlicher und hauptamtlicher Tätigkeit sind Modelle der Zukunft. Diese Modelle werden in unseren Dorfläden gelebt und sind immer Ausdruck einer funktionierenden Dorfgemeinschaft. Auch in Harthausen, einem kleinen Dorf mit ca. 800 Einwohnern im Landkreis München, gibt es einen schönen Dorfladen. Wir kämpfen um diese wichtigen Strukturen, denn sie halten unsere Dörfer lebendig, so Gerlinde Augustin

Neue Ideen sammeln

Wie kann mein Dorfladen langfristig attraktiv bleiben? Wie muss er organisiert werden, um seine Existenz zu festigen und dadurch die Versorgung der Bürger zu gewährleisten? Über Fragen

schafsviertel und bäuerliche Ansiedlungen. Neben diesen Informationen über das alte Ergolding konnte auch der Speiseplan seiner Bewohner und ihr Aussehen rekonstruiert werden.

Kreisarchäologe Karl Schmotz wiederum informierte über „Drei Jahrzehnte kommunale Archäologie in Stephansposching, Landkreis Deggendorf“. Er verwies auf zahlreiche Meilensteine, anhand derer er die Siedlungsgeschichte im Ortskern von Stephansposching vom späten 6. Jahrhundert an sichtbar machte.

Uraltes Siedlungsland

Seit Anfang der 1980er Jahre habe man mit flächigen Untersuchungen begonnen, so Schmotz mit Blick auf das Baugebiet „Urdorf“. Das zweite Baugebiet „Marterläcker“ sei von 2008 an ein Thema gewesen, dort habe man bis Mitte der 1990er Jahre geforscht. Hier handle es sich um eine Siedlung aus dem zweiten Viertel des 5. Jahrtausend v. Chr. mit Kreisgrabenanlage, die teils durch Grabung, teils durch Magnetometerprospektion erfasst

wurde. Den Forschungsergebnissen ließ sich entnehmen, dass sich die Siedlung „Marterläcker“ an die Besiedlung des mit „Urdorf“ bezeichneten Baugebiets angeschlossen habe. Eine spürbare Vernetzung der Fundstellen war durch die Luftbildarchäologie seit den späten 1970er Jahren möglich.

Reiche Grabbeigaben

Mit den „Elitenbestattungen des Gräberfeldes von Künzing und ihre Bedeutung für die späte Urnenfelderzeit“ befasste sich Prof. Dr. Markus Egg, Mainz. In den Jahren 2003-2008 wurden im Rahmen der Ausgrabungen im Gebiet des urnenfelderzeitlichen Gräberfeldes von Künzing sechs Bestattungen entdeckt, die äußerst reiche Beigaben enthielten. So fanden sich in u. a. Teile eines Wagens, Bronzegefäße, ein Vollgriffschwert mit Eiseneinlagen und eine überdimensionale eiserne Lanzenspitze.

Die Gräber datieren in die späte Urnenfelderzeit. Der enthaltene Leichenbrand deutet in allen Fällen auf männliche Bestattete hin. Spekuliert wird, dass vor allem der Bestattete in Grab A eine herausragende Stellung innerhalb der Gemeinschaft innehatte, die mit dem Begriff „Häuptling“ bezeichnet werden kann. **DK**

„Fragen dürfen nicht bloßstellen“

Häusliche Gewalt: „Runder Tisch“ zeigt in Würzburg Strategien und Hilfen auf

Würzburg. Misshandelte Frauen leben in einem permanenten Alarmzustand. Es scheint keinen Ort zu geben, an dem sie sicher sind. Lange schweigen sie aus Angst und Scham. Welche Hilfe es bei Gewalt in Familie und Partnerschaft gibt, darüber diskutierten Experten bei einem „Sicherheitsgespräch“ im Würzburger Landratsamt. Veranstalter waren der Interkommunale Runde Tisch gegen häusliche Gewalt in Würzburg, Kitzingen und Main-Spessart sowie das Bayerische Justizministerium.

Können sie der Gewalt entrinnen, scheinen die Frauen wie von einem Alb befreit zu sein. Zunächst. Durch langjährige Gewalterfahrung können jedoch psychische Störungen auftreten, die behandelt werden müssen. „Recht häufig kommen Patienten nach Auseinandersetzungen im häuslichen Umfeld zu uns“, bestätigte Dr. Dominikus Bönsch, Chefarzt des Bezirkskrankenhauses Lohr, im Vorfeld des Sicherheitsgesprächs. Im Durchschnitt vergehen vier Monate zwischen der Gewalttat und der Klinikeinweisung. In Lohr werden sowohl Menschen behandelt, die Gewalt erlitten haben, als auch Patienten, die aufgrund einer psychischen Störung zum Täter wurden.

de Beziehung? „Viele Frauen wissen nicht, in welcher Situation sie sich eigentlich befinden“, konstatierte Britta Richl vom Frauenhaus der Arbeiterwohlfahrt in Würzburg. Deshalb werde ihnen im AWO-Frauenhaus Wissen über Gewalt vermittelt.

Dies setzt bei vielen Frauen einen Erkenntnisprozess in Gang, der ihnen unter anderem bewusst macht, dass sie jahrelang psychosomatisch auf die Gewalt reagierten. Richl: „Wir versuchen außerdem, Frauen dazu zu bringen, ihre Denkstrukturen zu hinterfragen.“ So sind viele Frauen überzeugt, dass eigentlich sie die Schuld an den Gewalttaten tragen. **Pat Christ**

Opferschutz

Um Retraumatisierungen zu vermeiden, wird beim Gericht auf Opferschutz größten Wert gelegt, betonte Dr. Burkhard Pöpperl, Vizepräsident des auch für Main-Spessart zuständigen Landgerichts Würzburg. Die Frauen müssen bei der Verhandlung zum Beispiel nicht ihren derzeitigen Wohnort nennen. Auch tun die Richter alles, um bloßstellende Fragen zu unterbinden. Pöpperl: „Ich habe oft genug erlebt, dass Angeklagte oder böswillige Verteidiger gerade bei Sexualstraftaten versuchen, das Opfer durch den Dreck zu ziehen.“ Dies müsse verhindert werden, ohne die Verteidigungsrechte des Angeklagten zu beschränken.

Dass die Opferzahl auch in Main-Spessart hoch ist, bestätigt Ingrid Bayer von der Pressestelle des Landratsamts. Rund 50 Fälle von häuslicher Gewalt wurden der Behörde 2013 bekannt. 85 Mal gab es Anzeigen oder Hinweise wegen eines Verdachts auf Kindeswohlgefährdung. „Kinder erleiden durch häusliche Gewalt auch dann psychische Schäden, wenn sie nur Zuschauer sind“, betonte Würzburgs Sozialreferent Robert Scheller.

Ob sich die Dinge wirklich so zugetragen haben, wie von einem Opfer häuslicher Gewalt geschildert, dies zu klären ist Aufgabe der Rechtsmedizin. „Nicht immer ist klar, ob das Opfer wirklich nur Opfer und der Täter wirklich nur Täter ist“, so Dr. Vera Sterzik. Manchmal bringen sich vermeintliche Opfer der Würzburger Gerichtsmedizinerin zufolge ihre Verletzungen selbst bei.

Es seien vor allem Trinker und sozial schwache Männer, so ein Vorurteil, die ihre Frauen schlagen und misshandeln. Doch dies stimmt nicht, betonte Scheller: „Häusliche Gewalt zieht sich durch alle Schichten.“ Studien zufolge stehen Gewalt ausübende Partner jedoch in mehr als jedem zweiten Fall unter Alkoholeinfluss. „Besteht ein solcher Verdacht, führen wir vor Ort einen Alkotest durch“, so Sigrid Endrich, Beauftragte für Frauen und Kinder beim Polizeipräsidium Unterfranken. Schon vor Ort könne auch ein bis zu zweiwöchiges Platzverbot verhängt werden. Frauen, die sich dennoch zu Hause nicht mehr sicher fühlen, verweist die Polizei auf das Frauenhaus.

Ist die Backpfeife hier und da schon häusliche Gewalt? Fallen unter diesen Begriff Beleidigungen? Oder gehört das nicht in je-

jede Anregung aufnehmen. Dienten früher die Dorfläden der Nahversorgung, so sind die neueren Dorfläden vor allem auch auf Regionalisierung polarisiert. Unsere Dorfläden wollen qualitativ hochwertige Lebensmittel vermarkten und verkaufen und auch die Einstellung zum Produkt verändern. Auch der Harthausener Dorfladen bezieht Lebensmittel aus Herrmannsdorf. Heiße Themen waren deshalb die Vermarktung regionaler Produkte sowie die Verbesserung der Marktabschöpfung pro Einwohner. Hierzu gab es viele nützliche Informationen und Tipps. Empfohlen wird „Aktivverkauf und Aktionen“ von hochwertigen Produkten. Das steigert den Erlebniswert und der Dorfladen bleibt attraktiv, so Berater Wolfgang Gröll. Denn diese Angebote stellen einzigartige Verkaufsargumente gegenüber den großen Supermärkten dar. Wichtig sei auch die Warenpräsentation, so Seminarleiter Wolfgang Gröll. In unseren Dorfläden verkaufen wir nicht nur Lebensmittel, sondern auch Emotionen wie Freundlichkeit und Gemeinschaftserlebnisse. Die Kunden werden mit Namen angesprochen, oft ergibt sich ein spontanes Gespräch. Dies bestätigte auch begeistert eine Kundin im Dorfladen Harthausen, die besonders die gemütliche Kaffecke schätzt. Ein gutes Dorfladenteam ist das „A und O“ und ein Erfolgsfaktor. Der Kunde spürt das verbindende Engagement.

Besuch in den Herrmannsdorfer Landwerkstätten

Beeindruckend war die Führung durch die Herrmannsdorfer Landwerkstätten für die Dorfladen-Aktivistinnen, die gerne



Liebevoll eingerichtet und professionell geführt ist der Dorfladen in Harthausen. □

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Theresa Flotzinger (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 48 vom 01.01.2014

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

VR Bank

Kaufbeuren-Ostallgäu eG

Konto 144 320, BLZ 734 600 46

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Druck und Auslieferung:

Presse Druck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bayerischer Städtetag/Bezirksversammlung Oberpfalz:

OB Seggewiß ist neuer Vorsitzender

In der Bezirksversammlung Oberpfalz des Bayerischen Städtetags in Weiden wurde der Oberbürgermeister der Stadt Weiden, Kurt Seggewiß, zum Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in der Oberpfalz gewählt. Seggewiß tritt somit die Nachfolge von Oberbürgermeister a. D. Wolfgang Dandorfer, Amberg, an. Erster Bürgermeister Toni Dutz, Wiesau, wurde abermals zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in der Oberpfalz bestimmt.

Wie der neue Bezirksvorsitzende Kurt Seggewiß ausführte, erwartet der Bayerische Städtetag vom Bund ein Gesamtkonzept, um die Energiewende zielgerichtet umzusetzen. Der Bund solle gemeinsam mit den Ländern, Kommunen, kommunalen Energieversorgern und der gesamten Energiewirtschaft ein integriertes Energiemarktdesign erarbeiten, das die Umsetzung der energiepolitischen Ziele wirtschaftlich und ökologisch vertretbar ermöglicht, die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Verbraucherinteressen berücksichtigt. Dazu gehöre auch die Ausgestaltung eines Kapazitätsmarkts für Kraftwerkskapazitäten.

Überdies müsse gewährleistet werden, dass kurzfristig anfahrbare Kraftwerke mit energieeffizienter Technologie zum Ausgleich der volatilen Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien wirtschaftlich betrieben werden können. Außerdem müsse der Freistaat einen Masterplan für die künftige Energieversorgung Bayerns schaffen, der verlässliche Rahmenbedingungen und einen Projektplan mit Zielen, Meilensteinen und Verantwortlichkeiten enthält.

Wesentliche Bestandteile der Energiewende seien die Energieeinsparung und die Steigerung der Energieeffizienz, so Seggewiß. Das erhebliche Energieeinsparpotenzial bei den Fahrzeugen im ÖPNV müsse ausgeschöpft werden.

Die Wasserkraft sei eine tragende Säule beim Umstieg auf erneuerbare Energien. Der Ausbau der Wasserkraft stelle einen wichtigen Beitrag zur Erreichung der Energiewende dar, soweit er ökologisch verträglich erfolgt und auch ökonomischen Gesichtspunkten Folge leistet.

Das größte Potenzial zur Umsetzung der Energiewende sieht der Bayerische Städtetag in der Windkraft. Der Vorschlag der Staatsregierung, Windkraftkonzepte von der Einhaltung „höhenbezogener Abstandsregelungen“ abhängig zu machen, wird abgelehnt. Diese Initiative stelle die Ernsthaftigkeit der Energiewende in Frage, weil sie die Erreichung der Ausbauziele der Staatsregierung nahezu unmöglich macht und auf eine Verhinderung neuer Windenergieanlagen hinausläuft. Es müsse den Kommunen und den Regionalen Planungsverbänden überlassen bleiben, in ihren Windkraftkonzepten im Rahmen der Vorgaben der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts angemessene Abstände zwischen Windenergieanlagen und Wohnbau zu finden.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sei als wichtiger Anreizmechanismus für das Vortreiben der erneuerbaren Energien in der Gesellschaft zu überarbeiten, müsse aber grundsätzlich erhalten bleiben. Öffentliche Verkehrsunternehmen seien von der EEG-Umlage zu befreien.

Der bundesweite Stromnetzausbau muss nach Auffassung des Bayerischen Städtetags in größtmöglicher Transparenz erfolgen.



Kurt Seggewiß.

Dies sei bislang nicht der Fall gewesen. Der Leitungsbedarf sei im Licht der von der Großen Koalition beschlossenen neuen Rahmenbedingungen der Energiewende zu prüfen. Trassenführungen müssten einen angemessenen Abstand von der Wohnbebauung einhalten und Erdverkabelungsmöglichkeiten zu prüfen. Zudem seien die Kommunen in die Umsetzung vor Ort einzubinden.

Auch müssten die Verteilnetze in die Diskussion einbezogen werden. Rund 97 Prozent der erneuerbaren Energien würden über diese Netze eingespeist. Bei ihnen bestehe ein erheblicher Ausbau- und Finanzierungsbedarf. Um intelligente Netze zu schaffen, müsse die Smart-Meter-Technologie einbezogen werden.

Was den Ausbau der Ganztagsangebote an Schulen anbelangt, verwies Bürgermeister Toni Dutz darauf, dass sich die Gesellschaft schneller als das Schulwesen wandelt. Das Familienbild verändere sich, die Berufstätigkeit beider Elternteile nehme zu, die Zahl an Alleinerziehenden steige und soziale Umbrüche schlugen durch. Die Kinder, die heute in der Krippe krabbeln, seien die Schüler, die in wenigen Jahren ein Ganztagsangebot an Schulen brauchen. „Auf diese Entwicklungen muss das Schulwesen mit verbesserten Ganztagsangeboten reagieren“, betonte Dutz.

Die Staatsregierung verspricht den Ausbau eines bedarfsgerechten Ganztagsangebots für Schüler bis 14 Jahre. Ministerpräsident

Horst Seehofer habe in seiner Regierungserklärung eine Ganztagsgarantie bis 2018 gegeben. „Das Ziel der Staatsregierung ist zu begrüßen, weil Bayern bei der Ganztagschule nachholen muss. Nun muss die Staatsregierung klären, wie sich die ehrgeizige Ganztagsgarantie in die Realität umsetzen lässt“, machte Dutz deutlich.

Da der Anteil von Schülern mit Verhaltensauffälligkeiten, Drogenproblemen, Gewaltbereitschaft, familiären Problemen oder mit Migrationshintergrund steigt, müssten neue Möglichkeiten für das Zusammenwirken von Jugendamt und Schule geschaffen werden. Diese Kinder und Jugendlichen benötigten eine Chance, um sich wieder in den Schulbetrieb und in die Gesellschaft einzubinden. „Wir benötigen neue Formen der Zusammenarbeit ‚unter einem Dach‘: Es hilft den betroffenen Kindern, Jugendlichen, Lehrern und Sozialarbeitern wenig, wenn kommunale Jugendhilfe und staatliche Schule getrennt nebeneinander her arbeiten. Sinnvoller ist eine integrative Betreuung und Beschulung“, stellte der Wiesauer Rathauschef klar.

Finanzierung großer Ziele im Auge behalten

Städtetag-Geschäftsführer Bernd Buckenhofer äußerte sich seinerseits zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum. „Wer große Ziele verspricht, sollte die Finanzierung nicht ausblenden. Der Bayernplan zur Barrierefreiheit im öffentlichen Raum bis 2023 ist unausgereift und unterfinanziert“, stellte Buckenhofer fest. Ministerpräsident Seehofer habe in seiner Regierungserklärung das Ziel ausgerufen, Bayern solle bis 2023 im gesamten öffentlichen Raum barrierefrei werden. Dazu werde ein Sonderinvestitionsprogramm aufgelegt.

Wie der Geschäftsführer darlegte, habe Sozialministerin Emilia Müller die Mittelausstattung des Programms kürzlich mit der des Breitbandausbaus für ein schnelles Internet verglichen, womit auf den Freistaat bis 2023 Kosten von 1,5 Milliarden Euro zu kommen würden. „Allerdings ist dies eine sehr grob geschätzte Summe – derzeit läuft unter Federführung des Sozialministeriums eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Erarbeitung der Eckpunkte für Barrierefreiheit. Die in den Raum gestellte Summe mag auf den ersten Blick beeindruckend sein. Sie wird allerdings der Komplexität des Vorhabens nicht gerecht und wird in der Praxis noch viel höher ausfallen.“

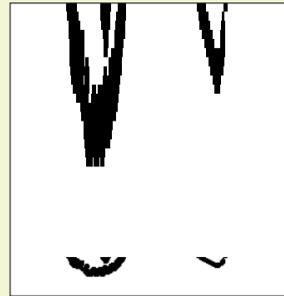
Buckenhofer zufolge reicht es nicht aus, öffentliche Plätze oder Gebäude wie Universitäten, Schulen, Theater und Behörden barrierefrei zu machen. Es genüge nicht, Barrieren im öffentlichen Nahverkehr zu beseitigen. Tatsächlich müsse sich die Zugänglichkeit auf den gesamten öffentlichen Raum beziehen. Es reiche nicht aus, den Fokus allein auf gehbehinderte Menschen zu richten. Die Anforderungen zum Beispiel von sehbehinderten Menschen an ihre Umwelt seien andere als die gehbehinderter Menschen.

Ein großes Fragezeichen werfe die Anknüpfung der Sozialministerin auf, sie werde 20 Millionen Euro für den anstehenden Doppelhaushalt 2015/2016 beantragen. „Diese Summe gibt Anlass, die Ernsthaftigkeit des Ziels der Barrierefreiheit zu hinterfragen. Allein die notwendige Konzeptionierung zur Abstimmung aller Bedürfnisse verschiedener Behinderungen wird einen Großteil dieser Mittel

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Seht ihr, wie alles herrlich blüht und unsere Stadt in ein Farbenmeer taucht? Ist das nicht herrlich? Jedenfalls lohnt sich jeder Cent, den wir in die Stadtgärtnerei investieren, in diesen Tagen doppelt.“ Mein Chef, der Bürgermeister, kam prächtig gelaunt von einem Termin zurück.

Tatsächlich ist es ein besonderes Schauspiel, in diesen Frühlingstagen durch unsere Stadt zu gehen. Was andernorts Straßenbegleitgrün sein mag, sind bei uns kräftig blühende Blumen, Stauden und Sträucher. In den Baumgräben wird sorgfältig darauf geachtet, dass Wildblumen und blühende Unkräuter, die sich dort ansiedeln, nicht durch zu viel Pflege dezimiert werden. Größere freie Abstandsflächen zwischen zwei Straßen in den Außenbereichen werden höchstens ein- oder zweimal pro Jahr gemäht; belohnt werden wir dort dafür mit einer Vielfalt von In-



ger ja in Guerillamanier Grünstreifen und sogar größere Schlaglöcher bei Nacht und Nebel; wir holen die Bürger mit ins Boot.

Natürlich haben wir auch die Pflanztröge mit Oleander und Palmen. Aber dies wirklich nur dort, wo keine andere Lösung zur Begrünung gefunden werden kann. Schließlich gehört Bayern von den Innstädten bis zur Riviera am Main gefühlt zu den Mittelmeerländern.

Farbe in die Stadt zu bringen kann aber nicht nur auf dem Weg der Bepflanzung geschehen. Ich denke, wir Menschen brauchen Farbe auch dann, wenn Blumen und Blüten keine Konjunktur haben – an düsteren Herbsttagen oder bei Schmuddelwetter im Winter. Deshalb gilt bei uns die Devise: Keine Angst vor bunt! Natürlich müssen wir in unserer denkmalgeschützten Innenstadt auf die traditionelle Farbgebung achten. Aber in Neubaugebieten wollen wir schon mal kräftige Farben für Fassaden und Türen. Wir motivieren Firmen, triste Betonwände wenigstens zur Straßenseite hin mit frechen Graffiti zu verzieren; wohlgemerkt, keine Schmiererei, sondern seriöse Kunst, bei der unser städtischer Künstlerkreis berät. Seit vielen Jahren ist es bei uns auch üblich, dass Bauzäune den Kindern der Grund- und weiterführenden Schulen als Projektfläche angeboten werden, die sie im Rahmen des Kunstunterrichts mit viel Phantasie und vor allem bunt bearbeiten können.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein echter Fan und Förderer dieser und vieler anderer Initiativen zur „bunten Stadt“. Farbe ist nun einmal der wirksamste Balsam für die Seele und lässt uns freudiger und optimistischer in den Tag blicken. Am schönsten ist dabei natürlich die belebte Farbe von Blumen, Sträuchern und Bäumen, die wir jetzt mit allen Sinnen erleben. Nehmen wir sie in uns auf und speichern wir die Erinnerung, damit wir auch in kalten Tagen davon zehren können. So wie in den Worten des Malers Henri Matisse, die ich dem Chef mailte: „Es gibt überall Blumen für denjenigen, der sie gerne sehen möchte“.

Guerilla Gardening für eine bunte Stadt

sekten und Schmetterlingen. In der Innenstadt geht es kultivierter zu. Da wachsen an geeigneten Stellen widerstandsfähige Rosensorten, die sich heuer bei der rosenfreundlichen Witterung aus Nässe und Sonne einen edlen Wettstreit liefern, welche die üppigere Knospenfülle und welche die intensiveren Dufterlebnisse hervorbringt.

Ja, grün in der Stadt ist in und so ist der Haushaltsposten für die Stadtgärtnerei im Stadtrat nie unstritten. Auch die Bürger gehen mit. Bei der großen Trockenheit vor ein paar Jahren haben viele „Gießpatenschaften“ für öffentliches Grün übernommen, als die Stadtgärtner mit Gießen nicht mehr nachkamen. Auf einen Aufruf, Ecken und Stellen zu melden, die noch Bepflanzung vertragen können, haben sich so viele Bürger mit Vorschlägen gemeldet, dass nicht alles mit städtischen Mitteln Verwirklicht werden konnte. Kurzerhand haben an vielen Punkten Bürgervereine die Sache in die Hand genommen und pflegen die Miniaturanlagen, die manchmal kaum größer als ein Handtuch sind, mit viel Engagement selbst. In anderen Städten bepflanzen Bür-

verschlingen: 20 Millionen sind nur ein Tropfen auf den heißen Stein angesichts der von Ministerin Müller selbst genannten Kosten von 1,5 Milliarden Euro“, führte Buckenhofer aus.

Ein Beispiel von vielen seien die Kosten für die Barrierefreiheit einer Ampelanlage: Mit Blindenleitsystem, Vibrationsplatten und akustischen Signalgebern sowie Tiefbauarbeiten zur Absenkung von Bordsteinen werde schnell eine Summe von 30.000 Euro für eine Fußgängerfurt erreicht. „Bei einer mittelgroßen bayerischen Stadt mit siebzig bis achtzig Ampelanlagen erreicht man allein mit dieser Maßnahme einen Millionenbetrag.“

Wesentlich kostenintensiver sei die Sanierung der – nicht selten historischen und denkmalgeschützten – Rathäuser: Herstellung von stufenlosen Zugängen und breiten Türen (ca. 50.000 Euro), Einbau einer Rampe, Schaffung eines einheitlichen Fußbodenniveaus, Türöffner und Tastschalter, größere Bewegungszonen im Eingangsbereich (ca. 150.000 Euro), Nachrüstung des Aufzugs mit einzelnen Zugangspodesten und neuen Türdurchbrüchen (ca. 350.000 Euro). „In Bayern gibt es über 2.000 Rathäuser. Viele davon befinden sich in strukturschwachen und vom demografischen Wandel betroffenen Städten und Gemeinden, die selbst bei auskömmlicher Mittelausstattung des Sonderinvestitionsprogramms wegen der angespannten Haushaltssituation Schwierigkeiten haben, den notwendigen Eigenanteil aufzubringen“, berichtete Buckenhofer. Ohne staatliche Hilfe lasse sich die zeitliche Vorgabe bis 2023 nicht einhalten.

„Es ist problematisch, wenn die Staatsregierung Erwartungen weckt, die andere erfüllen müssen. Die Staatsregierung arbeitet – möglicherweise in Voraussicht auf die hohen Kosten – nicht mit ver-



Tagung der niederbayerischen Behindertenbeauftragten

Zweimal jährlich treffen sich die Behindertenbeauftragten Niederbayerns, um aktuelle Fragen zu besprechen und Erfahrungen auszutauschen. Bei ihrer Tagung bei Dr. Loew Soziale Dienstleistungen GmbH & Co KG in Niederwinkling befassten sie sich unter anderem mit dem Thema geschlossene Einrichtungen. Das Unternehmen betreibt in Niederwinkling ein Wohnheim. Zwei Gruppen der Einrichtung werden geschlossen geführt und eine Gruppe offen. Unter Leitung der Behindertenbeauftragten des Bezirks Niederbayern, Bezirksrätin Hannelore Langwieser (6. von rechts), und ihrem Stellvertreter Bezirksrat Markus Scheuermann (links sitzend), diskutierten die Behindertenbeauftragten mit Heimleiter Manuel Rankl (rechts sitzend) die Rechtsgrundlagen einer geschlossenen Unterbringung ebenso wie die praktische Umsetzung im Heimalltag und die Einbindung in das Gemeindeleben. Bild: Bezirk Niederbayern

pflichtenden Vorgaben, die den Tatbestand der Konnexität erfüllen würden, sondern mit Anreizen. Allerdings weckt der Ministerpräsident mit der Regierungserklärung Erwartungen in der Bevölkerung, die zu einem großen Teil Städte und Gemeinden zu erfüllen haben“, bemerkte der Geschäftsführer. Die Staatsregierung stehe in der Pflicht, den mit der Umsetzung betrauten Kommunen hierfür angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen.

Einige Kommunen hätten im kommunalen Haushalt für 2014 bereits beträchtliche Mittel für den Komplex der Barrierefreiheit ausgewiesen und stünden in den Startlöchern. Eine Unterstützung des Freistaats im Vorgriff auf das

Investitionsprogramm könnten sie dabei nicht erwarten, weil das Programm noch nicht hinreichend konkret ist. Wie Buckenhofer erläuterte, stehen derzeit noch weitere kostenintensive Projekte auf der Agenda. „So geht die Staatsregierung schon bei der Finanzierung der Inklusion an Schulen nicht mit dem nötigen Eifer voran. Die Städte fordern konkrete Rahmenbedingungen und eine verlässliche, kontinuierliche und baldige Mit-Finanzierung bei der Barrierefreiheit. Modellprojekte und Pilotphasen sind wichtig, führen aber alleine nicht zum Ziel. Städte und Gemeinden stellen keine Barrieren auf, sondern haben bereits früh die Barrierefreiheit vorangetrieben.“ DK

Weitere Führungswechsel

Führungswechsel gab es auch in den Bezirksversammlungen Oberbayern bzw. Unterfranken des Bayerischen Städtetags. In Töging am Inn wurde die Oberbürgermeisterin der Stadt Rosenheim, Gabriele Bauer, zur Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in Oberbayern bestimmt. Bauer tritt damit die Nachfolge von Oberbürgermeister a. D. Dr. Alfred Lehmann, Ingolstadt, an. Erster Bürgermeister Peter Haugeneder, Neötting, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Oberbayern wiedergewählt.

In Kitzingen bestimmten die Delegierten Ersten Bürgermeister Dr. Paul Kruck, Karlstadt, zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken. Kruck wird somit Nachfolger von Erstem Bürgermeister a. D. Joachim Bieber, Miltenberg. Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Schweinfurt, wurde dagegen als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Unterfranken in seinem Amt bestätigt. DK

the sabriul

Euregio Egreensis-Jahrespressekonferenz:

Jubiläum und EU-Förderperiode

In Cheb (Eger) fand die diesjährige gemeinsame Jahrespressekonferenz der Euregio Egreensis statt. Die Präsidenten der drei Arbeitsgemeinschaften berichteten über die Arbeitsschwerpunkte des vergangenen Jahres. Die Präsidentin der Euregio Egreensis Arbeitsgemeinschaft Bayern, Dr. Birgit Seelbinder, machte deutlich, dass man auf 20 Jahre erfolgreiche Arbeit zurückblicken kann, aber vor wichtigen neuen Herausforderungen steht. Die neue EU-Förderperiode 2014-2020, aber auch die bevorstehenden Kommunalwahlen werden Veränderungen bringen.

Ein Aspekt des momentanen Umbruchs bezieht sich Seelbinder zufolge auf die EU-Förderung: Das bisherige „Ziel-3-Programm Bayern-Tschechien“ für die Jahre 2007-2013 („INTERREG IV“) läuft nun bis 2015 aus. Das neue Förderprogramm mit dem Namen „ETZ“ – „Europäische Territoriale Zusammenarbeit Bayern-Tschechien“ für die Zeit 2014-2020 wird derzeit vorbereitet.

Wie die Präsidentin erläuterte, hat die Euregio Egreensis als fester Bestandteil und Partner im Ziel-3-Programm regelmäßig an den Sitzungen des Begleitausschusses teilgenommen, wo über alle Projekte im bayerisch-tschechischen Grenzraum entschieden wird. Daneben werde kontinuierlich „der uns übertragene Dispositionsfonds für Kleinprojekte“ bearbeitet. Zusammen mit den Partnern der Euregio Egreensis-Arbeitsgemeinschaft Böhmen habe man mittlerweile die Schlussphase eingeleitet.

„Wir konnten in dieser Förder-

periode seit 2007 fast 400 kleinere und mittlere grenzüberschreitende Maßnahmen von Kommunen, Vereinen, Schulen usw. aus europäischen Mitteln finanziell fördern. Für diese Unterstützung sind wir sehr dankbar, wie auch die zahlreichen Projektträger, die ihre Maßnahmen ohne diese Finanzierungsmöglichkeit meistens nicht oder nicht in dem Umfang durchführen könnten“, betonte Seelbinder.

Die Vorbereitungen der neuen Förderperiode zwischen dem federführenden bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Ministerium für Regionalentwicklung in Prag laufen laut Seelbinder auf Hochtouren. Sie wies darauf hin, „dass wir als Euregio in bestimmten Zeitabständen immer wieder in den Informationsfluss eingebunden sind, aber auf die eigentliche Entwicklung wenig Einfluss haben“.

Fest stehe, dass es ein neues Interreg-Programm mit der Bezeichnung „ETZ Bayern-Tschechien“ geben wird. Mit rund 103

Mio. Euro werde es nur geringfügig weniger finanziellen Umfang haben, als das bisherige Ziel-3-Programm, das mit 115 Mio. Euro ausgestattet war. Ferner gebe es die klare Aussage aus München und aus Prag, dass sich die bestehenden Programmstrukturen bewährt haben und deshalb so weit als möglich fortgeführt werden sollen. Seelbinder: „Das bedeutet, so die Zusage, dass die Euregios auch weiterhin ihre privilegierte Stellung im System behalten sollen. Das gilt insbesondere für die Kleinprojektförderung.“

Verwaltungsvereinfachung

Im vergangenen Jahr habe sich die Euregio Egreensis im Kontext aller deutschen Euregios für den grundsätzlichen Erhalt der Kleinprojektförderung und für eine Verwaltungsvereinfachung stark gemacht, z. B. durch ein gemeinsames Positionspapier von 26 grenzüberschreitenden Organisationen, fuhr die Präsidentin fort. Dies sei deshalb ganz besonders wichtig gewesen, weil ernsthaft zu befürchten war, dass gerade die Kleinprojektförderung aus Effizienzgründen durch die Europäische Kommission abgeschafft wird. Durch abgestimmte Aktivitäten auf vielen Ebenen sei es jedoch gelungen, dies zu verhindern.

Das neue Programm für den bayerisch-tschechischen Grenzraum soll bis etwa Mitte dieses Jahres in Brüssel zur Genehmigung eingereicht werden, damit noch bis zum Jahreswechsel mit einer Genehmigung gerechnet werden kann. Künftig werden nur noch Projekte gefördert werden können, die bestimmten, vorher festgelegten Themenbe-

reichen zuzuordnen sind. Die thematische Breite an Projekten wie bisher werde nach den Worten Seelbinders in Zukunft nicht mehr möglich sein.

Auch die Anforderungen an die grenzüberschreitende Qualität und die partnerschaftliche Zusammenarbeit werden steigen: Von den vier Kriterien der Zusammenarbeit werden künftig drei statt bisher zwei erfüllt sein müssen. Zudem müssen für alle EU-Programme messbare und ebenfalls vorher genau definierte Ergebnisindikatoren festgelegt werden.

Wie Seelbinder abschließend berichtete, „war unsere bayerische Euregio-Arbeitsgemeinschaft im vergangenen Jahr der turnusmäßige Veranstalter des traditionellen Euregio-Egreensis-Jugendsummerlagers, das diesmal in der Jugendherberge Tannenlohe in Falkenberg im Landkreis Tirschenreuth stattfand“. Die drei Arbeitsgemeinschaften Bayern, Sachsen/Thüringen und Böhmen hatten wieder 45 deutsche und tschechische Jugendliche zu einem attraktiven Feriencamp eingeladen. Diesmal lag der Schwerpunkt auf dem Thema „Mediales Arbeiten mit der Kamera“.

Evaluation

Auch das Bayerisch-Tschechische Gastschuljahr – „unser größtes Traditionsprojekt“ – läuft im aktuellen Schuljahr weiter. Insgesamt erhalten derzeit 24 Schülerinnen und Schüler aus Tschechien ein Stipendium der Euregio Egreensis, um ein Gymnasium in Oberfranken oder der nördlichen Oberpfalz zu besuchen. Seelbinder: „Wir haben zu diesem Großprojekt, das es schon seit dem Schuljahr 1996/97 gibt, im vergangenen Jahr erstmals eine Evaluation durchgeführt und dazu rund 400 ehemalige Gastschülerinnen und -schüler befragt. Ich bedanke mich ausdrücklich bei der Bayerischen Staatskanzlei und beim Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds für die nachhaltige finanzielle Unterstützung dieses Projektes.“ DK



VL: Anton Vrkcic, Jobcenter Würzburg Team 50+, Dr. Rose Langer, BMAS, Ralf Juchim.

Vom Perspektivlosen zum Unternehmer mit Weitblick

Der Würzburger Ralf Juchim, Inhaber von Juchim Allround Projekt Service, wurde in Berlin mit dem Titel „Unternehmen mit Weitblick“ ausgezeichnet. Dieser wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales verliehen für beispielhafte Beschäftigung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten aus dem ALG II Bezug über 50 Jahre.

Das persönliche Schicksal bahnte Herrn Juchim den Weg zum Vorzeigebetrieb. Er selbst folgte dem Prinzip „aus alt macht neu“. Mit 54 Jahren wurde er zum Firmengründer, um der Perspektivlosigkeit der Arbeitslosigkeit zu entgehen. Sein Unternehmen ist auf die Sanierung, Renovierung von Wohnungen, Häusern und Gewerbeobjekten spezialisiert und hat sich durch die flexible und professionelle Abwicklung der Aufträge in der Region einen guten Ruf erarbeitet.

Die eigene Kenntnis über die Leistungsfähigkeit älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ermunterte Ralf Juchim dazu, fast ausschließlich Fachkräfte aus der Altersgruppe 50plus in Zusammenarbeit mit dem Jobcenter Stadt Würzburg einzustellen. Das Jobcenter Stadt Würzburg ist ein Partner im Beschäftigungspakt fünfzig plus Arbeit. „Die Kunden schätzen nicht nur die technischen Fähigkeiten, sondern auch die hohe soziale Kom-

petenz meiner Mitarbeiter“, berichtet der Inhaber. Den Bedürfnissen der älteren Belegschaft entspricht Herr Juchim unter anderem, indem er häufiger Pausen gewährt und das Verständnis, dass es auch mal langsamer gehen kann und deshalb die Qualität nicht auf der Strecke bleibt.

Die Verantwortlichen waren der Meinung, dass Juchim Allround und Projekt Service ein Unternehmen mit Weitblick ist.

Der neue Geschäftsführer des Jobcenters, Rainer Radler, freut sich, dass die Auszeichnung nach Würzburg an einen Partner des Jobcenters Stadt Würzburg geht. „Es ist ein gutes Beispiel dafür, dass wir Kooperationen pflegen und alle Möglichkeiten nutzen, um unsere älteren Kunden in Arbeit zu vermitteln“, so Radler über die Auszeichnung.

Näheres über die Auszeichnung Unternehmer mit Weitblick unter www.perspektive50plus.de/unternehmen/unternehmen-mit-weitblick/.

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12, die am 26. Juni 2014 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- EDV · IT · Kommunikationstechnologie
- Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung
- Wasser · Abwasser · Gewässerschutz
- Kommunale Baupolitik
- Kommunalfahrzeuge · Dienstfahrzeuge

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten Briefmarkenauktionshaus Schulz Frauentorgraben 73 · 90443 Nürnberg Telefon: 0911 / 2 40 68 70

15. Mai 2014

2. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Bänke

NUSSER
Bestens ausGESTADTet

Nusser Stadtmöbel GmbH & Co. KG · 07195/693-111
www.stadtmoebel.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Fahradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Gebäudedienstleistungen

Ihr zuverlässiger Partner für die Gebäudereinigung

seit 1910

Prior & Püßner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß · 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

26. Juni 2014

7. BAYERISCHES ENERGIEFORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
Bürgerhaus Garching bei München
www.bayerisches-energieforum.de

Gewerbepbau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 087 24/88-0 Fax: 88-500

Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technizräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

Constanze von Hassel

Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

Theresa von Hassel

Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Holzpellets

SCHMIDMEIER
NaturEnergie

Wir liefern Industriepellets

Tel (0)941 696 69-82 Fax -60
industriepellets@schmidmeier.com

Kommunale Energieberatung

Green City Energy
Der alternative Energieanbieter

Energie- und Klimaschutzkonzepte für Kommunen und Regionen · bürgernah · handlungsorientiert
Ein Gewinn für Ihre Kommune und Region!

Tel. 089/890 668-900 · www.green-city-energy.de/keb
peter.keller@green-city-energy.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme

Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

November 2014

2. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen

38685 Langelsheim · www.langer-gorg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de